

Kosten noch dieser ganze Propagandaapparat, den Sie da inszeniert haben. Und das ist ja nicht alles! Da hat die Bundesregierung eine Entscheidung gefällt, die Sie für falsch halten. Okay, bitte schön, ist Ihr gutes Recht. Diese Bundesregierung hat die Entscheidung aber bitte nach der Verfassung gefällt. Und dann kommt die steirische ÖVP, verstärkt durch die Landesregierung, damit das Kind einen Namen hat und daß auch irgendwer zahlt, und macht ein Riesengutachten und einen Riesenpropagandakrieg gegen die Entscheidung der Bundesregierung. Das kostet irrsinnig viel Geld; also bitte, 1,6 Millionen Schilling haben wir bis jetzt auf dem Tisch. Was die Propaganda kostet, die Sie ja da jetzt ausgeklammert haben, weiß ich nicht; da wird noch etwas dazukommen. Der Möse kostet vielleicht auch noch eine Million – ist ja eine erkleckliche Größenordnung, okay. Und dann, was muß denn dann sein? Dann muß die Bundesregierung natürlich ihre Entscheidung, die sie verfassungsmäßig getroffen hat, verteidigen. Dann muß sie auch Gutachten machen lassen, dann muß sie auch Propaganda machen, dann kostet das auch wieder einen Haufen Geld, weil ja die Landesregierung, die das zwar nichts angeht, aber die natürlich einen Wahlkampf fortführen muß – ich verstehe schon, man kann nicht so ein Riesentheater vor einer Wahl aufführen und dann hintennach so tun, als ob nichts gewesen wäre; irgend etwas muß man schon tun, wenn es nur der Steuerzahler zahlt, und das kostet wieder einen Haufen Geld. Und dann hat derselbe Steuerzahler, der weder Ihr Theater um den Draken wissen hat wollen noch das Theater für den Draken wissen hat wollen, beides unterm Strich zahlen müssen, und das muß einmal aufgezeigt werden, meine verehrten Damen und Herren!

Und dann kommt noch etwas dazu: Das Wesentliche ist ja in Wahrheit – (Abg. Grillitsch: „Man muß mit den Leuten in den Regionen reden!“) Lieber Kollege Grillitsch, reden wir nichts, du bist einer der größten Krieger Mitteleuropas, und wenn ich dich vor dem Kameradschaftsbund höre, da beutelt es mich direkt ab, wie die Eichen alle rauschen. Da ist sogar der Präsident Wegart noch ein feinfühlernder und liberaler Mensch gegen das, was du dort aufführst.

Aber, was ich sagen will – (Abg. Grillitsch: „Ich spreche wie es paßt, und ich weiß, wie es paßt!“) Nein, vor dem Kameradschaftsbund redest du ganz anders als da herinnen. Da habe ich dich gehört, mein Lieber, da habe ich mir gedacht, das ist ein anderer Grillitsch. Der muß irgendwo, wenn er da durch den Tunnel fährt, eine Veränderung vornehmen, weil ein ganz anderer Grillitsch hier im Haus sitzt, als er da oben in der Obersteiermark herumrennt – da ist er ganz anders. Du mußt immer sagen, wie du zu mir sprichst: obersteirisch oder landtagisch.

Was ich aber sagen will: Ich gebe ja selbstverständlich zu – und es war gerade gestern eine Bürgerinitiative aus Feldkirchen bei mir, die auch ein Problem haben. Da geht es um dieses Terminal, das da unten geplant ist, und die haben auch Sorgen – na, selbstverständlich. Und es gibt welche, die haben Sorgen bei der Mülldeponie in Halbenrain, es gibt welche, die haben Sorgen bei der Mülldeponie in Judenburg, es gibt welche, die haben Sorgen bei der Mülldeponie im Kaiserwald, und zwar ganz genau dieselben existentiellen Sorgen, wie sie ganz sicher auch die Anrainer

eines Flughafens haben. So, und jetzt sage ich: Das sind ja eigentlich gleiche Menschen, die muß man ja eigentlich gleich behandeln, für die muß man gleich viel tun, wenn man ihnen helfen will. Und was ist dann? Dann beschließen Sie hier in diesem Landtag mehrheitlich, weil ich schon immer gesagt habe, daß das ein Theater ist, und für so ein Theater gebe ich mich nicht her, daß die Musterprozesse, die unten am Thalerhof gegen das Bundesheer geführt werden, bezahlt werden, daß alle Auskünfte erteilt werden, daß alle unterstützt werden und alles mögliche.

Ich habe mir gedacht, das kann doch nicht wahr sein, daß das da unten andere Leute sind als die oben in Fohnsdorf, in Radkersburg, wo sich immer der Fuchs so stark macht, immer tut, als ob er alles regeln würde, und die Mülldeponie wächst weiter, und er weiß auch nicht, was er dagegen tun soll. Da habe ich mir gedacht, das sind doch die gleichen Leute. Daher muß man doch für sie dasselbe tun. Ich habe einen Antrag gestellt, habe gesagt, bitte, wenn man am Thalerhof den Anrainern die Musterprozesse zahlt und alles mögliche, dann muß man das für die Leute vom Fuchs in Halbenrain doch auch tun oder für die im Kaiserwald und Fohnsdorf. Jetzt blättere ich ein bißchen in den Dingen, die heute von der Landesregierung aufgelegt wurden. Ich habe gedacht, die Augen fallen mir heraus. Was lese ich da? Aus landesfinanziellen Interessen ist jedoch die Übernahme von Verfahrenskosten für Musterprozesse prinzipiell nicht möglich. Schau, das sind auf einmal andere Leute, die unten in Halbenrain, die draußen im Kaiserwald. Das sind ganz andere Leute als in Feldkirchen. Der Kollege Dr. Hirschmann hat angeregt, ich soll nach Feldkirchen fahren. Ich fahre übrigens übermorgen hinunter um halb neun Uhr. Wenn Sie Lust haben, fahren Sie mit. Dort treffe ich die Bürgerinitiative, die sich gerade jetzt wieder sagt, jetzt bekommen wir eine neuerliche Belastung mit dem Schwerverkehrsterminal, mit dem Frachtenbahnhof, hinunter. Fahren Sie doch mit. Weil da werden Sie sich nämlich verschleichen. (Abg. Dr. Hirschmann: „Frachtenbahnhof ist noch gescheiter als die Flieger!“) So wie in Halbenrain und bei allen möglichen Projekten, die Sie kaltblütig haben durchsetzen lassen. Daher, bitte, machen wir keine Polemik, Herr Kollege. In Wahrheit haben Sie mit diesem Gutachten, dessen Kosten wir nunmehr an das Tageslicht gezerrt haben, es hat ja lange genug gebraucht, bis es berichtet worden ist, nichts anderes getan, als den hilflosen Versuch unternommen, Ihr Theater um eine Stationierung, die Sie eigentlich nichts angeht, zu verschleiern aus Landesmitteln. So ist es, und da brauchen wir gar nicht darüber zu reden.

Wenn im Kontroll-Ausschuß gleichzeitig aus finanziellen Sparsamkeitsgründen angeregt wird, zum Beispiel den Heilpädagogischen Kindergarten einzustellen, weil das Budget insgesamt zu klein ist, dann wird man auch die Frage stellen müssen und dürfen, ob es da nicht Prioritäten gibt. Ich sehe zum Beispiel nicht ein, warum man den Heilpädagogischen Kindergarten zusperren sollte, nur weil irgend jemand meint, wir haben zu wenig Geld in diesem Zusammenhang. Das, Kollege Dr. Hirschmann, muß man aufzeigen. Schauen Sie, Sie haben recht, es wächst nichts in den Himmel. Bei Ihnen hat es zwar 30 Jahre gedauert, bis Sie daraufgekommen sind, aber dieser Tage kamen Sie

darauf. In Tirol sind Sie daraufgekommen, in Kärnten. Wobei ich sagen muß, Ihre Kollegen in Kärnten tun mir in Wahrheit leid, weil ich einige davon persönlich kenne und weiß, daß sie sich innerlich bemühen, nur zahlen sie jetzt die Zeche dessen, was in den letzten 30 Jahren geschehen ist. In Salzburg ist es Ihnen passiert, und auch jetzt bei der Arbeiterkammerwahl ist es Ihnen erschreckend passiert. Wenn Sie genauso weitergehen und diese Chancen versäumen, wie zum Beispiel heute bei diesem Wohnbauförderungsgesetz, wo Sie eine Chance gehabt hätten zu zeigen, bei uns in der Steiermark gehen die Uhren anders, aber nein, im selben Trott weitermarschieren wie alle anderen, dann werden Sie zwar nach Jahrzehnten, aber immerhin, daraufkommen, daß nichts in den Himmel wächst, vor allem Ihre Bäume nicht. Wenn wir ein bißchen ausgewogeneres Verhältnis in diesem Haus haben, und das gibt in der Zwischenzeit auch Erwin Zankel zu, daß es demnächst sicher keine absolute Mehrheit mehr geben wird, dann kann das ja eigentlich den Leuten nur gut tun. Wir werden das gemeinsam schaffen. Sie mit Ihrer Sturheit und wir mit unserem Erfolg. (15.05 Uhr.)

Präsident Meyer: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Ich ersuche die Damen und Herren, die diesem Antrag die Zustimmung erteilen, ein Zeichen mit der Hand zu geben.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

7. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 525/3, zum Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, Prof. DDr. Steiner, Kollmann, Kanduth und Kröll, betreffend die Förderung der 6. Grasschiweltmeisterschaft in Kindberg.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Prof. Dr. Karl Eichtinger, dem ich das Wort erteile.

Abg. Prof. Dr. Eichtinger (15.06 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Diese Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, Prof. DDr. Steiner, Kollmann, Kanduth und Kröll betrifft die Förderung der 6. Grasschiweltmeisterschaft in Kindberg, die bei der Tagung der Internationalen Ski-Federation (FIS) im Juni 1988 in Istanbul dem ATUS Kindberg, Sektion Schi, zur Durchführung übertragen wurde. Die Gesamtkosten dieser Weltmeisterschaft, welche im Zeitraum vom 28. August bis 3. September 1989 stattfindet und an welcher zirka 20 Nationen teilnehmen, belaufen sich auf 1.810.000 Schilling. Anlässlich einer gemeinsamen Besprechung der Vertreter von Bund, Land Steiermark und Gemeinde Kindberg im Sommer 1988 wurde Einigung über die Förderung zur Ausrichtung dieser Weltmeisterschaft erzielt. Bund und Land Steiermark zahlen je 300.000 und die Gemeinde Kindberg 200.000 Schilling. Bund und Land Steiermark haben ausdrücklich erklärt, keine Ausfallhaftung für allfällige finanzielle Abgänge zu übernehmen. Seitens des Landes Steiermark wurden bereits 300.000 Schilling ausbezahlt. Somit wurden neben allgemeinen und sportlichen auch die finanziellen Voraussetzungen geschaffen, damit diese Weltmeisterschaft einen erfolgreichen Verlauf nimmt. Letztendlich muß auch auf die wirtschaftliche und fremdenver-

kehrsmäßige Bedeutung dieser Veranstaltung hingewiesen werden. Ich bitte um Annahme dieses Antrages. (15.08 Uhr.)

Präsident Meyer: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

10. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 750/1, betreffend den Abverkauf der Liegenschaft EZ. 221, KG. 61075 Zehndorf, Gerichtsbezirk Deutschlandsberg, an die Ehegatten Willibald und Albine Strojsnik, beide wohnhaft in 8521 Wettmannstätten, Zehndorf 11.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Walter Kohlhammer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kohlhammer: Frau Präsident!

Im Namen des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag, diesem zuzustimmen. (15.09 Uhr.)

Präsident Meyer: Die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, mögen ein Zeichen mit der Hand geben.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: Frau Präsident, es ist keine Beschlußfähigkeit gegeben.

Präsident Meyer: Die Damen und Herren, die sich in den Nebenräumen befinden, bitte ich hereinzukommen.

Nachdem die Beschlußfähigkeit gegeben ist, bitte ich die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Herr Abgeordneter Dr. Korber, bitte am Platz abzustimmen.

11. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 752/1, betreffend den Kauf der Grundstücke Nr. 589, 590 und 591 aus der EZ. 87, KG. Altneudörfel, von Frau Hermine Illmeier um 3,2 Millionen Schilling (inklusive Nebengebühren).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Trampusch, dem ich das Wort erteile.

Abg. Trampusch (15.11 Uhr): Namens des Finanz-Ausschusses darf ich folgendes beantragen: Der Hohe Landtag möge den Ankauf der Grundstücke 589, 590 und 591 der EZ. 87, KG. Altneudörfel, von Frau Hermine Illmeier, Kaufpreis 2.933.932 Schilling, beschließen. Die Landesregierung soll weiters ermächtigt werden, die genannten Grundstücke im Bedarfsfall zu verkaufen, wobei sich der Kaufpreis aus Anschaffungskosten der Grundstücke samt Nebengebühren und Verzinsung zusammensetzt. Ich bitte um Annahme. (15.12 Uhr.)

Präsident Meyer: Es liegt keine Wortmeldung vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, mögen ein Zeichen mit der Hand geben.

Einstimmig angenommen.

12. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 753/1, betreffend Grundeinlösung Brigl & Bergmeister, Papierfabrik, Ges. m. b. H., 8712 Niklasdorf, für das Bauvorhaben „Proleb-Niklasdorf, II. Teil“ der L 122, Proleber Straße.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Leopold Johann Dorfer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Dorfer (15.13 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Es geht hier um die Grundeinlösung Brigl & Bergmeister, Papierfabrik in Niklasdorf, für das Bauvorhaben Proleb-Niklasdorf, Landesstraße 122, Proleber Straße. Die Gesamtsumme der Entschädigung beträgt 2.013.510 Schilling.

Ich stelle namens des Finanz-Ausschusses den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Grundeinlösung Brigl & Bergmeister, Papierfabrik in Niklasdorf, für das Bauvorhaben Proleb-Niklasdorf, II. Teil der Landesstraße 122, Proleber Straße, im Betrag von 1.812.159 Schilling wird genehmigt.

Ich bitte um Zustimmung. (15.14 Uhr.)

Präsident Meyer: Es gibt keine Wortmeldung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

13. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 754/1, über den Abverkauf des Ostraktes des Wohnheimes Wieden, EZ. 24, KG. 61071 Wieden, Gerichtsbezirk Deutschlandsberg, samt neugebildetem Grundstück 89/6 im Gesamtausmaß von 750 Quadratmeter an die Ehegatten Ernst und Anna Lojnik, wohnhaft in 8542 Wieden 17.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Walter Kohlhammer, dem ich das Wort erteile.

Abg. Kohlhammer: Ich stelle den Antrag, diese Liegenschaft im Wert von 630.000 Schilling abzuverkaufen, und bitte um Ihre Zustimmung. (15.14 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt keine Wortmeldung vor.

Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Einstimmige Annahme.

Der Tagesordnungspunkt 14, Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 756/1, betreffend Veräußerung der EZ. 530, 531 und 2349, je KG. Geidorf, im Ausmaß von 2506 Quadratmeter, an Franz Stoiser, 8044 Graz, Teichhof 25, zum Preis von 6 Millionen Schilling, wurde zu Beginn der Sitzung abgesetzt.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

15. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 757/1, betreffend den Erwerb der Liegenschaft EZ. 124, KG. Murau, Haus Schillerplatz 11, von der Stadtgemeinde Murau zu einem Kaufpreis von 7.349.000 Schilling.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Günther Ofner, dem ich das Wort erteile.

Abg. Günther Ofner (15.15 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

In dieser Vorlage geht es um den Erwerb der Liegenschaft EZ. 124, KG. Murau, Haus Schillerplatz Nr. 11, von der Stadtgemeinde Murau.

Die Bezirkshauptmannschaft Murau ist eine der am schlechtesten untergebrachten Dienststellen des Landes. Es ist daher beabsichtigt, den Kauf dieses Gebäudes vorzunehmen. Die Kosten für diesen Erwerb betragen 7.349.000 Schilling.

Es wird ersucht, dieser Vorlage die Zustimmung zu geben. (15.16 Uhr.)

Präsident Meyer: Es liegt keine Wortmeldung vor.

Wer dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung erteilt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Einstimmig angenommen.

16. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahlen 281/6 und 415/6, zu den Anträgen der Abgeordneten Purr, Dr. Maitz, Kollmann, Grillitsch und Univ.-Prof. Dr. Schilcher, betreffend die Verbesserung der Infrastruktur des Bundesheeres in der Steiermark, Einl.-Zahl 281/1, und der Abgeordneten Dr. Maitz, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Klasnic und Pörtl, betreffend die Errichtung von Mannschaftsunterkünften, eines Wirtschaftsgebäudes und eines Betriebsgebäudes im Fliegerhorst Nittner-Thalerhof, Einl.-Zahl 415/1.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Benno Rupp. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Rupp (15.16 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Der Bericht über die Regierungsvorlage umfaßt die Einl.-Zahlen 281/6 und 415/6 und betrifft die Verbesserung der Infrastruktur des Bundesheeres und auch die Errichtung von Mannschaftsunterkünften. Die entsprechenden Anträge der Abgeordneten sind im November 1987 und im Mai 1988 zugewiesen worden.

Unter maßgeblicher Mitarbeit der steirischen Personalvertreter des Österreichischen Bundesheeres wurde bereits im Jahre 1975 ein steirischer Mängelkatalog über dringende Bau- und Sanierungsmaßnahmen im Bereich der steirischen Kasernen erstellt. Nach wie vor sind jedoch wesentliche infrastrukturelle Mißstände feststellbar.

Die Steiermärkische Landesregierung wurde aufgefordert, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, entsprechende Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur des Bundesheeres in der Steiermark zu setzen.

So wurde zum Beispiel im Antrag mit der Einl.-Zahl 415/1 festgestellt, daß es seit rund zehn Jahren einen genehmigten Vorentwurf für ein neues Mannschaftsgebäude im Fliegerhorst Nittner-Thalerhof gibt. Die derzeitigen Unterkünfte für Präsenzdiener sind nach wie vor in einem katastrophalen Zustand. Die Unterkünfte befinden sich in sieben Kilometer Entfernung vom Arbeitsbereich.

Das Wirtschaftsgebäude besteht aus einer Baracke aus dem Jahre 1938. Laut Arbeitsinspektorat gehört dieses Objekt geschleift.

In diesem Zusammenhang wurde die Steiermärkische Landesregierung ebenfalls aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, für die rasche Errichtung von Mannschaftsunterkünften, eines Wirtschaftsgebäudes und eines Betriebsgebäudes im genannten Fliegerhorst unverzüglich Sorge zu tragen.

Nunmehr sind Äußerungen des Bundeskanzleramtes, des Bundesministeriums für Landesverteidigung, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten eingelangt.

Im Bericht sind diese Stellungnahmen wiedergegeben worden.

Im Oktober 1988 wurde einstimmig eine Resolution wegen der Nichteinhaltung der Drakenflugeinsätze und wegen der Kasernensanierung beschlossen.

Für die vordringlichsten Bauangelegenheiten am Thalerhof, am TÜPL Seetaler Alpe, in Fehring, Leibnitz, Zeltweg und Aigen sind Gesamtkosten von zirka 499 Millionen Schilling veranschlagt. Details findet man in diesem zehneitigen Bericht.

Erfreulich ist, daß im vom Bundesministerium festgelegten Rahmenbauprogramm 1989 gegenüber 1988 eine größere Summe in den Budgetansätzen festgestellt werden konnte. Der Bericht zeigt allgemein eine positive Grundtendenz hinsichtlich des Rahmenbauprogrammes, aber auch des Bauprogrammes.

Im Bericht findet man weiter auch eine Stellungnahme zu den Problemen der militärischen Infrastruktur generell, so Kasernenbau im Bezirk Deutschlandsberg beziehungsweise Bau einer neuen Kaserne in der Steiermark überhaupt. Das wurde, wie auch schon bei früheren Stellungnahmen, lediglich in Form einer Absichtserklärung kundgetan, ohne derzeitige Realisierungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Es wird daher der Antrag gestellt, daß der Hohe Landtag beschließt, den gegenständlichen Bericht zur Kenntnis zu nehmen. (15.21 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Maitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Maitz (15.21 Uhr): Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Wie aus dem Bericht ersichtlich ist, hat die Initiative des Landeshauptmannes, gemeinsam mit dem Hohen Haus und vor allem auf Basis der langjährigen Arbeiten der Personalvertreter im Bundesheer, zu einer regen Bautätigkeit, zum Ausbau und zu Sanierungsbauten in den steirischen Kasernen geführt.

Ich möchte in einem kurzen Beitrag grundsätzlich sagen, warum wir diese Sache so konsequent und so langfristig gemeinsam verfolgen sollen, und einen aktuellen Anlaß nennen, der uns wiederum mit Sorge bedrückt, was die Kasernen Radkersburg und Fehring anlangt.

Zunächst aber zum Grundsätzlichen. Jedes Jahr machen rund 8500 bis 9000 Söhne steirischer Familien ihren Präsenzdienst, ihre Ausbildung beim Bundesheer. Davon zwei Drittel in steirischen Kasernen, also rund 6000. In diesen steirischen Kasernen und Dienststellen des Bundesheeres arbeiten 4800 Berufssoldaten, Zeitsoldaten und Zivilbedienstete. Das ist ein sehr

beachtlicher Betrieb. Deshalb ist der Arbeitsplatz Kaserne uns eminent wichtig. Wir wissen, die Wehrpolitik ist Bundessache, aber die Arbeitsbedingungen für unsere steirischen Soldaten sind auch unsere Sorge. Die dritte Zahl, die ich in diesem Zusammenhang noch nennen möchte: Wir haben in der Steiermark rund 30.000 aktive Milizsoldaten, die in einem Zyklus von etwa zwei Jahren jeweils für ihre Funktion, für ihre Arbeit beim Bundesheer Übungen halten und damit auch die steirischen Kasernen und Einrichtungen benutzen. Deshalb ist es sinnvoll und notwendig, daß sich verantwortungsvolle Politiker in jedem Bundesland um die Sanierung und den Ausbau ihrer militärischen Einrichtungen ständig bemühen. Ich möchte Ihnen nur kurz die konkreten Erfolgswerte vom Jahr 1988 auf das Jahr 1989 darlegen. Wir haben durch eine Initiative des Landeshauptmannes Dr. Krainer und in Zusammenarbeit mit dem Landtag, mit dem Militärkommando, auch Abgeordneten des Nationalrates und mit den Personalvertretern die Mittel für den Ausbau und die Sanierung der steirischen Kasernen von 1988 auf 1989 um 116 Prozent steigern können, nämlich von 63 Millionen Schilling auf 137,1 Millionen Schilling. Das ist ein gar nicht hoch genug einzuschätzender Erfolg. Wenn ich denke, daß wir jahrelang angerannt sind, um die notwendigsten Adaptierungen in den steirischen Kasernen in Gang zu setzen. Ein Plus von 74,1 Millionen Schilling von einem Jahr auf das andere. Es ist schade, daß der Kollege Mag. Rader jetzt gerade nicht da ist, aber wenn er sich darüber alteriert hat, daß wir für Gutachten, die eigentlich die Bundesregierung unter Frischenschlager im Ressort hätte machen müssen, 1,5 Millionen Schilling ausgeben, dann könnte man ihm sagen, daß mehr als das Vierzigfache durch konsequente und zielstrebige Verhandlungen für die Herstellung und die Sanierung steirischer Kasernen ins Land geholt worden ist. Auch das ist ein Verdienst der Führungsspitze dieses Landes. Die Kollegin Kammlander hat gemeint, eine Kaserne in Deutschlandsberg wird von uns noch immer angestrebt. Diesen Anspruch haben wir inzwischen leider zurücknehmen müssen, weil wir wissen, daß die geburtenschwächeren Jahrgänge leider eine solche Reduktion der Präsenzdiener mit sich gebracht haben und weil – und da komme ich noch darauf zurück – in ganz Österreich zur Zeit Planungen bestehen, wenn das so weitergeht, daß man sogar Kasernen wird schließen müssen. So kann man uns wirklich nicht unterstellen, daß wir auf einer Sache daraufbleiben, wenn sie sachlich nicht mehr gerechtfertigt ist. (Abg. Kohlhammer: „Wie war der Rückzug?“) Ich gebe Ihnen gleich Gelegenheit, mit mir gemeinsam in einer Sache zu kämpfen, die sich wirklich steirisch lohnt, und nicht, weil es zufällig den Bezirk Deutschlandsberg betrifft. Wir haben also durch diese Aktivitäten, die schon vor Jahren begonnen haben, 1975, wie erwähnt, war der erste Report über den Zustand der steirischen Kasernen, für 1988/89 einen Durchbruch erreicht, den andere Bundesländer nicht geschafft haben. Ich sage das mit aller Vorsicht, weil man auch keine Neidkomplexe wecken soll. Zwei Projekte möchte ich herausgreifen, die ganz besonders wichtig sind, nämlich den Thalerhof und den Truppenübungsplatz Seetaler Alpe. Im Thalerhof hat sich Gott sei Dank eine entsprechende Finanzierung nun gefunden, die auch über das Jahr hinweg gesichert sein wird. Auch die 20 Millionen

für dieses Jahr und für das nächste Jahr sind gesichert. Wir haben nur eine Sorge, daß dort die Heeresverwaltung nicht rechtzeitig alles an Plänen vorlegt, um wirklich mit dem Bau im Herbst zu beginnen. Deshalb hat die Personalvertretung im Thalerhof gestern an den Minister Lichal einen entsprechenden Brief gesandt, auch an den Minister Schüssel, man möge dafür sorgen, daß die entsprechenden Baumittel, die nun zur Verfügung gestellt wurden, auch tatsächlich verbaut werden können, und zwar so rasch als möglich. Die Leute warten jetzt wirklich schon jahrelang, und der Unsinn des täglichen Herumfahrens über zig Kilometer ist ja schon öfter in diesem Haus besprochen worden. Hier muß unser Interesse sein, daß möglichst rasch begonnen wird. Am Truppenübungsplatz Seetaler Alpe haben wir eine etwas andere Situation. Dort ist zwar in der Zwischenzeit der höchst notwendige Küchenbau endlich erfolgt und auch fast schon fertiggestellt worden, die Werkstätte allerdings ist noch nicht einmal im Programm drinnen. Der Truppenübungsplatz Seetaler Alpe wird von fast allen steirischen Einheiten einmal im Jahr benutzt, weil dort Ausbildungen stattfinden, die eben nur an einem solchen Platz stattfinden können. Es ist ein glatter Unsinn, daß Geräte, daß Kraftfahrzeuge, die sich im Einsatz auf 1600 Meter Seehöhe befinden, bei einem Defekt 16 oder 17 Kilometer in eine Werkstätte in Judenburg heruntergebracht werden müssen. Das ist ein völlig unhaltbarer Zustand. Daher sind die Werkstätten am TÜPL das nächste, was wir von der reinen sachlichen Notwendigkeit mit aller Macht anstreben müssen. Ich habe vorhin gesagt, es gibt Probleme mit den Kasernen in Radkersburg und Fehring. Ich habe bei meiner Rundfrage, was nunmehr jetzt offen ist, wo es ganz harte Probleme gibt, folgendes in Erfahrung gebracht, und auch im „Kurier“ stand es schon zu lesen: Eine Planungsgruppe im Bundesministerium für Landesverteidigung hat anlässlich des Rückganges der Geburtenzahlen in Österreich einen Plan erstellt, wonach in mehreren Bundesländern Kasernen dann zu schließen sind, wenn die Entwicklung so weitergeht. Das hat mich sehr überrascht. Dort steht dezidiert drinnen, daß die Kaserne Radkersburg und die Kaserne Fehring geschlossen werden sollen, wenn die Geburtenentwicklung in Österreich sich so weiterentwickelt. Das ist eine Milchmädchenrechnung besonderer Art. Denn aus der Steiermark haben wir jährlich zwischen 8500 und 9000 Jungmänner, Grundwehrdiener, die einrücken, und davon machen rund ein Drittel, also im vergangenen Jahr zum Beispiel 2800, ihren Präsenzdienst in anderen Bundesländern. Jetzt sage ich Ihnen gleich, was in Radkersburg und Fehring an Ausbildung stattfindet: 400 Mann pro Jahr in Fehring und 200 Mann in Radkersburg. Das heißt, wir hätten das Drei- und Vierfache von dieser Kapazität, wenn wir alle Steirer, die Präsenzdienst machen, im eigenen Land ausbilden könnten. Wir brauchen also die Kasernen in Radkersburg und Fehring wie ein Stück Brot, damit wir die steirischen Jungmänner im Lande ausbilden können, daß sie eben nicht in andere Bundesländer gehen müssen. Und solange so viele Soldaten in andere Bundesländer gehen müssen, um ihre Ausbildung zu machen, werden wir uns mit allen Mitteln dagegen wehren, daß in Radkersburg oder Fehring auch nur der Anschein einer Schließung stattfinden kann. Dieses Ansinnen muß man mit aller Deutlichkeit

zurückweisen, solange wir eine so große Zahl steirischer Wehrdiener haben, die in andere Bundesländer zur Ausbildung gehen müssen. Ganz abgesehen vom staatspolitischen Anliegen. Daß man gerade im Grenzland an Kasernenschließungen denkt, ist unverständlich, wo wir, Herr Kollege Kohlhammer, gerne gehabt hätten, daß im Grenzland in seiner Gesamtheit die Lücke in Deutschlandsberg noch geschlossen wird. Das können wir leider nicht erreichen, weil die Zahlen nicht ausreichen. Aber die Schließung von Kasernen im Grenzland ist ein Wahnsinn, und dagegen werden wir uns wehren mit aller Konsequenz und Härte, die wir in diesen Sachen ja auch schon gezeigt haben. (Abg. Zellnig: „Wie weit gilt diese wirtschaftliche Betrachtung für die Draken in der Steiermark?“) Die Frage ist mir etwas unverständlich. Mir ging es darum, daß wir, wenn wir steirische Soldaten haben, die in andere Bundesländer gehen müssen, nicht hinnehmen können, daß Kasernen, die bei uns bestens in Schuß sind, die mit Kaderpersonal bestens ausgestattet sind, die von anderen Bundesländern zu Kursen besucht werden, weil sie so gut sind, von der Schließung bedroht sind. Das ist das Wesentliche, aber über die Draken können wir gerne wieder einmal diskutieren. Ich glaube, es ist nicht sehr sinnvoll, wenn wir jetzt wieder bei Adam und Eva anfangen.

Ich wollte noch einen Teil zu dem, was wir heute noch besprechen werden, nämlich zur pädagogischen Seite, sagen. Wir haben die Chance – unsere Söhne werden sechs Monate von Unteroffizieren, Offizieren und Chargen in militärischen Belangen ausgebildet –, in diesen sechs Monaten diesen jungen Leuten für ihre Persönlichkeitsstruktur sehr vieles zu geben. Ich spreche vom Landesbewußtsein, ich spreche vom Bekenntnis zur Republik nicht nur als Lippenbekenntnis bei der Angelobung, sondern als innere Überzeugung, ich spreche von Führungsverhalten, von Gruppenarbeit, von der Möglichkeit, daß unter völlig unterschiedlichen Bedingungen Leute, die aus sozial verschiedenen Gruppen kommen, die aus anderen Bildungsgängen kommen, die aus verschiedenen Regionen des Landes kommen, Aufgaben gemeinsam bewältigen müssen. Wir haben also auch eine sehr starke pädagogische Seite beim Bundesheer, die uns sehr nützlich bei der Heranbildung der jungen Männer sein kann.

Ich möchte auch eine positive Meldung der letzten Tage hier wiederholen: Zu dieser Persönlichkeitsentwicklung wird nun auch das Bundesheer verstärkt beitragen, indem es Lehrer, die voll ausgebildet sind, aber keine Stelle haben, in die Arbeit miteinbeziehen wird. Es gibt ab nun eine Aktion des Militärkommandos, der Personalvertretung des Bundesheeres und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, in welcher arbeitslose Lehrer für Kurse in Rhetorik und Menschenführung für Chargen und Unteroffiziere in den Kasernen eingesetzt werden. Das gibt einen doppelten Effekt: erstens eine Weiterbildung derer, die Jungmänner zu führen und auszubilden haben, und zweitens einen positiven Effekt in die Lehrerschaft hinein, wenn Lehrer länger in Einrichtungen des Bundesheeres für die Landesverteidigung arbeiten. Das halte ich für eine ideale Kombination, so daß wir in unserem Bewußtsein für die Landesverteidigung in unserem Land wieder ein Stück weiterkommen. Da haben wir in

Steiermark immer eine sehr hohe Marke zu verteidigen, und da wollen wir auch in Zukunft bei dieser hohen Marke bleiben. Nämlich im Bewußtsein, Landesverteidigung ist notwendig, sie ist sinnvoll, sie ist auch ein Erziehungsinstrument für unsere Jugend und ist auch ein Instrument, den Zusammenhalt jener – ich habe es vorher schon erwähnt – 30.000 Milizsoldaten, die aus allen Berufen, aus allen Regionen der Steiermark immer wieder ihren Dienst machen, herzustellen.

Ich bin allen sehr dankbar, die für die gegenständlichen Kasernenbauten entsprechende Geldmittel nun schließlich und endlich doch in die Steiermark gebracht haben; in erster Linie dem Herrn Landeshauptmann und seinen Mitstreitern. Unter ihnen war auch der Vorstand unserer Hochbauabteilung, Hofrat Franz Josel, der beim Minister Graf und beim Minister Lichal als Fachmann beigezogen wurde.

Ich hoffe nun, daß die Heeresverwaltung in der Lage ist, diese Mittel auch wirklich zu verbauen, so wie sie nunmehr zur Verfügung stehen. (Beifall bei der ÖVP. – 15.36 Uhr.)

Präsident Meyer: Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor.

Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben.

Mehrheitlich angenommen.

Wir kommen nun zu den Tagesordnungspunkten 17, 18, 19, 20, 21 und 22. Da bei diesen sechs Tagesordnungspunkten ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben ist, schlage ich im Einvernehmen mit den Obmännern der im Haus vertretenen politischen Parteien vor, diese sechs Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Zum Tagesordnungspunkt

17. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 185/7, zum Antrag der Abgeordneten Pinegger, Pußwald, Purr und Schwab, betreffend die Reduzierung der Wochenstundenzahl für zehn- bis vierzehnjährige Schüler,

erteile ich dem Berichterstatter, Herrn Abgeordnetem Adolf Pinegger, das Wort.

Abg. Pinegger (15.37 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Die Vorlage 185/7 wurde im Volksbildungs-Ausschuß beraten. Es handelt sich um die Thematik der Antragsteller, bezogen auf die Herabsetzung der Wochenstundenzahl für die zehn- bis vierzehnjährigen Schüler. Es scheint der Fall zu sein, daß die Wochenstundenanzahl zu hoch ist und deswegen einer Reduzierung bedarf. Bisher waren in den Klassen der Volksschule und im besonderen der Hauptschule und AHS in der Unterstufe, erste Klasse, 32 Wochenstunden gegeben. Für die Elfjährigen waren es 34 Stunden, für die Zwölf- bis Dreizehnjährigen 35 Stunden. Dazu

kommen zusätzlich noch Freigegegenstände, unverbindliche Übungen, und auch ein Potential an Hausübungen ist zu erfüllen und dann der obligate Förderunterricht.

Hauptschulen mit Sonderformen, zum Beispiel mit dem Schwerpunkt Musik oder Sport, haben zusätzliche Wochenstunden zu erbringen. Dazu kommen noch außerschulische Aktivitäten, wie Musikunterricht, Tätigkeiten in Jugendgruppen und in Sportvereinigungen.

Eltern und Lehrer fordern, daß die im Jahre 1985 erfolgte Wochenstundenverpflichtung, wie vorhin erwähnt, von seiten des Bundesministeriums zurückzunehmen sei. Wir müssen uns aber auch in diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, bewußt werden, daß diese Reduzierung der Wochenstundenverpflichtung das Problem der Beschäftigung der Lehrer zunehmend kritisch gestaltet. Im Mittelpunkt der Betrachtung hat aber das Kind zu stehen.

Namens des Volksbildungs-Ausschusses, meine Damen und Herren, darf ich den Antrag stellen, daß diese Vorlage zur Kenntnis genommen wird. (15.40 Uhr.)

Präsident Meyer: Zum Tagesordnungspunkt

18. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 226/7, zum Antrag der Abgeordneten Günther Ofner, Tschernitz, Sponer, Freitag und Genossen, betreffend die Schaffung eines Schultyps mit angeschlossener Werkstätte zur Ausbildung von Tischlern und Designern in Murau,

erteile ich Herrn Abgeordnetem Franz Zellnig das Wort zur Berichterstattung.

Abg. Zellnig (15.40 Uhr): Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herren dieses Hohen Hauses!

Die Regierungsvorlage 226/7 befaßt sich mit dem Antrag der Abgeordneten Ofner Günther, Landesrat Tschernitz, Sponer, Freitag und Genossen, betreffend die Schaffung eines Schultyps mit angeschlossener Werkstätte zur Ausbildung von Tischlern und Designern in Murau.

Begründet wird der Antrag mit der hohen Arbeitslosigkeit der Jugend und dem großen Holzreichtum im Bezirk Murau. Zu erwähnen sind auch noch die zu geringe Wertschöpfung beim Holzexport im Inland und der hohe Import auf dem Sektor der Möbel.

Der Landesschulrat befaßte sich schon einmal mit dieser Regierungsvorlage, nur war seine erste Stellungnahme dazu nach Meinung der Antragsteller nicht ausreichend. In einer ergänzenden Stellungnahme wird vom Landesschulrat mitgeteilt, daß die Errichtung einer Lehranstalt mit angeschlossener Werkstätte zur Ausbildung von Tischlern und Designern in Murau im Ausbaukonzept des Landesschulrates vorgesehen sei.

Diese Regierungsvorlage wurde im Volksbildungs-Ausschuß beraten und einstimmig zur Kenntnis genommen.

Ich stelle im Namen dieses Ausschusses den Antrag an den Hohen Landtag, er wolle diese Regierungsvorlage in der vorliegenden Fassung zur Kenntnis nehmen. (15.42 Uhr.)

Präsident Meyer: Zum Tagesordnungspunkt

19. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 317/6, zum Antrag der Abgeordneten Reicher, Freitag, Gottlieb, Minder und Genossen, betreffend die Einschulung des gesamten Gemeindegebietes von Werndorf in den Polytechnischen Lehrgang Kalsdorf,

erteile ich der Frau Abgeordneten Erna Minder das Wort zur Berichterstattung.

Abg. Minder (15.43 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Die Vorlage behandelt die Einschulung des gesamten Gemeindegebietes der Gemeinde Werndorf in den Polytechnischen Lehrgang Kalsdorf und gleichzeitig die Ausschulung aus dem Polytechnischen Lehrgang Wildon. Begründet wurde der Antrag damit, daß bereits 1982 Werndorf aus dem Hauptschulsprengel Wildon ausgegliedert und dem Hauptschulsprengel Kalsdorf zugeordnet wurde. Seit dieser Zeit besuchte kein einziger Schüler der Gemeinde Werndorf den Polytechnischen Lehrgang in Wildon, doch muß die Gemeinde Werndorf Schulerhaltungsbeiträge in der Höhe von 119.252 Schilling an Wildon und 89.000 Schilling Gastschulbeiträge an Kalsdorf zahlen. Der Bezirksschulrat Leibnitz hat sich gegen, der Bezirksschulrat Graz-Umgebung für eine Sprengeländerung ausgesprochen. Der Landesschulrat hat die Gemeinde Werndorf dem Schulsprengel des Polytechnischen Lehrganges Kalsdorf zugeordnet und somit dem gegenständlichen Antrag vollinhaltlich entsprochen. Ich ersuche um Annahme des Antrages. (15.44 Uhr.)

Präsident Meyer: Zum Tagesordnungspunkt

20. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 386/4, zum Antrag der Abgeordneten Kohlhammer, Freitag, Trampusch, Minder und Genossen, betreffend die Erstellung eines landesweiten Zehn-Jahres-Sachprogrammes für bauliche Erfordernisse im Pflichtschulbereich,

erteile ich dem Berichterstatter, Herrn Abgeordnetem Alexander Freitag, das Wort.

Abg. Freitag (15.44 Uhr): Frau Präsident, Hohes Haus!

Diese Vorlage geht auf einen Antrag der SPÖ-Abgeordneten, betreffend die Erstellung eines landesweiten Zehn-Jahres-Sachprogrammes für bauliche Erfordernisse im Pflichtschulbereich vom 19. April 1988 zurück. Der Volksbildungs-Ausschuß des Steiermärkischen Landtages hat mit Beschluß vom 17. Jänner 1989 die damals vorgelegte Regierungsvorlage an die Landesregierung mit dem Hinweis zurückverwiesen, daß einige Aspekte der Raumordnung nicht behandelt wurden. Die in der Zwischenzeit von der Fachabteilung Ib eingeholte ergänzende Stellungnahme hat folgenden Wortlaut:

Die im gegenständlichen Antrag geforderten Maßnahmen erscheinen aus raumplanerischer Sicht nicht zweckmäßig, da Schulstandorte, Schulsprengelteilungen und bauliche Erfordernisse bereits festgelegt worden sind. Deshalb fand eine neuerliche Überprü-

fung auch nicht statt. Es scheint daher sinnvoller, nur in Anlaßfällen bei örtlichen und regionalen Schulstandortfixierungen raumplanerische Überprüfungen vorzunehmen, wie dies an den Beispielen der Antragstellungen für die Errichtung einer Volksschule in Raaba beziehungsweise eines Hauptschulstandortes in Lan-nach zeigt.

Diese Vorlage wurde im Ausschuß sehr ausführlich diskutiert und mit Mehrheit angenommen. Als Vorsitzender des Volksbildungs-Ausschusses ersuche ich um Annahme dieser Vorlage. (15.46 Uhr.)

Präsident Meyer: Nun zum Tagesordnungspunkt

21. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 572/3, zum Antrag der Abgeordneten Kammlander, betreffend die zusätzliche Beistellung von Pflichtschullehrer/innen, die vom Land Steiermark besoldet werden sollen,

erteile ich Herrn Abgeordnetem Adolf Pinegger das Wort zur Berichterstattung.

Abg. Pinegger (15.46 Uhr): Frau Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Der Antrag von unserer Frau Abgeordneten, Kollegin Gundi Kammlander, wurde im Volksbildungs-Ausschuß beraten. Frau Abgeordnete beantragte unter Zugrundelegung einer Klassenschülerhöchstzahl in Volks- und Hauptschulen von 25 und im Bereich der Sonderschule von zehn Kindern eine Erstellung eines neuen Dienstpostenplanes und drückt die Meinung aus, daß diese vermehrten Dienstposten über das Budget des Landes Steiermark finanziert werden mögen. So sehr dies für die arbeitslosen Lehrer begrüßenswert erscheint und auch im pädagogischen Sinne gelegen ist, muß darauf hingewiesen werden, daß die finanzielle Belastung des Landesbudgets durch diese Maßnahme nicht außer acht bleiben darf. Nach einem derzeit praktizierten Finanzausgleich sind die Lehrerbesehung als auch die Erstellung der Dienstpostenpläne eine Bundesangelegenheit. Ein Stellenplan unter der Annahme dieser besagten Bedingungen würde allein für die Steiermark bedeuten: unter Zugrundelegung der Schülerzahlen 25 in Volks- und Hauptschulen und von zehn in Sonderschulen, auch berücksichtigt die Polytechnischen Lehrgänge. Es würde eine Vermehrung von Klassen in der Steiermark von 166 Klassen ergeben. Damit verbunden eine Vermehrung von Dienstposten, und zwar 243, im Bereich der Hauptschule 206 Klassen plus und eine Vermehrung von Dienstposten von insgesamt 612, im Polytechnischen Lehrgang 17 Klassen plus eine Vermehrung von 34 Dienstposten, im Sonderschulbereich zehn Klassen mehr, das sind 16 Dienstposten. Summa summarisch wären das 399 Klassen, das sind 905 Dienstposten. Die außertourliche Belastung des Landes würde sich budgetär in der Höhe von 271 Millionen Schilling niederschlagen. Das Land Steiermark ist auf Grund der gegebenen Rechtslage nicht berechtigt, Stellenplanentscheidungen zu treffen, sondern ist hier nur insoweit berechtigt, daß es Vorschläge dem Bundesministerium für Unterricht unterbreiten kann und die Genehmigung von dort einzuholen hat.

Namens des Volksbildungs-Ausschusses ersuche ich um Kenntnisnahme dieser Vorlage. (15.48 Uhr.)

Präsident Meyer: Zum Tagesordnungspunkt

22. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 588/8, zum Beschluß Nr. 349 des Steiermärkischen Landtages vom 7. Dezember 1988, über den Antrag der Abgeordneten Mag. Rader, Pinegger, Prof. Dr. Eichtinger und Freitag, betreffend die Bewährung von Wartelisten für die Aufnahme von Lehrern,

erteile ich dem Berichterstatter, Herrn Abgeordnetem Prof. Dr. Karl Eichtinger, das Wort.

Abg. Prof. Dr. Eichtinger (15.48 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

In dieser Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, die auf einen Antrag der Abgeordneten Mag. Rader, Pinegger, Prof. Dr. Eichtinger und Freitag zurückgeht, wird berichtet, inwieweit sich die Wartelisten für die Aufnahme von Lehrern bewährt haben und ob diesbezügliche Verbesserungen notwendig sind. Demnach wurde am 15. Oktober 1987 vom Landesschulratskollegium beschlossen, Bewerberlisten getrennt für Landes- und Bundeslehrer aufzulegen. Diese sind einsehbar. Seit der erstmaligen Auflage für den Bereich der allgemeinbildenden Pflichtschulen am 20. April 1988 haben 220 Bewerber um eine Lehrerstelle an einer allgemeinbildenden Pflichtschule und 180 Bewerber im Bereich der mittleren und höheren Schulen, das entspricht je zirka einem Viertel aller Wartenden, Einsicht genommen. Den Vorsprechenden wird nicht nur die bloße Einsichtnahme gewährt, sondern auch die Situation jedes einzelnen Lehrers, aber auch die Gesamtsituation im Planstellenbereich genau erläutert. Es wäre nach Ansicht des Landesschulrates zu prüfen, ob detaillierte Regelungen bei Ablehnung einer angebotenen Lehrerstelle getroffen werden sollten. Obwohl nämlich der Landesschulrat für Steiermark keinem Bewerber eine Stelle in einem Bezirk anbietet, den der Betreffende in seinem Anstellungsansuchen nicht angegeben hat, haben seit Beginn des Schuljahres 1988/89 rund 80 Bewerber eine ihnen angebotene Stelle im Bereich der allgemeinbildenden Pflichtschulen und rund 30 Bewerber im Bereich der allgemeinbildenden mittleren und höheren Schulen abgelehnt.

Namens des Ausschusses bitte ich um Annahme der Vorlage. (15.51 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Gundi Kammlander.

Abg. Kammlander (15.52 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Zur heute diskutierten Regierungsvorlage ist zu sagen, es ist mir bekannt, daß die Steiermark auch in der Vergangenheit eine Sonderstellung in der Zuteilung von Dienstposten beansprucht hat. Trotz Koalitionsvereinbarung und Rundschreiben wurde hier in der Steiermark versucht, Dienstposten und Klassen zu halten. Daß der Bund in Zeiten der Budgetkonsolidierung auf Einsparung von Bildungsgeldern drängt, ist eine Bankrotterklärung. Wenn wir in Österreich Abfangjäger, Panzerabwehrraketen und möglicherweise Fliegerabwehrraketen kaufen und auf Rüstung statt auf Bildung setzen, dann ist das ein Trauerspiel.

Wir müssen deshalb alles Erdenkliche tun, daß wir Budgetmittel vorrangig für die Ausbildung veranschlagen. Auch das Land Steiermark sollte einen Minimalbeitrag zur Finanzierung der Schulen leisten. Ich habe mir von Herrn Dr. Kollik von der Rechtsabteilung 13 ausrechnen lassen, daß im Schuljahr 1989/1990 ein Mehraufwand für die Eröffnungsklassen in der Höhe von 16 Millionen Schilling entstehen würde, wenn die Klassenschülerzahl unter 25 gesenkt wird. Für die folgenden Jahre steigt dieser Betrag dann natürlich an. Allein für Ausgaben im Bereich der Autobahnen, die auch reine Bundesaufgabe sind, und des Österreich-Ringes könnte man sich 50 Millionen Schilling im steirischen Budget einsparen. Der Bund hätte sicher nichts gegen einen Beitrag einzuwenden. Ich kann mir nicht vorstellen, wieso er sich dagegen aussprechen könnte. Entscheidend für die Zukunft ist in der steirischen Schulpolitik der politische Wille und nicht das „Haltet-den-Dieb-Spiel“ gegenüber dem „bösen Bund“ in Wien. Auch die Verfassungsgerichtshofbeschwerde, die hier immer wieder angekündigt wird, wird nicht viel bringen. Außerdem hat der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes in einem Gutachten bereits vor Jahren die Frage im Zusammenhang mit dem Rundschreiben schon einmal geklärt. Die Frage nach der Rechtmäßigkeit innerhalb der Ausführungsgesetzgebung ist nur eine Wiederholung. Bildungspolitisch vertretbar wäre eine Rahmenvereinbarung über die Kostenbeteiligung. Alles andere ist eine Flucht aus der politischen Verantwortung. Ich nehme an, daß sich der Herr Kollege Schilcher und Landesschulratspräsident dazu äußern wird.

Der zündende Funke für das Schulvolksbegehren ist in der Steiermark durch die drohende Zusammenlegung der Klassen ausgelöst worden. Die Gesamtzahl der Klassen sollte am Beginn des letzten Schuljahres auf Kosten der Schülerzahl je Klasse möglichst niedrig gehalten werden. Und schulstandortübergreifend sollten Klassen zusammengelegt und bereits begonnene kleine Klassen mit fördernden Unterrichtsformen wieder unmöglich gemacht werden. Die Schulklassen sollten, der gesetzlich festgelegten Klassenschülerhöchstzahl 30 entsprechend, aufgefüllt werden. Durch die Initiative des überparteilichen Komitees gegen restriktive Maßnahmen im Bildungsbereich ist es gelungen, österreichweit rund 220.000 Unterschriften zu sammeln. Zu den erklärten Zielen dieses Volksbegehrens gehören neben der Senkung der Klassenschülerzahlen in allen Schultypen die Unterscheidung zwischen Eröffnungsklassen einerseits, deren Schülerzahl nahe bei 19 sein soll und 25 nicht übersteigen darf, und andererseits Fortführungsklassen, deren Zahl nur in Ausnahmefällen 25 übersteigen darf. Außerdem benötigen kleine Landvolkschulen besonderen Schutz vor Zusammenlegung von Klassen und Schließung. Ihr Bestand kann nur mit den neuen Teilungs- und Eröffnungszahlen gesichert werden. Für die nicht am gemeinsamen Unterricht teilnehmenden Sonderschüler ist die Klassenhöchstzahl ebenfalls zu senken. Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Volksbegehrens sind davon überzeugt, daß nur in kleinen Klassen die Voraussetzungen für mehr individuelle Betreuung geboten werden kann. Im Lehrplan der Volksschule, Ausgabe Steiermark 1987, sind unter den allgemeinen Bildungszielen bereits einige, auch von den Volksbegehrensinitiatoren und -initiatorinnen

wichtige Punkte angeführt. Dort steht zu lesen: Die Volksschule muß dem Kind Raum und Schutz gewähren, damit es Selbstwertgefühl entwickeln und Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten aufbauen kann. Durch eine Situation gefühlsmäßiger Sicherheit und Entspannung wird einerseits schulisches Lernen begünstigt, andererseits wird aber auch soziales Verhalten positiv beeinflusst. Eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür ist das grundsätzlich wertschätzende Verhalten des Lehrers jedem einzelnen Kind gegenüber. Ein Klima des Vertrauens, der Zuneigung, der Anerkennung und Offenheit begünstigt soziale Verhaltensformen der Kinder. Die Volksschule soll den Kindern die Möglichkeit geben, ihre Bedürfnisse und Interessen unter Berücksichtigung anderer Personen wahrzunehmen und zu vertreten. Weiters heißt es im Lehrplan der Volksschule, der Lehrer, die Lehrerin soll auf die Bedürfnisse des einzelnen eingehen, auftretende Schwächen mit Einfühlung und Verständnis akzeptieren und an ihrer Behebung bewußt mitarbeiten. Darüber hinaus muß der Lehrer oder die Lehrerin durch das Verhalten Vorbild in Konfliktsituationen, Partner in mitmenschlichen Beziehungen sowie Helfer/in und Berater/in bei der Auseinandersetzung mit Schwierigkeiten sein. Bei der täglichen Unterrichtsgestaltung darf sich der Lehrer, die Lehrerin nicht ausschließlich als Wissensvermittler/in und Belehrender/e sondern auch als Lernender verstehen. Wunder schöne Ziele! Können wir diese Ziele in großen Klassen umsetzen? Wie schauen die pädagogischen Angebote wirklich aus? Ein Beispiel dazu: Eine erste Volksschulklasse nach den Vorstellungen der Bildungspolitiker der Koalition, vollgestopft mit 30 Kindern, mit 30 wißbegierigen, aktiven, interessierten kleinen Menschen, und diese wollen die Welt erforschen und kennenlernen. Der erste Schritt, der dort passiert, ist die Disziplinierung. Die geistige Mobilität, die Spontaneität werden gleich einmal räumlich und zeitlich eingengt. Ein möglicher Einwand, daß früher ja auch 36 bis 40 Schüler in einer Klasse gewesen sind, ist leicht dadurch zu entkräften, wenn ich nur das Beispiel anführe, die Trainingsmethoden für Führungskräfte und Manager, der Herr Kollege Ing. Stoisser kennt das sicher, als Vergleich dazu, hier wird klar, daß nur in überschaubaren Gruppen mit höchstens 15 Teilnehmern effektiv trainiert werden kann. Oder glauben Sie, daß Lerneffekte durch eine ungünstige Entwicklung nach den alten Lernmethoden, also Vormachen und Nachmachen, weiter verschenkt werden dürfen? Ohne individuelle Entwicklungsmöglichkeiten? In kleinen Klassen verfallen schwächere Kinder in Trägheit und Angst. Das ist schulpsychologisch erwiesen. Es ist auch wissenschaftlich erwiesen, daß 90 Prozent der Schülerinnen und Schüler am Beginn ihrer Schulkarriere Erfüllungsängste haben, und viele werden durch die Unterrichtsform in der großen Klasse bereits zu Beginn zu Versagern gestempelt. Es ist ein Armutzeugnis für die österreichische Schulpolitik, wenn dieses geistige Potential frühzeitig bewußt unterentwickelt bleibt. Oder gibt es ein restriktives Interesse, solche schöpferischen Kräfte zu verküppeln, oder will man bewußt eine bestimmte Anzahl von inländischen und ausländischen Kindern dumm halten? (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Sie sind ein lebender Beweis für unser Bildungssystem!“) Ja, aber ich war auch in kleinen Klassen, Herr Kollege! Ich weiß nicht, wieso Sie mich

gerade unbedingt als Beispiel heranzitieren! (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Weil Sie so geeignet sind!“) Ich will ja nicht die Musterschülerin da herunterklopfen. In großen Klassen haben einzelne Kinder wenig Chancen, sich einzubringen, wenig Chancen, Ideen und Fantasien dort zu formulieren. Es bleibt auch meistens unbesprochen, was diese Kinder vorbringen, und der Nebeneffekt: Auch begabte Kinder langweilen sich nach einem solchen Schuljahr und sind möglicherweise dadurch schon abgestempelt zu angepaßten Mitläufern ohne eigene Motivation. Solange Rivalität, Konkurrenz und Neid entgegen den Zielen in der Volksschule noch immer als Leistung verstanden werden, wenn das Gegeneinander statt Miteinander zum Schulalltag gehört, bleiben Einfühlungsvermögen und Beziehungsfähigkeit dieser Kinder auf der Strecke und werden weder entwickelt noch belohnt. Immer öfter wird beklagt auch von der Wirtschaft und von den Universitäten, daß Lehrlinge, Mitarbeiter, Studenten über zu wenig kreatives und innovatives Potential verfügen, daß es an Verantwortungsbewußtsein, Lerneifer und Problemlösungskapazität fehlt, besonders von der Wirtschaft kritisiert. Ich frage Sie, wie im hierarchisch organisierten Schulwesen, wo Zwang, Gehorsam, Unterordnung und Angepaßtheit noch immer vorherrschen, ob dort noch weiter solche restaurativen Tendenzen verstärkt werden sollen. Konsequenterweise können solche Schulen nur unmündige und unselbständige junge Menschen verlassen. Die Bürgerinitiative „Aktion humane Schule“, die ich in ihren Inhalten unterstütze, regt bildungspolitische Aktivitäten an, die auf die Grundbedürfnisse von Kindern und Jugendlichen Rücksicht nehmen. Ich zitiere aus einer Broschüre dieser Initiative, die heißt: „Wege zu einer humanen Schule“. „Es gehört vor allem dazu, die Schule von ihrer Auslesefunktion zu befreien, und sie soll ausschließlich der Unterstützung und Förderung dienen. Als übergeordnetes Ziel soll Bildung dem Menschen ermöglichen, sich ganzheitlich zu entwickeln: körperlich, seelisch, geistig und sozial. Dazu gehört für die Kinder, kritisch zu denken und verantwortlich handeln zu lernen und vor allem demokratisch zusammenleben zu können. Menschen – ich glaube, da werden Sie mir recht geben – müssen heute vor allem lernen, mit sich und ihren Mitmenschen in lebensfördernder Weise umzugehen, ohne einander Gewalt anzutun oder sich gar zu vernichten. Im Unterricht muß es leitendes Ziel werden, lebensnotwendige Grundhaltungen zu erlernen, damit die Menschheit im Zeitalter atomarer, ökologischer und sozialer Gefährdung weiterleben kann.“ Ende de Zitates.

Weiters: Die Situation der jungen steirischen Vertragslehrerinnen und -lehrer ist im Zusammenhang mit den jährlich zu erstellenden Dienstpostenplänen von einem Klima der Abhängigkeit und Angst gekennzeichnet. Anpassungsdruck bestimmt auch die Motivation – wird doch entsprechend den Anmeldezahlen mit den Lehrerinnen und Lehrern herumjongliert, wie es den verantwortlichen Stellen im Landesschulrat paßt. Ohne auf die pädagogische Kompetenz, bestimmte Qualifikation beziehungsweise regionale Bedürfnisse Bedacht zu nehmen, wird die Personalpolitik immer noch von Interventionen bestimmt. Auf meine Frage nach den Überstunden an den zuständigen Präsidenten Herrn Kollegen Abgeordneten Univ.-Prof. Dr. Schilcher hat er gemeint, es wären

ohnedies nicht so viele. Interessant wäre dazu die Aufschlüsselung nach Schularten und nach Bezirken, dann könnte unter Umständen festgestellt werden, wer an diesen Schulen die Überstundenhitparade anführt. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Wörtlich der Herr Sternat!“) Ich erinnere auch daran, daß bereits im Jahre 1987 der ÖVP-Lehrerbund des Bezirkes Mürz-zuschlag gefordert hat, daß Abgeordnete zum Nationalrat, zum Bundesrat, zum Landtag und Bürgermeister von Städten über 10.000 Einwohnern sowie Funktionäre von gesetzlichen Interessensvertretungen für die Dauer ihrer politischen Funktion gegen Karenz der Bezüge vom Dienst beurlaubt werden sollten – ÖVP-Lehrerbund 1987. Ich habe das hier schon einmal vorgebracht. Als Solidaritätsaktion für stellenlose Lehrer würden solche Verzichtserklärungen sicher auf breite Zustimmung stoßen.

Eine Gewissensfrage jetzt an den Herrn Präsidenten des Landesschulrates: Wie halten Sie es persönlich mit der Vereinbarkeit Ihres Amtes als Landesschulratspräsident und gleichzeitig Abgeordneter zum Steiermärkischen Landtag? Einerseits Gesetzgebung, wo die Ziele der Schulpolitik unter Umständen in Gesetzesform entstehen sollen, andererseits eine leitende Position in der Verwaltung! Oder wie weit ist Ihre Initiative zu Beginn Ihrer Amtszeit im Zusammenhang mit Schuldienst versus politische Funktion gediehen? Werden Sie sich durchsetzen? Oder werden Sie selbst auf Ihr Mandat zugunsten einer Frau zum Beispiel verzichten? (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Schade, daß Sie schon eines haben!“) Ich bin keine ÖVP-Freundin! Am Schluß bekennen wir uns als Grün-Alternative zur inneren und äußeren Reform der Bildungspolitik, ob jetzt in Richtung Ganztageseinrichtungen, Tagesheimbetreuung im Bereich der Grundschule oder auch in Richtung Schule für alle Sechs- bis Fünfzehnjährigen. Wir denken dabei auch an die Familien und auch an die Frauen, um ihnen auch einmal die schulische Verantwortung tagsüber abzunehmen.

Nachdem alle Punkte heute gemeinsam diskutiert werden, muß ich meine Wortmeldung zur Warteliste auch gleich anschließen, sonst komme ich nicht mehr zu Wort.

In der Regierungsvorlage zur Warteliste im vorletzten Absatz wird auf eine Manöverkritik innerhalb des Landesschulrates hingewiesen. Und da heißt es dann wörtlich: „Es wird noch über andere Fragen zu befinden sein.“ Allein das Wort „Manöver“ läßt erkennen, daß im Landesschulrat Übungen unter kriegsähnlichen Verhältnissen, das ist die wortwörtliche Übersetzung vom Wort „Manöver“ im eigentlichen Sinn des Wortes, also Übungen unter kriegsähnlichen Verhältnissen zum Alltag gehören.

Die Warteliste, wie sie zur Einsicht aufliegt, ist von einer Durchschaubarkeit Lichtjahre entfernt. Praktisch sieht das so aus: Zweimal im Monat erfährt die arbeitslose Lehrerin oder der arbeitslose Lehrer, daß sie oder er auf der Liste steht. Die anderen vor ihr und nach ihr gereihten Namen werden abgedeckt. Zum Beispiel, wie viele Mathematik- oder Geographielehrer vor ihr oder ihm sind, kann er nicht eruieren. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Das ist überhaupt nicht wahr!“) Man kann nichts davon erfahren. So ist es mir geschildert worden. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Ich lade Sie ein, kommen Sie und schauen Sie sich das an, lassen

Sie sich nicht falsch informieren! Jeder kann jeden Tag seine Position klären!“) Ich kann ja gar nicht hingehen. Es ist ja nicht soweit transparent. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Kommen Sie und informieren Sie sich!“) Ich nehme es gerne an. Aber Sie haben ja noch die Möglichkeit, daß Sie das genauer darstellen.

Aber was ist seine Position oder ihre Position? Und wie viele Mathematiklehrer, erfährt er das auch? Oder erfährt er nur, wie viele Volksschullehrer? Und er sieht auch die Namen? (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Die Namen nur, wenn er oder sie einverstanden ist!“) Und die anderen sind dann überdeckt. Ich kenne das von unserem Geschichteunterricht, da haben sie auch immer die nackten Männer abgedeckt, und die anderen haben wir sehen dürfen. Die griechischen Statuen. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Das scheint noch Nachwirkungen zu haben!“) Mit dem Argument des Datenschutzes kommen Sie jetzt. Manche Namen sind aber nicht sichtbar. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Nur die, die zustimmen!“) Nur die, die zustimmen. Ich verstehe nicht, wenn jemand um eine Position beim Land oder als Lehrer ansucht, warum er oder sie dann nicht ihren Namen bekanntgeben will. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Es ist nicht möglich, wenn nicht zugestimmt wird!“) Dann tun Sie es vertraglich so vereinbaren, daß es möglich ist. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Da müssen Sie den Gesetzgeber beim Bund fragen!“) Es ist möglich, daß automationsunterstützte Daten auch offengelegt werden dürfen. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Jeder, der will, kann zustimmen!“) Was heißt jeder, der es will! Es ist wirklich nicht zuviel verlangt, von wartenden Lehrerinnen und Lehrern die Zustimmung zur Verarbeitung ihrer Daten zu bekommen. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Daß ihre persönlichen Daten von jedem eingesehen werden!“) Schließlich und endlich ist es das Risiko jedes einzelnen. Wenn ich meine nicht bekanntgeben will, wie soll ich die von den anderen wissen! Ich kann ja nicht eine Warteliste haben wollen. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Ich mache Ihnen einen Vorschlag: Kommen Sie zu mir, ich zeige es Ihnen. Es hat sich noch kein einziger aufgeregt!“) Ich glaube, daß diese Geheimniskrämerei immer auf die arbeitslosen Lehrerinnen und Lehrer zurückfällt. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Es ist keine Geheimniskrämerei!“) Das ist schon eine. (Abg. Pinegger: „Sie sind falsch informiert.“) Nein, ich bin nicht falsch informiert! Ich bin keine Lehrerin, ich kann ja nicht hingehen. Wir reden ja nicht, daß wir heute bis Mitternacht dastehen. Ich kann mir vorstellen, daß eine nach Fächern getrennt geführte Warteliste, und zwar öffentlich einsehbar, sinnvoll und notwendig ist. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Ist nach Fächern getrennt!“) Wenn dem so ist, lasse ich mich gerne davon überzeugen. Ich komme Sie besuchen.

Zu allen Widrigkeiten mit der praktischen Anwendung der Warteliste kommen dann die Gerüchte, wie in Zukunft zusätzliche Vorrückungspunkte erworben werden sollen.

Zum Beispiel soll für arbeitslose Lehrerinnen und Lehrer die Möglichkeit geschaffen werden, bei anderen Lehrern zu hospitieren. Das ist Ihnen ja wahrscheinlich bekannt. Für diese Beobachtungsarbeit gibt es dann Gutpunkte in der Warteliste. Grundsätzlich: Gegen die Hospitation wäre ja nichts einzuwenden,

aber das können nur Vermögende tun, daß sie tagsüber irgendwohin zuschauen gehen nach Lust und Liebe, aber es gibt auch andere, die müssen arbeiten. Die haben sich schon inzwischen eine Teilzeitarbeit verschafft, und die haben keine so freie Zeiteinteilung, daß sie zuschauen gehen können. Als Vorrückungskriterium ist diese Form der freiwilligen Beschäftigung jedenfalls nicht akzeptabel. Es haben sich auch andere schon dagegen ausgesprochen, nicht nur ich. Anders würde es ausschauen, wenn die pädagogische Weiterbildung in Form von Abendveranstaltungen angeboten und diese zusätzliche Qualifikation auch mit Punkten bewertet werden würde. Da wäre nichts dagegen zu sagen.

Zum Bewertungsausschuß selber: Auffallend an diesem Ausschuß ist schon die Zusammensetzung. Sitzen noch im Zentralausschuß die Pflichtlehrer, Repräsentanten der im Landtag vertretenen Parteien, so sind im Bewertungsausschuß nur noch ÖVP und SPÖ übriggeblieben und treulich vereint. Und dem zuständigen Zentralausschuß wurde ein Mitspracherecht entzogen, und alle Macht liegt bei der Lehrerbestellung, wenn es auch nur ein Vorschlagsrecht ist, bei den beiden Regierungsparteien. Ich frage Sie jetzt, Herr Präsident, auf welcher rechtlichen Basis steht dieser Bewertungsausschuß? Vielleicht können Sie das heute aufklären. Daß die Parteien im Landesschulrat unter sich bleiben wollen, wird auch durch die Tatsache offenkundig, daß einer unabhängigen Gruppierung, die als zweitstärkste Vertretung gewählt wurde, mit 18 Prozent, also 3 Prozent mehr als die SPÖ mit 15 Prozent, weder Sitz noch Stimme in wichtigen Gremien zugestanden wird. Als unabhängig und als solche definierte Lehrerinitiative werden sie nicht akzeptiert. Sie dürfen weder mitreden noch Einblick nehmen. Es ist höchst undemokratisch, wenn gewählte Vertreter mit dem Hinweis auf die Aufteilung der im Landtag vertretenen Parteien an der Mitwirkung gehindert werden. Entweder müssen sie sich deutlich zu einer Partei bekennen, aber unabhängig, damit fangen Sie anscheinend nichts an. Man sieht, die Parteien lassen halt nicht die Finger davon. Ich trete nicht für die Grünen in diesem Bereich ein, sondern für eine unabhängige Gruppe. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Schulaufsichtsgesetz! Der Landesschulrat ist zusammengesetzt nach dem letzten Ergebnis der Landtagswahl!“) Ich weiß, Sie haben immer Probleme, wenn es unabhängig heißt. Sie glauben immer gleich, daß die Grünen sie an Land gezogen haben. Stimmt aber nicht!

Nach diesem Exkurs über die internen Machtverhältnisse im Landesschulrat zur Warteliste. Also, ich bekenne mich, und so war auch mein erster Antrag, meine Premiere hier im Landtag, zu einer öffentlich einsehbaren Warteliste, die nach folgenden transparenten Kriterien erstellt ist, und zwar: der Name der Bewerberin oder des Bewerbers, das Geburtsdatum, das Datum der Lehramtsprüfung und die Fächerkombination. Nicht mehr und nicht weniger. Das ganze läßt eine Objektivierung zu. Und um Zeitverzögerungen bei der Einberufung zu verhindern oder bei diesem Schreiben, wenn sie halt eine Anstellung bekommen, schlagen wir – nicht nur wir, sondern auch andere Initiativen – vor, eine entsprechende Anzahl gleichzeitig zu verständigen. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Machen wir seit zwei Monaten!“) Sehr gut! Man soll

ihnen mitteilen das voraussichtliche Ausmaß der Stunden und auch die geplante Vertragsdauer, daß sie das auch erfahren. Und ein letzter Wunsch noch: Bitte keine Experimente, keine kriegsähnlichen Übungen mehr im Landesschulrat ohne Einbeziehung der betroffenen Lehrer und Lehrerinnen und arbeitslosen Lehrer und Lehrerinnen und Initiativen. Danke. (16.18 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prof. DDr. Steiner.

Abg. Prof. DDr. Steiner (16.18 Uhr): Frau Präsident, Hohes Haus!

Ich habe mich zu Wort gemeldet zum Punkt 22, zur Warteliste. Frau Kollegin Kammlander, jetzt warten Sie da auf die Warteliste, und ich werde Ihnen gleich etwas zu dieser Warteliste sagen. Diese Warteliste ist wiederholt hier zur Debatte gestanden im Hohen Haus, als sie betrieben wurde, Frau Vizepräsident, Sie können sich erinnern, an der Akademie draußen haben wir diskutiert vor drei Jahren, und da wurde es gewünscht. Und dann war es so, daß der Verwaltungsgerichtshofspräsident gesagt hat, zur Zeit kann er keine Lösung anbieten wegen des Datenschutzes. Auch der Herr Minister Moritz ist ersucht worden, diese Warteliste zu ermöglichen. Und dann wurde sie beim Landesschulrat durch einen Kollegiumsbeschluß am 15. Oktober 1987 beschlossen, weil die Kandidaten, die Bewerber, sich bereiterklärt haben, auf den Datenschutz zu verzichten, und die Einsichtnahme bewilligten. Wer also kommt, das war die Bedingung des Verwaltungsgerichtshofes und dann auch des Ministeriums. Nun ist es zur Einrichtung dieser Warteliste beim Landesschulrat gekommen. Sie ist eine gute Einrichtung, konsumiert worden, beansprucht worden, von, wie es der Berichterstatter gesagt hat, 220 Pflichtschullehrern und 180 AHS-Lehrern bis jetzt. Das wäre von seiten der Konsumenten. Diese Warteliste hat sicher Probleme, hat Mängel. Das gebe ich zu. Daher die Problematik zur Warteliste. Immer wieder ist die Warteliste eine Sache des Wartens und nicht der Region. Was ist, wenn einer drankommt, er wohnt in Radkersburg, er hätte aber die Chance auf Grund der Warteliste, nach Bad Aussee zu gehen. Er nimmt sie nicht an. 30 Mittelschullehrer und 80 Pflichtschullehrer haben trotz Drankommens auf Grund der Warteliste davon nicht Gebrauch gemacht, weil sie eben regional Bedenken hatten, von einem Ort des Landes zum anderen zu gehen.

Zweitens kommt jetzt dazu, welche Gesichtspunkte sollten noch weiterhin auf dieser Warteliste gelten? Im Bereich der allgemeinbildenden höheren Schulen gibt es das Unterrichtspraktikum. Auf Grund des Unterrichtspraktikums-Gesetzes, das sind die AHS-Lehramtskandidaten, die fertig geworden sind, die Schule, das alte Probejahr in Form des Unterrichtspraktikums.

Nach diesem Unterrichtspraktikum ist jetzt beantragt worden, soll es ein Kalkül geben und wird es geben, wie es vom Landesschulrat angeordnet wurde. Das heißt, durch besondere erhebliche Leistungen überschritten, normale Arbeit nachgewiesen wie im Beamten-Dienstrechtsgesetz oder trotz nachweislicher Ermahnung nicht nachgewiesen dieser Arbeitserfolg. Das heißt, drei Kalküle müssen nach diesem Unterrichtsjahr, nach diesem Unterrichtspraktikum erstellt werden. Daher meine ich, es müßte in die Warteliste

dann auch kommen das Ergebnis dieses Unterrichtspraktikums, daher neben allen anderen Daten und Fakten Lehramtsprüfungszeugnis, Qualität des Lehramtsprüfungszeugnisses und dann die Qualifikation des Unterrichtspraktikums, das gehört dazu. Und das soll dann die Rubrik sein, die dann endgültig ausmacht, wie einer drankommt. Und es gibt, Frau Kollegin Kammlander, tatsächlich diese Reihung. Zum Beispiel kenne ich etwa eine Kollegin, für die ich mich eingesetzt habe, an 16. Stelle ist sie an Leibesübungen, an 48. Stelle ist sie in Französisch. Daher gibt es oft keinen Gleichgang. Sie kann bald drankommen für Leibesübungen, kann aber noch nicht drankommen für Französisch. Sie kann eine halbe Lehrverpflichtung bekommen für Leibesübungen, aber für Französisch zur Zeit keine Aussicht. Wenn aber das kombiniert wird, unter Umständen könnte man meinen, daß das ein neuer Gesichtspunkt ist, der das zustande bringt. Daher wird angeregt, daß die Warteliste, von der ich überzeugt bin, und ich kenne sie noch aus der Praxis her, sie ist brauchbar. Sie ist praktikabel, die Warteliste, und ist das einzige Instrumentarium überhaupt, um in diesem Ansturm jetzt der Lehrer, der Pflichtschullehrer und im Ansturm der AHS-Lehrer irgendwie einen Gesichtspunkt, eine Regelung, eine Objektivierung herauszubringen.

Ich möchte nur noch sagen zur Frau Kollegin, zum Punkt, hinsichtlich Senkung der Klassenschülerhöchstzahl. Wir haben uns auch im Landtag zur Senkung bekannt. Selbstverständlich ist das ein pädagogisches Erfordernis. Aber ich möchte sagen, so versagt hat die Regierung und auch die Koalitionsregierung nicht. Es ist gelungen, in der Zeit von 36 auf 30 zu senken. Und die Frau Minister hat zugesagt auf Grund des Volksbegehrens und auf Grund unseres Antrages, daß sukzessive von 30 auf 27 gesenkt werden wird. Außerdem wissen wir, daß die Hauptschulen bereits einen Österreichschnitt von 26 haben und die Volksschulen von 24, auch die AHS hat einen Schnitt, der teilweise um 30 oder unter 30 liegt. Daher, so schlecht, daß man sagen kann, nur versagt hat die Regierung, die Bildungspolitik und das Land schon gar nicht. Das Land hat alle Maßnahmen getan. Ich glaube, voriges Jahr sind wir am Schluß dagestanden und haben gesagt, wir fordern das. Und der Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth als der zuständige Referent für die Pflichtschulen, für das Schulwesen in der Landesregierung, hat alle Maßnahmen getroffen, um die drohende Klassenzusammenlegung zu verhindern, und ist bei der Bundesregierung, bei der Frau Minister vorstellig geworden. Daher ein absolutes Ja für die Pädagogik, ein absolutes Ja auch von hier aus gesehen, vom Landtag aus Senkung selbstverständlich. Und daher halten wir, glaube ich – da sind wir uns alle einig –, pädagogische Vorzüge sind vorzunehmen und sicher auch richtig, was gesagt wurde, daß also etwa in Hinsicht der Senkung der Stunden für die Unterstufe, aber einheitlich, nicht nur für die Hauptschüler, sondern für alle Zehn- bis Vierzehnjährigen soll die Stundenzahl gesenkt werden, aber einvernehmlich auch damit die Klassenschülerhöchstzahl, denn sonst würden die Stunden gesenkt, und es bleiben noch mehr Lehrer auf der Strecke, wenn auch etwa die Pädagogik nicht dazu da ist, etwa nach der Beschäftigung der Lehrer allein zu sehen. Aber ich glaube, hier könnte das einvernehmlich vor sich gehen. Ich könnte also

sagen, jawohl, Problematik in der Warteliste, neue Verbesserungen und nicht Manöver, das ist ein komisches Wort, aber man darf es halt sagen, Manöverkritik ist überhaupt eine normale Kritik an der Sache. Daher Verbesserung, mehr Kriterien auch hinsichtlich der Qualität, der Qualifikation. Und dann – glaube ich – wird unser pädagogisches Leben einen Fortschritt nehmen. Ich glaube, Rückschritte haben wir in der letzten Zeit wirklich nicht erlebt. Ich danke sehr! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 16.28 Uhr.)

Präsident Wegart: Meine Damen und Herren! Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, habe ich Ihnen folgendes zur Überlegung mitzuteilen. Wir haben noch 30 Tagesordnungspunkte zu bewältigen. Wenn Sie frisch-fröhlich in Ihren Reden so weitertun, dann gehe ich davon aus, daß wir um 4.00 Uhr früh zu Ende kommen werden. Ich gehe aber davon aus, daß viele unter Ihnen nicht diese Absicht haben. Daher würde ich empfehlen: in der Kürze liegt die Würze!

Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Freitag.

Abg. Freitag (16.29 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich werde Ihre Anregung, Herr Präsident, aufnehmen und versuchen, in aller Kürze zum Tagesordnungspunkt, betreffend die zusätzliche Beistellung von Pflichtschullehrern, die vom Land Steiermark besoldet werden sollen, Stellung zu nehmen. Das ist meine Aufgabe, glaube ich.

Hohes Haus! Wir haben im vergangenen Jahr einstimmig den Beschluß gefaßt, daß die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl von 30 auf 25 Schüler pro Klasse dringend gefordert wird. Kleinere Klassen sind pädagogisch notwendig und sinnvoll, und es könnten dadurch auch wieder mehr Lehrer eingestellt werden. Natürlich ist das Hauptproblem die Finanzierung dieser von uns allen geforderten Maßnahme. Nur glaube ich nicht, daß das Land Steiermark nicht eigenständig pädagogische Maßnahmen setzen kann, ohne gleich mit dem Paragraphen 3 des Finanzausgleichsgesetzes des Bundes in Schwierigkeiten zu geraten, wie dies in der vorliegenden Vorlage ausgeführt ist. Ich glaube, es müßte doch bei einigem guten Willen möglich sein, im Rahmen der Arbeitsmarktverwaltung unter Einbeziehung der „Aktion 8000“ und mit Unterstützung seitens des Landes und unter Einbeziehung der Wirtschaftsförderungsabteilung, die jetzt schon zahlreiche Projekte fördert, auch das Lehrerproblem in den Griff zu bekommen und dabei gleichzeitig auch unseren Schülern und Elternvereinen zu helfen. Ich glaube, daß arbeitslose Lehrer zum Beispiel als Kinder- und Jugendbetreuer in steirischen Gemeinden eingesetzt werden könnten, wie das bereits in elf kinderfreundlichen Gemeinden geschieht. Es gibt viele Vorschläge, und jeder Vorschlag muß dabei diskutiert werden, auch wenn er noch so fantastisch klingt. Hier denke ich an das Zitat unseres leider allzu früh und tragisch verstorbenen Sozialministers Dallinger, der gesagt hat: „Nur wer den Mut zum Träumen hat, hat auch die Kraft zu kämpfen“. Und ich glaube, daß das eben auch durchgeführte Volksbegehren zur Senkung der Klassenschülerzahlen dazu führen wird, daß sich natürlich auch der Bundesgesetzgeber jetzt mit dieser Frage

beschäftigen muß. Nur glaube ich, daß es sicherlich eine Zeitlang dauern wird, bis hier eine bundeseinheitliche gesetzliche Neuregelung erfolgen wird und daß hier die Steiermark vielleicht eine steirische Übergangslösung treffen könnte. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch die schon seit Jahren von uns immer wieder gestellte Forderung wiederholen, nämlich die, wie es im Bundesbereich üblich ist, daß einmal bewilligte Klassen weitergeführt werden müssen, wie das auch dem Gleichheitsgrundsatz entsprechen würde. Damit wäre nicht nur der Bestand von Schulen, vieler Klassen, sondern auch zahlreicher Dienstposten gesichert. Ich glaube, daß auch die Steiermärkische Landesregierung beweisen wird müssen, daß der Steiermark die Bildung etwas wert ist. Und ich glaube, man kann es sich nicht so leicht machen und sagen, sämtliche Mehrkosten müssen auf den Bund abgewälzt werden.

Ich glaube, daß die Steiermark in vielen Bereichen eine Vorreiterrolle bereits eingenommen hat. Ich denke hier nur an die Installierung des Landesrechnungshofes, an die Einführung der Wartelisten und auch an die sogenannten objektiven Leiterbeziehungsweise Bezirksschulinspektorenbestellungen, die zwar vorerst auf zwei Jahre befristet mit den Stimmen der Mehrheitspartei beschlossen worden sind. Aber es gibt dabei immer mehr kritische Stimmen, nicht nur, was die Wartelisten anbelangt, sondern auch bei den sogenannten „Hearings“, wo Hauskandidaten fast immer im Vorteil sind. Es gibt hier zahlreiche Stellungnahmen. Auch der Herr Präsident Univ.-Prof. Dr. Schilcher hat sich hier sehr oft schon zu Wort gemeldet. Er nickt auch jetzt wieder beifällig, was ein gutes Zeichen ist. Das heißt also, man muß neue Überlegungen anstellen, um diese Probleme in den Griff zu bekommen.

Ich möchte abschließend nur aus Aktualitätsgründen hier im Hohen Haus ein Beispiel anführen, wie eine Leiterbestellung unter den jetzigen Gesichtspunkten nicht erfolgen soll. Es gibt zwei Kandidaten, den Kandidaten A und den Kandidaten B. Beide Kandidaten haben eine ausgezeichnete Beurteilung, beide sind verheiratet, haben zwei Kinder. Der Kandidat A hat einen drei Jahre längeren Vorrückungstichtag, ist also für Nichtlehrer drei Jahre länger im Schuldienst, der Kandidat B unterrichtet seit 16 Jahren an diesem Schultyp. Der Kandidat A unterrichtet 16 Jahre an dieser Schule, der Kandidat B hat an diesem Schultyp überhaupt noch nie unterrichtet. Dem Hearing ist der Kandidat A besser, die Lehrer sind für den Kandidaten A, die Gemeinde für den Kandidaten B, die Elternvertreter und die Schülervertreter haben sich hier der Stimme enthalten. Sie werden es schon erraten haben, es kommt also nicht der Kandidat A, der objektiv gesehen sicherlich die besseren Voraussetzungen gehabt hätte, sondern der Kandidat B zum Zug. Jetzt die Begründung: Durch seinen ruhigen Charakter wird der Kandidat A wahrscheinlich nicht in der Lage sein, Konfliktsituationen in Zukunft zu lösen. Meine Damen und Herren, nur so nebenbei bemerkt, Kandidat A ist SLÖ-Mitglied, wahrscheinlich der größte Fehler, Kandidat B ist ein ÖLB-Mitglied. Ich finde also, neben dieser abenteuerlichen Begründung ist die Parteizugehörigkeit leider nach wie vor das Kriterium einer Leiterbestellung. Und auch auf die Gefahr hin, daß ich mich wieder der Kritik aussetze, sage ich bewußt, da ist

mir die frühere Leiterbestellung nach dem Proporz lieber und ehrlicher, als zeitaufwendige Anhörungsverfahren durchzuführen, wo am Ende wieder der von der jeweiligen Mehrheit gewollte Kandidat zum Zug kommt. An diesem Beispiel wollte ich nur kurz die Unehrlichkeit des Systems aufzeigen und alle schulpolitisch Verantwortlichen ersuchen, auch hier in dieser Angelegenheit mehr Glaubwürdigkeit und Transparenz an den Tag zu legen, um vor allem unseren Jugendlichen beispielgebend demokratisches Bewußtsein zu demonstrieren. Das heißt, nicht Demokratie in der Schule lehren, sondern sie auch in der Praxis umsetzen. Dann, so glaube ich, wird auch das Ansehen der Politik, der politischen Parteien, aber auch das der Politiker wieder ein besseres werden. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit (Beifall bei der SPÖ. – 16.35 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kröll.

Abg. Kröll (16.36 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Bei diesen Tagesordnungspunkten über Bildung und Schule stehen selbstverständlich der Schüler, die Eltern, die Lehrer und die Bildung schlechthin im Mittelpunkt und im Zentrum der Diskussion, der Auseinandersetzung und der Beratung, ob es sich um die Reduzierung der Wochenstundenzahl für zehn- bis vierzehnjährige Schüler handelt, wie vorgetragen vom Kollegen Pinegger, wegen deren Belastung in der Hauptschule und in der AHS mit 32 bis 35 Stunden, und daneben die Freigegegenstandsbelastung, dann das Hobby, Sport, Kultur, oder wenn einer Musikschule geht oder bei der Feuerwehrjugend ist, wahrlich wirklich begründete Anliegen, oder ob es die Reduzierung der Klassenschülerhöchstzahlen ist mit dem Volksbegehren von 220.000 Unterschriften, auch ein berechtigtes Anliegen, über das hier von profunder Seite schon oft gesprochen wurde, oder ob es die Informatik, der EDV-Unterricht in den dritten und vierten Hauptschulklassen ist. Alles, meine Damen und Herren, ist selbstverständlich pädagogisch begründbar und notwendig, aber niemand sagt dazu, was das auch für den Schulerhalter, sprich die Gemeinden, im Pflichtschulbereich bedeutet. Daher möchte ich als einer der Gemeindevertreter auch hier im Haus sagen, daß es mich einfach berührt, daß man es sich so leicht macht, daß Bund und Landtage auch Beschlüsse fassen und die Gemeinden als letzte im Glied oft vor vollendete Tatsachen gestellt werden, die mit dem Raumprogramm nicht zustandekommen können, die die Mittel nicht haben, um zuzubauen, wo überhaupt die vorbereitenden Erhebungen zum Teil fehlen und wo ganz einfach auf diesen Bereich viel zu wenig Rücksicht genommen wurde. Der Gemeindebund hat daher in Klagenfurt bei seinen Beratungen unlängst in einer Art Resolution auf diesen Umstand aufmerksam gemacht und dringend verlangt, zukünftig immer auch die betroffenen Gemeinden, soweit sie Schulerhalter sind, von Anfang an in die Überlegungen miteinzubinden, wie das auch finanzierbar ist. Denn wir alle wissen, wie wünschenswert das alles ist, wir alle wissen aber nicht, wie viele Gemeinden das auch räumlich verkraften können. Und damit nicht nur die Anschaffungskosten, wie beim Informatikunterricht zum Beispiel, sondern

auch das Schulraumprogramm für jene, die keine leeren Räume zur Verfügung haben. Im Zuge dieser Diskussion, meine Damen und Herren, im Rahmen des Gemeindebundes war es dann auch sehr interessant zu hören, da haben Vertreter aus dem Waldviertel, aus Niederösterreich gesagt, ja, für uns wäre die Senkung der Schülerzahlen geradezu ein Glück, weil wir schon leere Klassen haben, weil eine große Bevölkerungsabwanderung da ist, die Bevölkerungszahl geht stark zurück, unsere Schulen sind schon bedroht von der Auflassung, es wäre daher notwendig und gut. Und dann hörst den Salzburger, den Tiroler, den Vorarlberger ganz konträr, die sagen, wir wissen nicht, wie wir den Mehrbedarf finanzieren sollen. So unterschiedlich auch wegen der Bevölkerungsentwicklung ist auch der Niederschlag auf die Schulerhalter. Wahrlich, keine einfache Situation! Es ist, glaube ich, nur recht und billig, daß die Situation der Kostenträger, sprich Schulerhalter, hier viel, viel stärker einbezogen wird. Im Zuge dieser Diskussion ist mir wirklich der Gedanke gekommen, meine Damen und Herren, ich mache keinen konkreten Vorschlag, aber den Anstoß zu einer Überlegung heute: Wenn es so unterschiedlich ist zwischen Niederösterreich und Vorarlberg, wenn es so unterschiedlich ist zwischen der burgenländischen Darstellung des Programmbedarfes an Schulräumen und der Kosten und der in Tirol, dann ist, glaube ich, in einer Zeit, wo so viel über Kompetenzzuordnung gesprochen wird, Europa, was verlieren einzelne Staaten, was verlieren Regionen, was verlieren Länder, was gewinnen sie, dann, glaube ich, wäre die Schul- und Bildungsfrage durchaus in den Katalog aufzunehmen, über den man sinnvollerweise bei einer Neuordnung der Kompetenzen und Zuordnungen reden soll, weil es vielleicht zweckmäßig wäre, auch das Bildungswesen im überwiegenden Bereich einer Verländerung zuzuführen. In diesem Sinne möchte ich einen Beitrag geleistet haben a) wegen der Kosten der Schulerhalter und b) den Gedanken in den Raum stellen, daß auch eine solche Frage wäre, ob man das Schulwesen nicht regional auf Landesebene wegen der unterschiedlichen Voraussetzungen mitunter besser und gerechter und lokal richtiger lösen könnte, als generell bundesweit. Das möchte ich zu dieser Schuldebatte beigetragen haben. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 16.41 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ussar.

Abg. Ussar (16.41 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Sie haben gesagt: in der Kürze liegt die Würze. Ich kann mich erinnern, bei einer Sparkassentagung haben Sie einmal gesagt: „Steh auf, daß dich alle sehen, rede laut, daß dich alle hören, und rede kurz, daß dich alle in guter Erinnerung haben“. Ich werde mich bemühen, Ihren beiden Anregungen zu folgen.

Sehr geehrte Damen und Herren, mich freut es ganz besonders, daß wir im Hohen Haus die Schulprobleme ausführlich diskutieren. Ich glaube, daß unsere Mitbürger und vor allem die Schüler und Lehrer sich sehr freuen, wenn sie zuhören, mit welchem Ernst und mit

welchem Einsatz gerade Probleme für die Zukunft unseres Landes hier in diesem Haus diskutiert werden.

Ich möchte heute kurz zur Reduzierung der Wochenstundenzahl der zehn- bis vierzehnjährigen Schüler sprechen. Wir alle, sehr geehrte Damen und Herren, erleben es mit Freude, daß die Eltern und vor allem die steirischen Eltern vor allem für eine Verbesserung im Schulbereich vehement eintreten. Ich erinnere Sie noch an die gemeinsame Demonstration von Eltern, Lehrern und Schülern im Vorjahr, am 15. Juni. Diese Demonstration hat uns ganz deutlich gezeigt, daß Schüler, Eltern und Lehrer ganz entschieden gegen Verschlechterungen, Einsparungen im Bildungsbereich auftreten. Auch das Schulvolksbegehren – es wurde heute schon von einigen Vorrednern zitiert – zur Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen von 30 auf 25 hat in der Steiermark – sind wir glücklich – ein respektables Ergebnis gebracht. 38.042 Steirerinnen und Steirer unterstützten dieses Volksbegehren einschließlich des Einleitungsverfahrens. An abgegebenen Unterstützungserklärungen waren es insgesamt 59.190 Stimmen. Ich selbst trete seit meinem Dienstantritt als Lehrer ganz besonders für die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl deswegen ein, weil ich aus eigener Erfahrung in der Klasse weiß, daß in kleineren Klassen mit niederen Schülerzahlen eine optimale Betreuung nicht nur der begabten, sondern auch der weniger begabten Schüler möglich ist. Es freut mich, sehr geehrte Damen und Herren hier im Hohen Haus, daß die Herabsetzung der Klassenschülerhöchstzahlen von 30 auf 25 auch gemeinsam beschlossen wurde. Ich betone, gemeinsam beschlossen wurde, bevor ein Volksbegehren in dieser Hinsicht eingeleitet wurde. Und wir können sagen, meine Damen und Herren Abgeordneten des Steiermärkischen Landtages, daß wir gemeinsam schon früher erkannt haben, wie wichtig niedere Schülerzahlen in unseren Klassen sind. Ich unterstreiche, was Herr DDR. Steiner hier gesagt hat. Man muß auch manchmal zurückblicken auf die Schulentwicklung und vielleicht manchmal daran denken, daß es 100 Jahre gedauert hat bis zum Jahre 1962, bis neue Schulgesetze geschaffen wurden, und was in dieser Zeit überhaupt im Rahmen des Bildungswesens gemacht wurde. Tun wir das nicht bagatellisieren, und betonen wir immer wieder, was unsere Vorgänger in dieser schweren und schwersten Zeit auch geleistet haben.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ein besonderer Dank gebührt aber auch der steirischen Presse und dem ORF. Ich möchte das heute wirklich ausdrücklich sagen, weil bei allen diesen Initiativen die Presse und der ORF sehr mitgeholfen haben zu popularisieren und auch Stimmung zu machen. Der heutige Antrag aber, der besonders auf die Stundenbelastung der zehn- bis fünfzehnjährigen Schüler eingeht, glaube ich, muß auch sachlich diskutiert werden. Da ich selbst seit Jahrzehnten auch im außerschulischen Bereich tätig bin, und ich sehe viele hier, die ihre Freizeit auch der Jugend widmen, obwohl es manchmal modern ist zu sagen, daß vielleicht die Älteren hier nicht mehr arbeiten sollen. Ich möchte aber heute ganz dezidiert im Hohen Haus sagen, wünschen wir uns nicht, daß alle Älteren, oder die sich noch jung fühlen und heute in der Jugendarbeit tätig sind, plötzlich aufhören, wie würde es sonst hier im außerschulischen Bereich aus-

sehen? Ich glaube, es ist einmal wichtig, von hier aus denen zu danken, die ihre Freizeit gerne unserer Jugend auch in unserer Zeit zur Verfügung stellen. Sie wissen schon, was ich damit gesagt haben will.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, nach Rücksprache, die ich mit Schülern und Lehrern gerade in diesem Bereich der zehn- bis fünfzehnjährigen Schüler geführt habe, sagen zu können, daß von einer extremen Überlastung meiner Ansicht nach nicht gesprochen werden kann, denn die 10. Schulorganisationsnovelle hat bereits jetzt vor allem in den dritten und vierten Klassen der Hauptschule eine Reduzierung der Stunden gebracht. In diesem Zusammenhang muß auch selbstverständlich der Zusammenhang mit anderen Schularten gesehen werden. Wir können hier nicht die Hauptschule separat betrachten.

Bitte, zu einem gestatten Sie mir ein paar Worte, wo ich nicht einer Meinung bin: Ich finde es nicht passend, daß man hier die Lehrverpflichtung der Lehrer mit 24 Stunden mit den Schülern gleichgesetzt hat, vor allem deswegen nicht, weil die Antragsteller selbst Schulfachleute sind. Ich sehe hier den Kollegen Pinegger, ich sehe die Kollegin Pußwald, die selber wissen, daß mit der Lehrverpflichtung noch lange nicht die Arbeit des Lehrers erfüllt wird. Hier kommt die Korrekturarbeit, hier kommt noch die Arbeit der Vorbereitung. Das alles gehört noch dazu. Ich möchte das im Hohen Hause ganz deutlich sagen. Nachdem die Frau Vizepräsidentin Lederer dort drüben sitzt, darf ich sagen, daß sie gerade im Vorjahr bei der Diskussion um die Lehrverpflichtung der Volksschullehrer besonders auf diesen Umstand auch in der Presse hingewiesen hat.

Sehr geehrte Damen und Herren! Im Rahmen der letzten Tagung der Bezirksschulinspektoren in Villach, sie ist auch im Antrag zitiert, wurde das Problem der Stundenbelastung der zehn- bis fünfzehnjährigen Schüler von Fachleuten diskutiert. Es war ein Arbeitskreis unter den Bezirksschulinspektoren Strohhal und Sinabell, wo ganz objektiv einmal zu diesem Thema Stellung genommen wurde. Ich habe das Papier studiert und bin auch der Ansicht, daß man hier wirklich richtig auch den Zusammenhang mit den anderen Schulgattungen hergestellt hat, und nicht differenziert die Hauptschule gesehen hat. Ich bin also grundsätzlich der Ansicht, daß das derzeitige Stundenausmaß in diesem Bereich zwar das Höchstausmaß erreicht hat, aber von einer extremen Belastung nicht gesprochen werden kann. Schon deswegen nicht, weil ja – wie Sie ja wissen – die Möglichkeit der freien Wahl besteht, der unverbindlichen Übung und der Freigegegenstände. Ich glaube aber, wo einige Vorredner recht gehabt haben, daß in Zukunft noch mehr Beratung von Lehrern und Eltern sein muß bei der Anmeldung zu diesen unverbindlichen Übungen, weil sich Schüler selbst oft manchmal in ihrer Kapazität überschätzen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, daß gerade das Problem der zehn- bis fünfzehnjährigen Schüler in der Auslastung für uns wichtig ist, auch die Betrachtung immer wieder auf andere Schulgattungen im gleichen Alter hinzuwenden und auch dort die Stundenzahlen zu sehen. Ich glaube, daß gerade in der Diskussion der ganztägigen Schulformen hier auch im Stundenausmaß Möglichkeiten zur Beratung sind.

Ich komme schon zum Schluß. Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, ich habe in der letzten Budgetrede schon versucht, einige Gedanken einzubringen. Auch in meiner ersten Rede im vorigen Jahr, ich möchte unterstreichen, was hier gesagt wurde. Wir haben schon jetzt einige Möglichkeiten, um auch Lehrer vermehrt anzustellen, wenn wir gesetzliche Möglichkeiten des Bundes noch mehr nützen. Ich unterstreiche, was der Abgeordnete Freitag gesagt hat, daß einmal bewilligte Klassen unbedingt erhalten bleiben müssen, um hier Unruhe unter den Eltern hintanzuhalten. Ich bin aber auch der Ansicht, daß wir endlich mit Wien gleichziehen; wenn in Wien seit Jahrzehnten schon die Freistellung der Leiter ab der fünften Klasse ist, verstehe ich nicht, warum das in der Steiermark nicht der Fall sein sollte. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth hat einmal im Landesschulrat schon den Vorschlag gemacht, daß man, wenn man uns das auch nicht zugestehen will, was die Wiener schon lange haben, daß man einmal reduziert, zuerst einmal die Leiter mit acht, sieben, sechs Klassen freistellt, um so hier auch unseren Kollegen zukünftig Arbeit zu schaffen, denn wir müssen uns alle bemühen, daß ganz einfach nicht über 1000 Lehrer hier ohne Stelle in der Steiermark sind. Noch dazu, wenn in Wien die Möglichkeiten bereits gegeben sind.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Etappenplan, der hier von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth vorgeschlagen wird, soll Priorität erhalten, weil wir hier vor allem in Wien beim Auftreten bereits auf die Wiener Verhältnisse hinweisen können. Ich bin sehr überzeugt, und hier auch ein offenes Wort, daß es in Zukunft notwendig wird, die guten Schüler zu fordern, ich betone, zu fordern und die weniger begabten zu fördern. Ich glaube, daß es gerade in der Zukunft wichtig sein wird, daß wir unsere Schüler eben entsprechend im Rahmen unserer Schulen für einen Eintritt in das Berufsleben ausrichten sollen. Und wenn der Herr Landeshauptmannstellvertreter Gross in seinen Reden immer wieder von Chancengerechtigkeit für die Schüler spricht, wenn der Herr Finanzreferent Dr. Klauser in seiner Budgetrede betont hat, daß eine gute Ausbildung auch in Zukunft die beste Investition sein wird, hohe Bildung wird demnach ein hoher Zugang zum Arbeitsmarkt sein, glaube ich, soll man das nicht ungehört verhallen lassen. Seine Aussage hat ja damals der Herr Landesfinanzreferent auch durch eine sehr eindrucksvolle Statistik bewiesen. Und der amtsführende Präsident Univ.-Prof. Dr. Schilcher hat in einem Artikel – glaube ich – auch etwas Wesentliches gesagt. Er hat gesagt: „Wenn wir in Zukunft in einem größeren Europa bestehen sollen, so brauchen wir die überzeugenden Talente, wir brauchen die besseren Köpfe, die ausgewogeneren Charaktere und die selbstbewußteren Menschen.“ Ich unterstreiche das auch, sehr geehrte Damen und Herren. Und auch der Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth hat in einem Artikel geschrieben, dann wörtlich, darf ich das zitieren: „Das bedeutet Anstrengung für Lehrer und Schüler, Anstrengung kann auch Freude bringen, Lebensfreude, wenn wir mit ihr Ziele, Lebensziele verfolgen.“ Auch das ist zu unterstreichen. Aber, sehr geehrte Damen und Herren, die Aussagen sowohl von Gross, Klauser, Schilcher und auch Jungwirth bedingen aber, daß wir weiterhin mit ganzer Kraft für unsere

Schule und unsere Schüler eintreten. Denken wir daran, sehr geehrte Damen und Herren, daß täglich 17.000 Lehrer in unserer steirischen Heimat mit großem Eifer und Einsatz zum Wohl unserer Schüler tätig sind. Und tragen wir hier im Hohen Hause dazu bei, daß wir durch unsere Unterstützung eine gediegene, realitätsnahe und zukunfts offene Ausbildung unserer Schüler in einer humanen Schule gewährleisten. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 16.52 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Purr.

Abg. Purr (16.52 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Wenn ein Fachmann spricht, hört man natürlich gerne zu. Ich habe manchmal den Eindruck, es ist nun einmal so, daß die Fachleute vieles richtig sehen, aber vieles dann wirklich anders sehen und nur mehr so sehen, wie sie es eben zeit ihres Lebens gesehen haben, weil sie in eine bestimmte Sparte hineingewachsen sind. Wenn der Herr Kollege Ussar sagt, 17.000 Lehrer in der Steiermark machen das bestens, bin ich zwar im großen und ganzen deiner Meinung, aber ein bißchen ein Prozentsatz wird schon sein, der ein bißchen schlampig agiert. Ich darf das wirklich aus Überzeugung sagen; gerade die Schulschlußfeiern haben mir Anlaß gegeben, die eine oder andere Schule auch vorher zu besuchen, und ich hatte Gelegenheit, auch zu hören, was einzelne Lehrer dort lehren. Ich muß sagen, mir wird anders bei den Aussagen zum Thema EG in berufsbildenden höheren Schulen. Da wird Impfstoff vergeudet, wo ich sagen muß, die Leute wissen wirklich mehr als alle, die politisch verantwortlich sind und die verantwortlich sind für die Verhandlungen. Das läuft halt dort so. Der Freiraum ist gegeben, und man soll auch den Leuten nichts vorschreiben. Wir müssen eben damit zurechtkommen und dann die tatsächliche Information eben nachher geben, korrigieren, wenn die Schüler die betreffende Schule verlassen haben. Bildung ist uns sicherlich viel wert, da ist überhaupt kein Zweifel daran. Deshalb ist es auch wertvoll, sich auch die Lehrpersonen und die Verantwortungsträger genau anzusehen und zu überprüfen, welche Voraussetzungen sie tatsächlich mitbringen. So wie in allen Berufen ist es natürlich so, daß der eine besser, tüchtiger, fester, bewährter ist, und beim anderen ist das weniger der Fall.

Lassen Sie mich aber dennoch ein Wort zum Lehrerproblem sagen, weil es angeklungen ist. Man kann diese Diskussion auch sicher führen, wie sie hier geführt wurde, und der Ball wird von der einen Seite auf die andere gegeben, aber man kann sie auch so führen, daß man sich tatsächlich überlegt, ob es notwendig ist; wenn wir in der Steiermark derzeit 1270 nicht beschäftigte Lehrer haben, daß tatsächlich dort, wo die Direktoren auch die Gattinnen an der gleichen Schule haben, daß die Gattin ebenfalls einen vollen Lehrauftrag hat. (Abg. Kammlander: „Wie ist es umgekehrt?“) Ich sage jetzt bitte nicht, sie soll keinen haben, ich stelle nur zur Diskussion, bestünde nicht die Möglichkeit, solange dieser Überschuß an Lehrern gegeben ist, daß man dort sagt, ein bißchen reduzieren, vielleicht nur einen halben Lehrauftrag zu geben. (Abg. Kammlander: „Wieso bei den Frauen?“) Ich bin davon

überzeugt, daß man das so auch führen könnte, wenn man es allein nicht nur politisch sieht, wird es sicher möglich sein, eine Einigung zu erzielen. Das gleiche gilt aber auch in der Beurteilung bei den einzelnen Kandidaten. Denn letztendlich, meine Damen und Herren, ist es so, wenn Leute Verantwortung tragen, egal in welcher Position, sie tragen sie eben, sie haben zu entscheiden, und sie tragen auch für diese Entscheidung die Verantwortung. Und wenn es Politiker sind, haben sie eben auch die politische Verantwortung zu tragen. Ich bekenne mich dazu, und ich kann mir auch vorstellen, daß das auch in den Reihen auf dieser Seite genau gleich ist wie eben auf unserer Seite. Ich glaube, das Bekenntnis auszusprechen wird wohl noch möglich sein.

Zur Reduzierung der Wochenstundenzahl für Zehnbisvierzehnjährige darf ich festhalten, daß für diese Schüler in dem Alter tatsächlich die Arbeitszeit einwandfrei zu hoch ist. Denn Zehnjährige haben in der Hauptschule und in den allgemeinbildenden höheren Schulen 32 Stunden Pflichtunterricht, die Elfjährigen haben in der Hauptschule 34 Stunden Pflichtschulunterricht, die Zwölf- bis Dreizehnjährigen 35 Stunden. Das stellt sicher eine Überforderung der Schüler dar. Die Aktivitäten außerhalb der Schule kommen in diesem Alter bei den Schülern sicher zu kurz. Es ist eine sorgfältige Überlegung und auch eine Debatte auf breiter Ebene erforderlich, da ja einerseits die Lehrbeschäftigung damit eng zusammenhängt, andererseits aber auch die Auswirkungen auf den Lernerfolg der Schüler berücksichtigt werden müssen. In der Steiermark haben wir ja 1987 noch 920 arbeitslose Lehrer gehabt, jetzt sind es bereits 1270. Das ist ein Faktum. Ich glaube, das findet auch alles Berücksichtigung, wenn man über dieses Thema sprechen will.

Die Frage stellt sich, wo setzt man bei der Reduzierung an, denn der Musiklehrer wird sagen, bitte, bei mir sicher nicht, sondern in den handwerklichen Fächern, und so wird der Ball von der einen Seite auf die andere gegeben. Dennoch, in der letzten Lehrfächerverteilung gab es keine Stundenzahlerhöhung, sondern in der dritten Klasse Hauptschule, gemäß der Information, ist eine Reduzierung um eine Stunde bei Leibesübungen eingetreten, um eine halbe Stunde bei Geometrischzeichnen, und ich glaube, daß die Lösung tatsächlich darin besteht, daß ein neuer Fächerkanon verlangt werden muß, um diese Stundentafel einigermaßen zu schmälern. Insgesamt ist aber die Zusammenlegung von Lerngegenständen besser als Stundenkürzungen. Ich höre, in St. Peter am Kammerberg wird ein erster diesbezüglicher Versuch im kommenden Schuljahr unternommen. Die Lösung ist natürlich schwierig, aber wesentlich ist, daß dieses Problem erkannt wird und daß man an diesem Erkenntnis die Handlungen für die Zukunft orientiert. Danke schön. (Beifall bei der ÖVP. – 16.58 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Günther Ofner.

Abg. Günther Ofner (16.59 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Am 3. Juli 1987, also vor fast genau zwei Jahren, wurde von mir und meinen Kollegen der Antrag auf Schaffung eines Schultyps mit angeschlossener Werk-

stätte zur Ausbildung von Tischlern und Designern in Murau eingereicht. Begründet wurde der Antrag dahingehend, daß im Bezirk Murau ein großer Mangel an Wirtschaftsbetrieben, aber auch an Facharbeitern herrscht und daß auch die Jugendarbeitslosigkeit überdurchschnittlich groß ist. Nur als Beispiel, in Österreich war im Jahre 1988 die Jugendarbeitslosigkeit 25,4 Prozent, in der Steiermark 32,7 Prozent und in Murau 36 Prozent. Auf der anderen Seite zählt der Bezirk Murau zu den holzreichsten Regionen der Steiermark und hat gerade in den letzten Jahren versucht, in der Holzbauweise, aber auch in der gesamten Holzverarbeitung, ein besonderes Image zu bekommen. Vor einigen Jahren wurde von einigen engagierten Männern in St. Ruprecht an der Mur ein Holzmuseum errichtet, das nicht nur durch seine Ausstellung weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt wurde, sondern auch durch seine Fachvorträge in der Holzverarbeitung und deren Verwendung. Auch die Schaffung einer Holzstraße, die für das Produkt Holz werben soll, nimmt sehr konkrete Formen an.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Engagement für Holz, dessen Ausbildung und Verarbeitung ist darum so groß, weil keiner der Bürger des Bezirkes Murau mehr mit ansehen kann, wie die geschlägerten Bäume als Rohprodukt in andere Bezirke, in andere Länder, ja sogar ins Ausland exportiert und dort verarbeitet werden und dann als fertige Produkte, als Möbel, mit viel Geld importiert werden müssen. Das ist wohl Grund genug, daß sich alle Verantwortlichen des Bezirkes große Sorgen um die weitere Entwicklung dieser Region machen. Alle Vertreter des Bezirkes, angefangen von der Arbeiterkammer, von der Arbeitsmarktwirtschaftsverwaltung, von der Handelskammer und Bauernkammer, sind sich einig, daß auf diesem Sektor einfach etwas geschehen muß. Umso bedauerlicher ist es, daß das Land Steiermark für dieses so wichtige Anliegen kaum ein Verständnis hat. Ohne den Bedarf und die Sinnhaftigkeit genau zu prüfen, hat man den Antrag in der ersten Vorlage abgelehnt und am 17. Jänner 1989 dem Volksbildungs-Ausschuß zugeleitet. Erst durch eine längere Diskussion war man in der ÖVP bereit, diesen Antrag nochmals einer Überprüfung zu unterziehen. Das Ergebnis dieser fünfmonatigen Überprüfung ist mehr als gering ausgefallen und für mich, das möchte ich hier ganz klipp und klar sagen, absolut nicht zufriedenstellend. Nur einen Satz hat man eingefügt, in dem es heißt, daß diese Lehranstalt im Ausbaukonzept des Landesschulrates vorgesehen ist. Mit keinem Wort wurde erwähnt, welche Schulform vielleicht die günstigere wäre oder sonst etwas. Außer der Handelskammer, Herr Präsident Schilcher, wurde keine der wichtigen Stellen, die mit der Jugendbeschäftigung oder mit der Arbeitsplatzsituation befaßt sind, wie die Arbeiterkammer, die Arbeitsmarktwirtschaftsverwaltung, miteinbezogen. Auch der Wirtschaftsabteilung des Landes, der Frau Präsident Klasnic, wurde der Antrag scheinbar nicht vorgelegt oder zugeleitet, denn gerade Frau Landesrat Klasnic kennt die wirtschaftliche Situation im Bezirk Murau sehr gut und weiß sehr genau, wie wichtig so eine Ausbildungsstätte für diesen Bezirk und für die gesamte Wirtschaft wäre. Die in der ersten Vorlage enthaltene Stellungnahme der Handelskammer Steiermark ist mir sowieso unverständlich. Auf der einen Seite, Herr Präsident Ing. Stoisser, bejammert man von

der Wirtschaft, daß die Situation am Arbeitsmarkt viel zu wenig Facharbeiter gibt oder daß die vorhandenen oft viel zu gering ausgebildet sind und daß zuwenig Jugendliche sich für einen Facharbeiterberuf entscheiden. Auf der anderen Seite lehnt man solch eine notwendige Schulform mit einer Spezialwerkstätte von seiten der Handelskammer rundweg ab. (Abg. Ing. Stoisser: „Die Tischlerinnung!“) Bitte, lies die erste Vorlage, Herr Präsident! Es steht wortwörtlich die Handelskammer Steiermark. Es steht nichts von der Tischlerinnung, lieber Herr Präsident! Bitte, lies die erste Vorlage!

Ich darf vielleicht noch dazusagen, daß der jährliche Facharbeiterzugang von Jahr zu Jahr geringer wird. Verglichen mit dem Höchstwert des Jahres 1983 mit rund 56.000 bestandenen Lehrabschlussprüfungen wird der Facharbeiterkräftezuwachs bis zum Jahre 1998 um fast die Hälfte auf 31.000 zurückgehen. Daher, glaube ich, müssen wir eine Schulform finden, die die jungen Menschen anspricht, die sie bereit sind zu machen.

Herr Kollege Dr. Dorfer, du kennst ja die Situation in unserem Bezirk sehr gut. Unverständlich ist eigentlich auch mir dein Verhalten und vor allem das Verhalten der Kammer. Ich hätte gedacht, daß es hier eine für unseren Bezirk, aber auch für die gesamte Facharbeitersituation passende bessere Stellungnahme gibt. Du weißt sehr gut, wie sehr solch eine Einrichtung von deinem Handelskammerobmann Zeiringer gefordert wird. Die ablehnende Haltung jener Herren in der Handelskammer Steiermark kann ich nur so verstehen, daß diese erstens keine Ahnung haben vom Bedarf der Arbeitsmarktsituation und von der gesamten wirtschaftlichen Lage der Region, oder man lehnt es deshalb ab, weil ein SPÖ-Abgeordneter diesen Antrag eingebracht hat. Das wäre – glaube ich – umso bedauerlicher!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Vorgangsweise der Schulbehörde und deren Politik war meines Erachtens bis jetzt auch nicht immer richtig. Man hat versucht, alle höheren Schulen in Ballungsräumen zu situieren. Daraus ergab sich zwangsläufig schon, daß man den ländlichen Raum entsiedelt hat. Die Absolventen einer höheren Schule lernten die Bequemlichkeiten und die angenehmen Seiten der Stadt sehr rasch kennen und sind nur selten bereit, in die ländlichen Regionen zurückzukehren. Ich darf das sehr bewußt sagen, weil es meinem Sohn etwa gleich so ergeht. Er wäre nicht mehr bereit, in einen ländlichen Raum zu gehen. Schon aus diesem Grunde wären Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren der ÖVP, glaube ich, gut beraten, sich ein bißchen ernster dieses Antrages, der wirklich sehr ernst gemeint war, anzunehmen. Die Bevölkerung dieser Region kann einfach nicht verstehen, daß alles, was wichtig und gut für die Bevölkerung des Bezirkes wäre, beispielsweise die Nordische WM 1995, das Hotel- und Bildungszentrum in St. Lambrecht, der Ausbau der Bundesstraße von Judenburg bis zur Kärntner Landesgrenze, und man könnte viele solche Dinge aufzählen, rundweg von der ÖVP in der letzten Zeit und in den letzten Jahren abgelehnt wurden. Die arbeitnehmenden Menschen lehnen diese Politik, ich sage das bewußt, die Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren der ÖVP, betreiben, rundweg ab. (Abg. Kollmann: „Wer sind die arbeitnehmenden Menschen?“)

Gehören die Bauern und die Hausfrauen nicht zu den arbeitenden Menschen?“) Kollege, gerade die Ergebnisse der letzten Arbeiterkammerwahl haben im Bezirk Murau sehr gut gezeigt, was die Bevölkerung denkt. Dort haben Sie die Rechnung bekommen. Ändern Sie Ihr politisches Verhalten, meine sehr geehrten Damen und Herren, sonst kann es sehr rasch passieren, daß Sie Ihre satte Mehrheit auch im Land verlieren.

Ich möchte daher von dieser Stelle aus nochmals meinen Antrag wiederholen. Und es ist sehr ernst gemeint. Ich fordere auch die Landesregierung auf, und ich ersuche Sie, Herr Präsident Dr. Schilcher, alles zu unternehmen, daß im Bezirk Murau diese berufsbildende höhere Schule mit Matura, also eine HTL oder ein College, darüber kann man reden, installiert wird, verbunden mit einer angeschlossenen Spezial- oder Fachwerkstätte. Namens der SPÖ kann ich daher dieser Vorlage sicher nur als Zwischenbericht zustimmen. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 17.09 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Univ.-Prof. Dr. Schilcher.

Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher (17.10 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Nach längerer Pause war das wieder einmal eine Schuldebatte, die natürlich von unterschiedlicher Intension war. Auf der einen Seite die sehr grundsätzliche Ausführung des Herrn Abgeordneten Ussar beispielsweise über die Schule überhaupt, auf der anderen Seite sehr konkret jetzt vom Herrn Abgeordneten Ofner. Dazwischen sehr kritische der Frau Kollegin Kammlander. Ich möchte nur ein Wort zur letzten Vorlage sagen, weil ich empfinde, daß hier wirklich aus einer Mücke ein Elefant gemacht wird. Diese Vorlage sagt nichts anderes aus, als der Landesschulrat hat nunmehr die Sache in sein Ausbauplan aufgenommen, und wenn das gegenüber der ersten Vorlage nicht ein Fortschritt ist, weiß ich nicht, denn dort hat man es abgelehnt. (Abg. Günther Ofner: „Herr Präsident, darf ich fragen: Wann, glauben Sie, daß diese Verordnung überhaupt zum Tragen kommt?“) Ich bin deswegen kein Hellscher, weil nicht einmal der Schultyp festgelegt ist. Herr Kollege Ofner, wenn das eine reine Bundesschule wird, entscheidet das auch ausschließlich der Bund. Und die Frau Minister, da müssen Sie schätzen können, vielleicht besser als ich, hat uns einmal mitgeteilt, es darf auf gar keinen Fall etwas kosten. Das ist ihr oberstes Prinzip, das sie auch immer wieder vertritt, und damit wird man halt leben müssen. Also von uns aus gesehen darf ich Ihnen versichern, daß demnächst die Einladung an alle Betroffenen ergehen wird, an alle Kammern und so weiter, daß wir uns zusammensetzen und nachdenken, was sinnvoll wäre, und dann werden wir sehen, was die Frau Minister sagt, was möglich ist. Denn das ist die Realität des momentanen Schulsystems, daß das natürlich in Wien mündet und dort letztlich entschieden wird. (Abg. Zellnig: „Prinzipien kann man auch ändern!“) Sehr einverstanden! Herr Kollege Kröll hat in einer eindrucksvollen Wortmeldung ein wichtiges Prinzip geändert. Er hat gesagt, statt Zentralismus Veränderung, dann können wir es nämlich selbst entscheiden, und dann geht es wahrscheinlich erheblich schneller. Da bin ich vollkommen einverstanden. (Abg. Günther

Ofner: „Eine Frage: Wird das in Kürze vom Landesschulrat an den Bund eingereicht?“) Wenn wir uns einmal geeinigt haben, was für eine Schultype, dann können wir das in aller Kürze erreichen. (Abg. Günther Ofner: „Sind Sie auch der Meinung, daß man diese Schulform in den ländlichen Bereich verlegen soll?“) Überhaupt nicht, noch dazu, wo in Graz vorige Woche der Schulversuch in der Ortweingasse bereits genehmigt wurde. Das ist schon erledigt. Das, was hier als noch nicht erledigt steht, ist schon erledigt. Das heißt, natürlich kommt nur mehr ein ländliches Gebiet in Frage, und Murau bietet sich aus vielen Gründen an. Wir werden das auf jeden Fall untersuchen. Nur hat Ihr Kollege Kohlhammer in einer wichtigen Wortmeldung mit Recht gesagt, man muß das schon nach einem gewissen Plan machen und nicht nur einfach dort oder da, sondern sich überlegen, wie paßt das ins ganze Schulkonzept etwa des Bezirkes Murau hinein. Aber das vorausgesetzt, verspreche ich Ihnen, daß diese Einladung in Kürze ergehen wird.

Ich möchte vielleicht nur zwei Dinge zusammenfassend bei dieser Debatte sagen. Ich glaube, es ist außer Streit gestellt worden, daß Schule und Bildung sowohl für den einzelnen wie für die Gesellschaft überhaupt das Wichtigste in Zukunft sein werden. Es ist die Existenzsicherung des einzelnen, schauen Sie sich die Arbeitslosenstatistik an, qualifizierte Arbeitnehmer haben es ungleich leichter, Arbeit zu finden, als unqualifizierte. Eine Ausnahme, es sei denn, du bist Maturant und Hochschulabsolvent, da tut man sich ungleich schwerer. Schauen Sie sich die Staatengemeinschaft an, dort, wo der Ausbildungsstand hoch ist, wo es Innovationen gibt, dort ist auch der Fortschritt gesichert. Da, glaube ich, haben wir Einigkeit. Ich glaube nur, daß unser Bildungssystem, wie der Herr Ussar richtig sagt, nicht so schlecht ist. Lustigerweise sind immer die besten Leute die, die am meisten darauf schimpfen, die auch das Ergebnis des Bildungssystems sind. Ich habe aber den Eindruck, dem Bildungssystem geht es so wie dem ORF-Programm. Solange man in Österreich ist, schimpft man dauernd darüber, wenn man einmal das im Ausland gesehen hat, relativiert man seine Kritik, weil so gigantisch sind die anderen auch nicht. So ähnlich ist es beim Bildungssystem. Wenn Sie nämlich wirklich andere genauer anschauen, verlieren Sie den typisch österreichischen Minderwertigkeitskomplex und kommen darauf, daß es ganz so blöd auch nicht ist. Nur, und das jetzt mit Einschränkung, es gibt ein paar Punkte, wo man korrigieren und anpassen muß. Ich möchte zwei herausgreifen. Den ersten, die Organisation des gesamten Schulwesens. Das Schulwesen in Österreich ist der größte österreichische Betrieb. 120.000 Beschäftigte, 65 Milliarden Schilling Umsatz. Das ist der größte und kostenaufwendigste Betrieb Österreichs. Die steirischen Zahlen sind etwas bescheidener, 18.700 Beschäftigte, 10,5 Milliarden Schilling Umsatz, also etwa ein Sechstel des österreichischen Volumens. Nur, geführt wird dieser Betrieb ungefähr noch nach den Richtlinien des Handschreibens der Maria Theresia aus dem Jahre 1774, als nämlich die erste normale Hauptschule errichtet wurde. Zentralistisch von Wien aus, mit Verordnung an die pädagogischen Untertanen. Also etwa in diesem Sinne und Geist, etwas josephinisch noch durchhaucht, nämlich der gute Kaiser in Wien weiß schon, was seinen Untertanen frommt, ist dieser Zentralismus

aufgebaut. Ich sage das wirklich unzynisch und ohne jeden Anti-Wien-Komplex, ich sage es nur deshalb, weil wie die Schwalbe zu Maria Verkündigung im März jedes Jahres, dasselbe kommt zwischen Bund und Land. Jedes Jahr dasselbe Problem, heuer wieder. Der Bund verordnet uns über seine Grundsatzgesetzgebung bereits ganz konkrete Zahlen, erst ab 31 darfst du eine zweite Klasse machen. Wenn du nur eine Klasse in der Hauptschule hast, darfst du nur zwei Leistungsgruppen machen. Wissen Sie, daß das ein Viertel unserer Hauptschulen ist? Wenn ich mit dem ernst mache, was uns der Bund in seiner Grundsatzgesetzgebung vorgibt, müßte ich für ein Viertel der Hauptschulen die neue Hauptschule aufheben, weil ich dort nicht mehr drei Leistungsgruppen, sondern nur mehr zwei Leistungsgruppen machen kann. Das wäre verheerend, undurchführbar und kontraproduktiv. Und jetzt steht man da und in der Situation, die Frau Vizepräsident kennt das, entweder man wird gesetzbrüchig, weil man sich nicht ans Grundsatzgesetz hält, hilft aber den Eltern, hilft den Kindern, weil man dann unnötig riesige Klassen erspart, da haben Sie völlig recht. Wie soll man in einer Volksschulklasse mit 29 Kindern neue Pädagogik betreiben, offenes Lernen? Ist ja alles unmöglich. Geht nicht. Oder, wie gesagt, man ist eben ein kleiner, naja immerhin Gesetzesumgeher. Und das ist eine auf die Dauer unerträgliche Situation. Ich sage das ganz offen, so geht es nicht. Was ist denn der Grund? Der Grund ist ein System, wo die Länder die Lehrer anstellen und der Bund sie zahlt und der Bund in der ununterbrochenen Angst ist, daß die Länder zuviel anstellen und er zuviel zahlen müßte, also gibt er uns mit Gesetz solche Vorgaben, damit nur ja nicht mehr wird, damit er nicht mehr zahlen muß. Was ist das für ein Grundsatzgesetz, wo ich drinnen konkrete Zahlen stehen habe, und dann sagt der Bund zynisch, jetzt mache eine Ausführungsgesetzgebung. Was denn? Ich kann nichts ausführen. Wir sind genau in der Situation gewesen, ein Pflichtschulorganisationsausführungsgesetz in einem Rahmen, wo ich nichts ausführen kann. Und das war der Grund, wo wir gesagt haben, Freunde, jetzt fragen wir einmal den Verfassungsgerichtshof, ob das mit Föderalismus noch irgend etwas zu tun hat. Das ist nicht nur eine Frage des Föderalismus, das ist eine Frage der Gleichheit. Ein Schüler, der in die Schule geht, ein Viertel der Hauptschulen, wo es nur zwei Leistungsgruppen gibt, ein Schüler, der in die Schule geht, wo es drei Leistungsgruppen gibt. Wieso gibt es diese Unterscheidungen? Nur weil die das Pech haben, weil sie weniger Schüler haben, und die haben ein Glück, weil sie zwei Klassen zusammenbringen statt einer. Ich bitte Sie, das so zu sehen. Es ist nicht möglich, ein System so durchzuführen, wo ich am Papier eine gewisse Hoheit der Länder habe, in Wirklichkeit Null, und wo ich jedes Jahr zwischendurchfahren muß, nämlich auf der einen Seite noch gesetzestreu, auf der anderen Seite den pädagogischen Notwendigkeiten nachkommend. (Abg. Kammlander: „Herr Präsident, wieso machen Sie das erst jetzt? Der Landesschulrat hat sich schon einmal bezüglich dieses Rundschreibens an den Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes gewendet. Wie ist das ausgegangen?“) Frau Kollegin, da muß ich ganz ehrlich sagen, da war ich noch nicht dabei. Mir ist das nicht geläufig. Für mich ist es das erste Mal. Wir haben uns geeinigt, der

Herr Landeshauptmannstellvertreter und ich, daß wir diese Situation einmal zur Prüfung benützen, ob das noch haltbar und gängig ist. Denn bitte, das System ist ja auch rasend teuer im Ergebnis und steht dauernd unter dem Damokles-Schwert, na, wenn ihr zuviel genehmigt habt, Land, zahle es selbst. Und da muß ich schon sagen, Frau Kollegin, auch dem Kollegen Freitag und so weiter, na, das Land soll halt zeigen, was ihm die Bildung wert ist. Herr Kollege, wenn wir damit anfangen, dann wird der Bund sehr einfallreich werden und wird uns nächstens sagen, ja, das Land soll zeigen, was ihm die Sicherheit wert ist, und soll die Gendarmen zahlen oder die Polizei oder das und jenes. Der Herr Gottschacher und der Herr Edler in Graz haben einen ganz anderen Standpunkt bezogen. Sie haben gesagt, solange uns der Bund nicht jeden Groschen vorfinanziert, zahlen wir nicht ein einziges EDV-Gerät in Graz. Da gibt es kein einziges EDV-Gerät, weil die unten sagen, ja, wir werden das nicht allein zahlen. Da soll bitte der Bund aus seiner Verpflichtung nicht entlassen werden. Wir halten uns an ein sehr prominentes Beispiel, lieber Kollege Freitag. Vom Dienstrecht der Vollziehung her. (Abg. Freitag: „Wir sind ja Landesbedienstete! Da kann man doch sicher eher etwas verlangen!“)

Lieber Kollege Freitag, das Geld hat kein Mascherl. Wenn ich anfangs Bundesverpflichtungen zu übernehmen, dann kann ich das Budget, das bitte ein Fünftel des Bundesbudgets ausmacht, ein Zwanzigstel besser, nur mehr ausschließlich zu Zwecken der Bundesvollziehung einsetzen. Das ist nicht möglich.

Ich würde Sie bitten, daß wir gemeinsam einen anderen Weg beschreiten, nämlich sagen, suchen wir ein billigeres System. Und jedes veränderte System und jedes regionalisierte System und jedes System, wo eine Schule autonom Verantwortung übernimmt, ist ungleich billiger als das jetzige.

Der Grünes hat unlängst ausgerechnet, ich weiß nicht, ob es stimmt, daß ein Pflichtschüler 80.000 Schilling im Jahr kostet. Er hat gesagt, jede Privatschule der Welt schafft es um die Hälfte. Ich weiß nicht, woher er die Einsicht hat, aber es ist ein interessanter Vorschlag, das einmal aus dieser Sicht her zu prüfen. Es ist ein sehr teures, sehr zentralistisches, verfassungsrechtlich bedenkliches System. Und das bitte ist der Ausgangspunkt, warum wir uns entschlossen haben, etwas Grundsätzliches in dieser Richtung zu tun.

Ich darf auch ein Wort – weil es gefallen ist – zur Warteliste sagen. Bitte, die Warteliste, Frau Kollegin Kammlander, wird von überhaupt keinem Lehrer, den ich kenne, bestritten. (Abg. Kammlander: „Das habe ich auch nicht gesagt!“) Ich habe ununterbrochen die Situation, wo der Lehrer kommt, sich zu meinem Beamten begibt, dort sagt, wo stehe ich? Der kommt mit der Meldung zurück, im Fach sowieso sind Sie der Siebente, und in Ihrem zweiten Fach der Siebenunddreißigste. Und das ist genau das, was er wissen will, denn dann weiß er, wann er drankommt. Das ist es nicht. Ich habe einen ganz anderen Einwand gegen dieses System. In einer Situation, wo ich einen Überhang an nachfragenden Lehrern habe, frage ich mich, wieso ich ausschließlich nach dem Datum der Prüfung anstellen soll. Das ist das Problem. Es gibt nur mehr eine Berufsgruppe in Österreich, die sagt, wenn ich

meinen Lehrerberuf abgeschlossen habe an der Uni oder an der PÄDAK, habe ich einen Rechtsanspruch auf Anstellung: Bitte woher? Woher? Wenn ich meinen Beruf als Jurist an der Universität abgeschlossen habe, und ich will zum Land, dann muß ich eine Reihe von Jahren an den Bezirkshauptmannschaften zubringen und muß eine Dienstprüfung ablegen, bevor ich überhaupt unterkomme. Oder wenn ich Rechtsanwalt werden will, muß ich sieben Praxisjahre haben, dann muß ich eine Prüfung beim Oberlandesgericht machen. Jeder Dienstgeber sagt, du mußt erst für mich beweisen, ob du die Voraussetzungen hast. Der einzige Dienstgeber Bund/Land sagt bei Lehrern, ja, wenn du deine Prüfung abgeschlossen hast, hast einen Rechtsanspruch auf Anstellung, ja woher? (Abg. Kammlander: „Sie haben sich eine Qualifikation erworben!“) Das stimmt ja nicht! Es könnte der Jurist auch sagen, ich habe meine juristischen Studien abgeschlossen, ich habe mir die Qualifikation erworben. Der Dienstgeber hat ja andere Kriterien. (Abg. Kammlander: „Welches Anstellungserfordernis verlangen Sie jetzt?“) Zum Beispiel, daß er eine Praxis gehabt hat. Was ist denn das, was uns bei Lehrern immer wieder passiert und wo ich gerade von eurer Seite heute zwei, drei Interventionen bekommen habe, daß ein Lehrer sich fürchtet, in die Klasse zu gehen, sich fürchtet, hineinzugehen! Wir haben eine Untersuchung, wonach dieses Symptom 39 Prozent haben. Die trauen sich nicht in die Klasse. Woher kommt das? Weil er das nie in der Praxis gemacht hat, bevor er seine Prüfung abgeschlossen hat. Ich muß ja bitte sehr wohl fragen, wenn er die PÄDAK abgeschlossen hat oder die Uni, hat er damit auch bewiesen, daß er in der Praxis ein guter Lehrer ist? Freitag, da ist ja wirklich ein Unterschied zwischen Theorie und Praxis. Zum Beispiel in der Praxis beobachten. Und das, was Sie zitiert haben, Frau Kammlander, war nicht das Problem der Qualifikation, das, was Sie gesagt haben, daß wir hospitieren lassen, ist ein ganz anderes Problem. Wir hatten den Fall, wo einer vor 16 Jahren seine Prüfung gemacht hat, mittlerweile 16 Jahre bei der VÖEST war, dagegen ist nichts zu sagen, und jetzt Lehrer werden wollte. Da habe ich gesagt, du, paß auf, du hast ja alles in der Zwischenzeit vergessen. Vor allem hat sich die Situation auch geändert. Da brauchen wir eine Hospitierung. Das ist ein ganz anderer Fall. Der hat mit der Anstellung normalerweise nichts zu tun. Ich wollte nur den Ausflug machen, weil ich glaube, es muß die Schule wie ein Betrieb gesehen werden, wo man für die einzelnen Positionen klare Anforderungsprofile hat und ganz klar jedem sagt, lieber Freund, wenn du das und das erfüllst, dann wirst du angestellt. Es ist ein ganz großes Problem, daß – auf der PÄDAK weniger, vielmehr noch auf der Uni – viel zu viele Leute noch studieren. Wir haben 1200 Geschichtsstudenten im Lehramt, und wir wissen, daß wir nicht einmal ein Zehntel bis zum Jahr 2000 brauchen werden. Nur, da geht es uns so ähnlich wie der Ärztekammer. Es wird ihnen ein Zettel hingelegt, auf der PÄDAK seit acht Jahren, den sie voll unterschreiben. Darauf steht: „Ich nehme zur Kenntnis, daß ich keine Anstellung bekommen werde mit Abschluß der PÄDAK.“ Und trotzdem studiert er. Soll ich Ihnen auch sagen warum? Weil wir leider unter dem Druck der Öffentlichkeit schon vor Jahren zur Praxis übergegangen sind, um möglichst vielen arbeitslosen Lehrern zu helfen, einen Posten in drei,

vier oder gar fünf Posten aufzuteilen. Jetzt geben wir einem bei 20 Stunden dann vier Stunden. Die Propaganda an der PÄDAK und an der Uni lautet: „Ein paar Stunden bekommst immer noch, also kannst ruhig noch studieren.“ Wenn wir uns entscheiden würden, wozu ich aufrufe, daß wir das gemeinsam tun und sagen, nein, ganze Posten, ehrlich bleiben, weil wir den mit den vier Stunden möglicherweise bei weiter sinkender Schülerzahl im nächsten oder übernächsten Jahr dann entlassen müssen, weil nichts mehr da ist, zu lehren bei allem Einfallsreichtum für noch eine unverbindliche Übung. Wenn nichts mehr da ist, dann muß man ihn ja mehr enttäuschen, als wenn wir ihm von vornherein sagen, bitte, soviel Positionen sind erwartbar, so einen Überhang haben wir, lieber Freund, mache etwas anderes. Ich halte das für eine ehrlichere Politik, als ihn da heranzuziehen und nach zwei Jahren zu sagen, wir müssen uns doch trennen, es war sehr schön, es hat uns nicht gefreut. Das ist, glaube ich, nicht der Sinn der Geschichte.

Lassen Sie mich zum Inhalt noch ein Zweites sagen: Ich kann mich erinnern, im Jahre 1968 hat Prof. Tobritzberger ein volkswirtschaftliches Seminar mit Otto Schick an der Uni Graz gemacht. Und da hat er uns geschildert, wie ein staatlicher Eisenproduktionsbetrieb in der ČSSR funktioniert hat, vor 1968 hat er gesagt, sie haben das Produktionsziel in Tonnen vorgegeben bekommen, sie haben die Tonnen Rohmaterial vorgegeben bekommen und die Produktionszeit. Und daraufhin haben sie sich entschlossen, nur Lokomotiven zu bauen, weil das am meisten Rohmaterial in kürzester Zeit für das Produktionsziel ergeben hat. Ein bißchen so ähnlich ist die Schule: Wir bekommen die Zahl der Schüler vorgegeben, nicht von der Zentrale, sondern anderwärts durch die natürliche Population, wir bekommen die Zahl der Lehrer vorgegeben, die Zahl der Schulen, die Schulzeit, und dann produzieren wir ähnlich am Markt vorbei. Die Lokomotiven, die wir produzieren, sind die Maturanten. 101 Maturanten pro freiem Posten in der Steiermark, 101 Maturanten! Auf der anderen Seite 965 freistehende Lehrlingsposten! Wenn da nicht die Alarmglocken zu klingeln beginnen! Wir sagen, was ist das für ein Schulsystem, das dermaßen am Markt vorbeiproduziert? Jetzt will ich überhaupt nicht leugnen, daß es auch etwas Erhebendes ist, daß man gelernt hat, ohne daß es verwertbar ist. Aber es wird diese Überlegung zum Zynismus, wenn der dann arbeitslos ist. Ich bitte, das wirklich einmal zur Kenntnis zu nehmen. Das ist jetzt der Anlaß, daß wir uns tatsächlich ernste Gedanken machen müssen, was machen wir mit diesem AHS-Überhang, wie erklären wir, daß zum Beispiel in der Gesamtsteiermark die Zahl der AHSler zurückgegangen ist, erstmals in dem Jahr, und die Zahl der Hauptschüler zwar nur um 31, aber immerhin, gestiegen ist gegenüber dem Vorjahr, und die genau gegenteilige Entwicklung in Graz. Da ist es noch einmal in die Höhe gegangen bei AHS und noch einmal gesunken bei der Hauptschule. Ich habe in Graz jetzt 66 Prozent AHS, 34 Prozent Hauptschule. Ich habe in der Gesamtsteiermark 77 Prozent Hauptschulen und 23 Prozent AHS, fast spiegelverkehrt! Jetzt gibt es dafür viele Gründe. Wir wissen, es gibt wieder den Grund, daß die Eltern sagen, „wenn du was werden willst, mußt in die AHS gehen“. Dahinter steht eine Niederbewertung der manuellen Arbeit, eine Überbewertung der akademischen Bildung nach der

Vorstellung, gebildet ist, wer möglichst ohne eigene Erfahrung Dinge, die er sich angelesen oder die er gehört hat, wiedergeben kann, also ein sehr abstrakter einseitiger Bildungsbegriff. Es sind Gründe, die sehr handfest sind. Ein Lehrling ist enorm benachteiligt gegenüber jedem AHS-Schüler und gegenüber jedem Studenten. Er hat keine Freifahrt, er muß sich seine Schulmittel ganz allein bezahlen. Wenn er ein Spätberufener ist, bekommt er keine verlängerte Kinderbeihilfe, es bekommt alles der Schüler und der Hochschulstudent. Ergebnis: Wir haben an der Universität 60.000 Studenten, die ausschließlich dort sind, weil sie sonst arbeitslos wären, befragtermaßen. Wir haben eine Untersuchung vom Kellermann, der das an allen Erstinskribierenden festgestellt hat. 40 Prozent derer haben gesagt, wenn ich eine Arbeit hätte, würde ich nicht studieren. Nur kosten uns die Gigantisches. Wenn ich nur rechne die Kosten eines Pflichtschülers 80.000 Schilling plus die Sozialkosten, so sind das sieben Milliarden Schilling, die uns die kosten, sieben Milliarden Schilling! Zweimal die Anpassungskosten der Landwirtschaft für die EG, wenn Sie wollen.

Was wäre in der Situation zu tun? Die Einstellung der Menschen kann man nicht durch irgendwelche Maßnahmen von heute auf morgen ändern, aber man kann ein paar schulische Dinge ändern. Wir haben einen Vorschlag gemacht, das heißt, das ist eine Gruppe von AHS-Lehrern, Hauptschullehrern, Polytechnikumlehrern, von Wirtschaftstreibenden gewesen, die gesagt haben, wäre es nicht ganz gescheit, die alte Trennung zwischen Berufsvorbereitung und Hochschulreife, Hauptschule, AHS, wieder herzustellen, bei Wahrung der Lehrplanidentität in den ersten vier Klassen, damit der Umstieg möglich ist? Die Schule wird jetzt Realschule genannt, etwas, was schon bekannt ist, und würde zehn Schulstufen umfassen und mit der mittleren Reife enden. Ich habe Ihnen das auf einem Blatt Papier gezeigt. Die Realschule hätte zehn Stufen, integriert mit dem Polytechnischen Lehrgang und eine freiwillige zehnte Schulstufe und hätte folgenden Vorteil: In diesen zwei Jahren würde zweierlei getan werden. Erstens Berufsvorbereitung. Das, was der Polytechnische Lehrgang ohnedies im Lehrplan hat, übrigens sehr gut hat, anerkannt gut, nur leider geht keiner hin. Das ist eine hervorragende Veranstaltung. 25 Prozent österreichweit benützen sie, 75 Prozent nicht. Würde man integrieren, heißt konkret die Schnupperlehre, hinausgehen in die Betriebe, aus den Betrieben lernen, mit den Betrieben lernen, würde bedeuten, daß man das gewichtet, zum Beispiel in vier Richtungen: naturwissenschaftlich-technisch, kaufmännisch, sozialhuman, landwirtschaftlich. Das könnte man zwei Jahre lang tun.

Das Zweite, die Kulturtechniken auf Genauigkeit hin überprüfen. Warum? Die größte Klage der Wirtschaft ist, daß die, die hinauskommen aus der Hauptschule, nicht ausreichend lesen, schreiben, rechnen können und sich vor allem nicht verbal darstellen können, nicht reden können, kein Vorstellungsgespräch machen können, keine Verhandlung führen können. Das alles würde geübt werden in diesen zwei Jahren echter Berufsvorbereitung. Es könnte, wie Sie sehen, aber noch immer nach der neunten Schulstufe, nach Vollendung der Schulpflicht, jemand in die Lehre gehen, ganz normal. Wenn er die mittlere Reife macht,

hat er eine verkürzte Lehre. Und die AHS wäre dann ungefähr gleichwertig mit 18, und alle miteinander könnten ein Wirtschaftspraktikum machen, das natürlich für einen, der die Lehre absolviert hat, etwas theoretischer ist, weil der hat ja drei Praxisjahre. Für einen, der die mittlere Reife hat, schon etwas praxisbezogener, weil dem fehlt ein Praxisjahr, und für den AHS-Mann sehr praxisbezogen, weil der hat nur Theorie gehabt. Und am Ende des Wirtschaftspraktikums, das die Wirtschaft anbieten könnte, aber auch die Schulen, so wie das jetzt schon bei den Collegs ist, HAK bietet ein Colleg, HTL, aber auch WIFI bietet Collegs, stünde eine staatliche Berufsreifeprüfung, wie wir schon einmal gehört haben, Vorläufer der Studienberechtigungsprüfung gewesen, und mit der Berufsreifeprüfung könnte der Lehrling studieren. Das heißt, der Bildungssack, den ich jetzt beim Lehrling habe, der kann nur im zweiten Bildungsweg weitermachen, sonst hat er keine Möglichkeit. Und der zweite Bildungsweg wird in der Steiermark von 20 Absolventen jährlich bestritten, nicht mehr. Also, das ist keine echte Alternative. Stattdessen könnte er studieren, wenn er wollte, und wir hätten zwei Fliegen auf einen Schlag, Berufsvorbereitung von Hochschulreife getrennt und den Bildungssack beim Lehrling geöffnet. Er könnte, wenn er wollte, studieren. Sie sehen im zweiten Schema, wenn er die Berufsreifeprüfung hat, könnte er Wirtschaftsassistent sein, mit dem Ziel, Unternehmer zu werden, das ist jetzt eine Vorstellung der Wirtschaft, oder eine Wirtschaftsakademie oder den ersten Studienabschnitt der Universität besuchen. Das ist übrigens ein System, das in ähnlicher Form mit Fachhochschule und so weiter in der Bundesrepublik Deutschland existiert. Wäre auch EG-konform, um das einmal zu sagen. Ich glaube, das ist einmal ein Diskussionsvorschlag. Meine Bitte ist, daß wir ihn ernst diskutieren, weil ich glaube, daß die Alarmglocken so gewaltig läuten, daß wir überhaupt nur mehr, wie einer unlängst gesagt hat, ein Stamm von Häuptlingen ohne Indianer wären. Wir haben nur mehr hoch Ausgebildete, die als Häuptlinge mit vollem Schmuck herumrennen, aber leider keine Indianer mehr haben, die ihnen die konkreten Sachen machen. Wenn wir das nicht wollen, dann, glaube ich, müssen wir uns in diese Diskussion begeben, und dazu ist ein kleiner Anstoß gegeben. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 17.35 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth.

Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth (17.35 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach dieser Debatte und nach den exzellenten Ausführungen des Herrn Präsidenten Dr. Schilcher ist es ganz einfach, einen kurzen Schlußpunkt zu setzen. Ich möchte zwei Bemerkungen anfügen. Die eine zum Thema Zentralismus und die andere zur Novellierung des Gesetzes, betreffend die Schülermitbestimmung, das wir noch zu beschließen haben. Was den Zentralismus betrifft, möchte ich noch etwas zusätzlich zu dem sagen, was schon hier vorgebracht worden ist. Wir haben seit gestern wiederum eine neue Hiobsbotschaft hier im Land. Es hat eine Besprechung im Unterrichtsministerium stattgefunden, betreffend die Schulräume im kommenden Schuljahr im Herbst 1989. Und zwar

geht es um die Polytechnischen Lehrgänge. Dort wird der Informatikunterricht eingeführt, und das Ministerium beginnt jetzt zu diskutieren, welche Raumvoraussetzungen an den betreffenden Schulen dafür vorliegen müssen. Jetzt im Juni wird darüber diskutiert, was im September an den Schulen notwendig sein wird! Das heißt, es droht nach der Ankündigung des Ministeriums wiederum ein Erlaß, der eine große Fläche für diesen Informatikunterricht vorsieht. In den meisten Fällen sind diese Klassen in Hauptschulen untergebracht, und es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß dort jetzt ein Konflikt ausbrechen wird, daß es Hilfeschreie geben wird und daß über den Sommer größte Kalamitäten ausbrechen im Hinblick auf die Realisierung des Informatikunterrichtes. Das ist ein Beispiel mehr dafür, meine Damen und Herren, daß wir meinen, daß sich diese Art von Zentralismus überlebt hat. Die hohen Herrschaften in Wien am grünen Tisch sind einfach viel zu weit entfernt von unseren Realitäten in den Ländern, weit hinaus in Gemeinden, und letzten Endes müssen es dann die Gemeinden ausbaden oder auch die Länder. So kann das auf die Dauer nicht weitergehen. Wenn wir sagen, wir sind nicht bereit, Lehrer, Pflichtschullehrer selber zu besolden, dann sagen wir umgekehrt, wir sind sofort bereit, wenn wir die Kompetenz dazu bekommen. Dann müssen wir aber auch das Geld aus dem Steuertopf bekommen, das jetzt im Topf des Bundes ist. Das ist der Haken an dieser ganzen Diskussion. Es ist nicht denkbar, daß wir den Bund aus seinen Verpflichtungen entlassen. Das ist für uns nicht denkbar. Und daher stehen wir nach wie vor auf dem Standpunkt, daß diese Lehrer, die nach dem Finanzausgleich vom Bund zu besoldet sind – ihr Gehalt ist zu refundieren an die Länder –, daß diese Besoldung so aufrechterhalten bleiben muß. Wenn die Frau Kollegin Kammlander das immer wieder bestreitet und sagt, am Anfang wird es nur 16 Millionen Schilling kosten, dann kann man nur sagen, das würde sich rasant steigern. Das Beispiel ist einfach nicht brauchbar. Das wäre so ähnlich, wenn ich einen Vergleich bringen darf, ein Mann läßt seine Frau mit ihren Kindern stehen. Er wird dazu verurteilt, Alimente zu bezahlen, er zahlt sie aber nicht. Was soll getan werden, was soll empfohlen werden? Das ist die Situation. Der Mann ist der Bund, der dazu verpflichtet ist, die Lehrer zu zahlen, das Land Steiermark ist in der Situation der Frau, die die Alimente für die Kinder beziehungsweise für die Lehrer nicht bekommt. Und Sie sagen jetzt der Frau, dem Land Steiermark, dann zahl selbst die Alimente, und wir sagen, wir sind nicht damit einverstanden, sondern der Mann, in dem Fall der Bund, hat die Verpflichtung zu bezahlen, und wir entlassen ihn nicht aus dieser Verpflichtung. Das ist und bleibt unser Standpunkt.

Zum Zweiten, meine Damen und Herren, zur Novelle, die noch über das Schulausführungsgesetz zu beschließen ist, wenn ich schon am Wort bin, schließe ich das noch schnell ein, eine wichtige Novelle. Es gibt gewählte Schülersprecher, es gibt die drei höchsten, die drei Landesschulsprecher.

Es haben vor einiger Zeit ÖVP-Abgeordnete beantragt, man möge diese Landesschulsprecher ins Kollegium des Landesschulrates aufnehmen. Jetzt ist es soweit. Wir beschließen dieses Gesetz. Wir können ab Herbst diese Vertreter der Schüler, der Jugendlichen

in das Kollegium des Landesschulrates aufnehmen. Das bedeutet mehr Kontakt zwischen den jungen Menschen und der Schulbehörde, das bedeutet eine Art von Schule, von Demokratie auch für die jungen Leute, die mit den Problemen hautnah konfrontiert werden, als das sonst der Fall wäre. Ich finde, die Steiermark gibt damit ein sehr gutes Beispiel in Österreich, und es würde mich freuen, wenn Sie dieser Novelle Ihre Zustimmung gäben. (Beifall bei der ÖVP. – 17.42 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich gehe daher zur Abstimmung über. Ich werde in der Reihenfolge von eins bis sechs der Regierungsvorlagen abstimmen lassen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 185/7, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 226/7, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ebenso ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 317/6, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ebenfalls einstimmig angenommen.

Nun kommen wir zur Abstimmung über die Regierungsvorlage 386/4. Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich um eine Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 572/3. Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 588/8, ihre Zustimmung erteilen, ersuche ich ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand.

Ebenfalls mit Mehrheit angenommen.

Bevor wir zum Tagesordnungspunkt 23 kommen, möchte ich nochmals in Erinnerung rufen: Vor uns stehen noch 30 Tagesordnungspunkte. Sollten wir pro Tagesordnungspunkt zehn Minuten benötigen, würden das fünf Stunden sein. Würden wir 20 Minuten benötigen, würden das zehn Stunden sein. Und so können Sie das mathematisch fortsetzen. Ich bitte daher zu überlegen, daß auch manches in der Kürze besser gesagt werden kann als in epischer Breite.

Wir sind nun beim Tagesordnungspunkt

23. Bericht des Ausschusses für Gesundheit über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 526/4, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Kalnoky, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Dr. Hirschmann, Dr. Lopatka, Grillitsch, Pußwald, Prof. DDR. Steiner und Prof. Dr. Eichtinger, betreffend den Vergabeschlüssel der Krankenanstaltenzusammenarbeitsfondsmittel.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Univ.-Prof. Dr. Bernd Schilcher, dem ich das Wort erteile.

Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher (17.45 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wir haben die Vorlage betreffend die Strukturmittel des Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds. Diese Strukturmittel sind in der neuen Vereinbarung, die mit 1. Jänner 1988 in Kraft getreten ist, erstmals vorhanden. Sie sollen insbesondere im Krankenanstaltenbereich der medizinischen Fachbereichsverkleinerung dienen, weiters der Beseitigung von Mehrfacheinrichtungen, der Schaffung interdisziplinärer Einrichtungen, weiters dem Bau und der Organisation von Ambulanzbereichen, der Errichtung von Tages- und Nachtkliniken. Außerhalb der Krankenanstalten soll es der Errichtung von Selbsthilfegruppen, Hauskrankenpflege, des Rettungsdienstes und Pflegeheimen dienen. In der Steiermark haben wir uns entschlossen, diese 10 Prozent der KRAZAF-Mittel, die als Strukturmittel vorgesehen sind, mit folgendem Schlüssel aufzuteilen:

Zwei Drittel davon für den Krankenanstaltenbereich, Ressort Landesrat Dr. Strenitz; ein Drittel für den extramuralen Bereich. Dieses Drittel für den extramuralen Bereich wird noch einmal geteilt in 70 Prozent für die Gesundheitsvorsorge, Ressort Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth, und 30 Prozent für die Sozialhilfe, Ressort Landesrat Tschernitz. (17.46 Uhr.)

Ich bitte den Landtag um Annahme des Antrages.

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kammlander.

Abg. Kammlander (17.46 Uhr): Herr Präsident!

Die Regierungsvorlage beinhaltet die Verteilung der KRAZAF-Mittel für die strukturverbessernden Maßnahmen. Die Prozentsätze, die das Land für die Erreichung der Ziele innerhalb und außerhalb der Krankenhäuser vor hat, werden dort angeführt, mehr nicht. Genaue Zahlen, bezogen auf die Projekte, werden nur auf bohrende Nachfragen im Ausschuß bekanntgegeben. Und diese Diskretion, diese Scheu vor Offenlegung ist mir nicht verständlich. Daß Strukturformen notwendig und wünschenswert sind, haben gerade die Vorfälle um Lainz bewiesen. Außerhalb der Krankenanstalten ist gedacht, in der Steiermark rund 9 Millionen Schilling für den Ausbau sozialmedizinischer Betreuungsdienste, wie zum Beispiel psychosomatische Tageszentren, Praxisgruppen und sozialmedizinische Wohngruppen, aufzuwenden. Derzeit werden zwei Drittel dieser Strukturformmittel auf die Holding und nur ein Drittel auf den extramuralen Bereich aufgeteilt. Ob diese Aufteilung sinnvoll und richtig ist, möchte ich einmal grundsätzlich in Frage stellen. Und gehe ich von der Ist-Situation aus, erfahre ich nach langen Fragen die Aufschlüsselung der Mittel innerhalb der Regierungsressorts. Für den Bereich außerhalb der Mauern, also den extramuralen Bereich, für den der Herr Landesrat Prof. Jungwirth zuständig ist, werden nicht unbeträchtliche Millionen hinter verschlossenen Türen vergeben. Die inhaltliche Entscheidung, ob ein bestehendes Projekt, das entsprechend den Richtlinien förderungswürdig ist und dann auch unterstützt wird, diese Entscheidung fällt ohne Begründung und Wertung im Falle der Praxisgemeinschaft Liebenau negativ aus. Im entscheidenden Augenblick hat man diese Einrichtung fallengelassen, vor allem

ohne genau zu sagen, warum und wieso. Diese Vorgangsweise ähnelt der feudalen Hofhaltung eines Landesfürsten, der seine Bittsteller nach Laune beglücken oder heimschicken kann. Wenn diese Art der Politik die nächsten Jahre bestimmt, sind sicher Negativfolgen nicht auszuschließen oder ist die Zielplanung beschränkt auf Gesundheitsprojekte, wo ein Trupp von Jungärzten das Land bereist, einen Wanderzirkus aufzieht, kommt und geht, und zurück bleiben einige wenige gesundheitsbewußte Bürger und Bürgermeister, wie ich letztes Mal gehört habe, die das Rauchen aufgeben. Ich glaube, das kann wirklich nicht alles sein. Ich verlange eine breitere Diskussion über die Vergabe dieser Mittel und endlich auch eine klare Entscheidung über die Zuständigkeiten. Meine Kritik wiederhole ich heute noch einmal, die Dreiteilung der Kompetenzen ist meiner Meinung nach auch eine Vergeudung. Solange die KRAZAF-Mittel allein durch Quoten und auch durch Parteiinteressen ohne übergreifende Bedarfsermittlungen relativ frei vergeben werden können, sind wir von einem Umdenken in der Gesundheits- und Sozialpolitik noch sehr weit entfernt. Danke! (17.50 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Tschernitz.

Landesrat Tschernitz (17.50 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich glaube, zur Klarstellung sagen zu können, es werden sicherlich keine Mittel hinter verschlossenen Türen vergeben, sondern jene Mittel, die mir zur Verfügung oder unserem Ressort zur Verfügung stehen, sind für jeden einzusehen oder können einem jeden bekanntgegeben werden. Wenn wir den Weg gehen, den wir gemeinsam hier im Hohen Hause im Herbst mit dem Sozialplan beschlossen haben, daß wir mobile vor stationäre Betreuung stellen, daß wir dezentral in Zukunft arbeiten wollen, in kleinen Einheiten, daß wir in den vielen Sozialprojekten, die sehr wertvolle Arbeit gerade in der Sozialpolitik leisten, und überhaupt gemeinsam versuchen sollen, diese neuen Aufgaben zu bewältigen, vor allen Dingen auch im Bereich der älteren Generation, der älteren Menschen mit der höheren Lebenserwartung, mit den Fragen der Betreuung, der Pflege dieser Menschen, glaube ich, müssen wir gemeinsam versuchen, der Sozialpolitik überhaupt im Gesamten gesehen einen höheren Stellenwert zu geben. Damit verbunden ist natürlicherweise, daß wir uns alle gemeinsam Sorgen machen müssen, wie wir in Zukunft alle diese Fragen überhaupt finanziell bewältigen werden können. Wir werden einfach einige sehr aktuelle Fragen in der nächsten Zeit diskutieren müssen, um auch jene finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, die wir brauchen, um überhaupt den Weg jenes Sozialplanes zu gehen, den wir gemeinsam im Herbst des Vorjahres beschlossen haben.

Ich glaube also, daß jene Mittel, die uns zur Verfügung stehen, sicherlich in diese Richtung vorgesehen sind. Wir hoffen, daß dieses Hohe Haus gerade in der Sozialpolitik auch jene Mittel in der Zukunft dafür zur Verfügung stellt, um überhaupt diesen Weg bestreiten zu können und diese großen Aufgaben, die von allen Seiten, ob sie nun Prognosen oder ob sie in Konzepten

festgehalten sind, diesen Weg vorzeichnen. Ich glaube nur einerseits, mit einem höheren Bewußtsein der Menschen das näherzubringen und andererseits natürlich, daß wir gemeinsam trachten müssen, daß wir die finanziellen Mittel für diese Aufgaben zur Verfügung stellen. (Beifall bei der SPÖ und VGÖ/AL. – 17.53 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dr. Strenitz. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dr. Strenitz (17.54 Uhr): Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

In aller Kürze: Die Notwendigkeit, Umstrukturierungsmaßnahmen im Gesundheits- und Sozialwesen durchzuführen, ist unbestritten. Über die Gründe und Details haben wir uns in diesem Hohen Haus schon sehr oft unterhalten. Ich nenne nur die Zahl und rufe sie in Erinnerung, daß wir im Rahmen der KRAZAF-Vereinbarung etwa 450 Betten abzubauen haben. Das ist nach Kärnten die höchste Zahl aller Bundesländer. Ich glaube, daß diese Pflicht, die wir hier zu tragen haben, auch das Fließen von Strukturförderungsmitteln in den intramuralen Bereich rechtfertigt. Auf die Frage der Frau Abgeordneten Kammlander nach einer Detaillierung dieses Mittelflusses möchte ich sagen, daß wir vor allem die Renovierung und Neustrukturierung des medizinischen Blocks im Landeskrankenhaus vorgesehen haben. Das in Übereinstimmung mit dem Projekt LKH 2000. Wir wollen vor allem die großen Krankensäle, in denen es heute noch 14 Patienten und mehr gibt, teilen, damit insgesamt aber auch die Zahl der Betten reduzieren. Dafür sind etwa 700 Millionen Schilling insgesamt notwendig und veranschlagt. Wir erwarten uns aus dem KRAZAF Strukturmittel von etwa 20 Prozent dieser 700 Millionen Schilling. Das wären etwa 140 Millionen Schilling, verteilt auf die Jahre 1988, 1989 und 1990. Dann wären das pro Jahr rund 47 Millionen Schilling. Weitere Projekte betreffen das Landeskrankenhaus Eisenerz mit etwa 20 Millionen Schilling und das LKH Stolzalpe mit einem etwa ebenso großen Betrag. Ferner das Diakonissenkrankenhaus in Schladming und das Geriatrie Krankenhaus in Graz.

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich sagen, daß eine verstärkte Integration von ambulanten und stationären medizinischen Diensten in Zukunft absolut notwendig sein wird. Eine Zusammenarbeit zwischen niedergelassenen Ärzten, Kassenambulatorien, Spitalsambulanzen, Krankenanstalten, Pflegestationen, Altenheimen, Hauskrankenpflege. Insgesamt möchte ich die Aufgabe als eine Jahrhundertaufgabe bezeichnen, von der ich glaube, daß wir jetzt die ersten Schritte doch ganz gut zu setzen im Begriffe sind. (Beifall bei der SPÖ. – 17.56 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth. Ich erteile es ihm.

Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth (17.56 Uhr): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die vorliegende Vorlage soll als Zwischenbericht zur Kenntnis gebracht werden. Das ist gut so, denn es liegt

hier tatsächlich eine Entwicklung vor, die ein Umdenken bedeutet und die tatsächlich neue Wege in der Versorgung der Bevölkerung bedeutet. Die Vorlage zeigt ganz genau die Aufteilung zwischen den Referaten, sie können die Bedenken der Frau Abgeordneten Kammlander sehr gut zerstreuen, denn eine Hyperzentralisierung muß ja nicht immer die beste Lösung sein. Es gibt eine saubere Absprache und Trennung über die Kompetenzen, hier Spital, Landesrat Dr. Strenitz, dort Sozialhilfe, Altenhilfe im weiten Sinne des Wortes, Familienhilfe Landesrat Tschernitz und bei Prof. Jungwirth Gesundheitsvorsorge plus Hauskrankenpflege plus extramurale Psychiatrie. Diese Projekte sind genau studiert worden, und es ist auch nicht so, daß die im stillen Kämmerlein nach der Huld eines Fürsten vergeben werden, sondern daß man sich sehr genau mit Experten darüber unterhält, um welche Vergaben es sich dabei handeln könnte. Das haben wir auch getan und werden es auch in Zukunft so halten. Sie sprechen für eine Gruppe in Graz, die Ihnen nahesteht, das ist Ihr gutes Recht. Wir müssen das ganze Land sehen. Wir müssen viele weiße Flecken sehen, wo für die Bevölkerung die Gesundheitsdienste noch nicht erreichbar sind, und müssen dort prioritär eintreten. Auf jeden Fall wird immer die Fachabteilung für das Gesundheitswesen als zuständige Abteilung zu einer Expertise vorher eingeladen, und so war das auch dieses Mal der Fall. Das also im wesentlichen zum Inhalt dieser Vorlage. Die Unterlage, die wir in der Regierung verabschiedet haben, ist seit einigen Monaten in Wien. Wir hoffen dringend, daß im Gesundheitsministerium bald eine positive Entscheidung fällt, denn immer mehr Menschen fragen, wie geht es denn jetzt weiter. Haben wir eine Chance, daß wir eine Hauskrankenpflege bekommen? Wie schaut es aus mit der Vorsorgeeinrichtung und so weiter? Wir sind im Kontakt mit dem Gesundheitsministerium und hoffen, daß in allernächster Zeit, an und für sich war das schon für vorige Woche versprochen, daß noch in dieser Woche oder spätestens noch in diesem Monat die Entscheidung fällt, daß also die Gelder freigegeben werden können und diese neuen Wege der Gesundheitsversorgung und Vorsorge in der Steiermark besritten werden können. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 17.59 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung erteilen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

24. Bericht des Sozial-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 98/5, zum Antrag der Abgeordneten Kohlhammer, Sponer, Meyer, Erhart und Genossen, betreffend den Bau des Landesaltenpflegeheimes in Deutschlandsberg.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Walter Kohlhammer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kohlhammer (18 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident!

Ich darf wie folgt berichten: Der Antrag vom 10. Dezember 1986 hatte folgenden Bezug: Im Hinblick

darauf, daß das Land Steiermark schon vor acht Jahren ein bestens geeignetes Grundstück in unmittelbarer Nähe des Krankenhauses und auch des Stadtzentrums von Deutschlandsberg erworben hat, wird der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, kurzfristig den notwendigen Beschluß zum Bau eines Landesaltenpflegeheimes in Deutschlandsberg zu fassen und mit den Baumaßnahmen zu beginnen. In der Vorlage wird ausgeführt, daß diese Bedarfsüberprüfung, die durchgeführt wurde, zusammenfassend ergeben hat, daß die ursprünglichen Überlegungen aus dem Jahre 1978, die die Errichtung eines Landesaltenpflegeheimes in Deutschlandsberg vorsahen, aus heutiger Sicht nicht mehr den veränderten Anforderungen und Voraussetzungen für die Betreuung alter Menschen entsprechen. Die vertretbare Mindestgröße für eine derartige Einrichtung liegt nach der Vorlage bei 100 bis 120 Betten. Demnach kann eine solche Einrichtung nur überregional auch wirtschaftlich vertretbar betrieben werden. Schließlich wird noch ausgeführt, würde das Landesaltenpflegeheim Deutschlandsberg gebaut, so müssen aus derzeitiger Sicht erhebliche Auslastungsschwierigkeiten prognostiziert werden.

Im Namen des Sozial-Ausschusses stelle ich den Antrag, diese Vorlage zur Kenntnis zu nehmen. (18.01 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kohlhammer. Ich erteile es ihm.

Abg. Kohlhammer (18.01 Uhr): Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich durfte schon berichten, daß in Deutschlandsberg im Jahre 1978 ein Grundstück vom Land angekauft wurde mit der Absicht, ein Landesaltenpflegeheim dort zu errichten. Damit schien der Wunsch weiter Bevölkerungskreise erfüllt. Zwischenzeitlich wurden dem Bürgermeister der Stadt Deutschlandsberg 10.000 Unterschriften für den Bau des Landesaltenpflegeheimes überreicht, und zwar im Vorjahr. Nun muß ich in Erledigung eines Landtagsantrages von mir in dieser Vorlage zur Kenntnis nehmen, daß es nicht zu diesem Bau des Landesaltenpflegeheimes kommen kann.

Die Kernaussage lautet, daß ein Fast-Krankenhaus, wie es bezeichnet wird, aus wirtschaftlichen Gründen eine Mindestgröße von 100 bis 120 Betten haben müsse und daß die Auslastung dafür nicht zu erwarten sei. Ich gebe zu, daß sich die Vorlage schlüssig liest und auch das Schriftstück, betreffend Bedarfsüberprüfung, eine recht schlüssige Darstellung ist. In der Praxis sehen die Dinge allerdings insofern etwas anders aus, als die angeführten bestehenden Heime und das Altenheim in Eibiswald einen Standard haben, daß er nicht gerne angenommen wird. Und wenn behauptet wird, daß die Auslastung nur durch überregionale Einweisung gewährleistet ist, so nehme ich das als Indiz dafür, daß das Image dieser Heime leider nicht sehr gut ist. Wenn ich in der Studie lese, daß nach Anhebung des Standards dieser Heime der regionale Bedarf für Pflegeheime ausreichend gedeckt sei, so will ich das so auffassen, Herr Landesrat, daß das Land sich hier verpflichtet fühlt – er hört mir leider nicht zu, aber ich habe es ihm so schon gesagt –, diesen Standard

anzuheben beziehungsweise herzustellen und vor allem auch dafür zu sorgen, daß die Betreuung entsprechend qualifiziert erfolgt.

Meine Damen und Herren, der Betrieb eines Heimes mit Fast-Krankenbetten ist eben nicht gleichzusetzen mit jenen, die Liegestätten anbieten. Und es ist auch nicht dasselbe, ob Diplomkrankenschwestern pflegen oder ob es begabte Hausfrauen sind. Jeder Mensch hat einen Anspruch auf eine menschenwürdige Pflege, wenn er einmal pflegebedürftig ist. Um diesen Anspruch sorgen sich die Menschen, und zwar sowohl jene, die an ihre Eltern denken, an ihre Angehörigen denken, als auch mögliche Betroffene selbst. Und mit dem Maß, wie die Berufstätigkeit zunimmt, steigt natürlich auch der Bedarf an Fremdhilfe. Dazu kommt noch die auch in der Unterlage ausgeführte steigende Lebenserwartung. Ich glaube also, daß die Diskussion über dieses Thema „Altenpflege“ noch lange nicht beendet ist. Auch die Frage der Folgekosten, der Betriebskosten wird noch zu diskutieren sein. Ich zähle zu jenen, die dafür eintreten, daß dieser Teil der Betreuung durch eine Versicherung aufgefangen wird. Von der Bezirksstadt Deutschlandsberg selbst wird wegen der Absage seitens des Landes eine Lösung gesucht, die jenen Bedarf abdecken soll, der gegeben ist, wenn das Angebot stimmt. Wir wollen natürlich mit einem derartigen Projekt kein Geschäft machen. Aber wir wollen die Menschen beruhigen, daß es dann Einrichtungen gibt, die sie im Bedarfsfall nützen können. Mir persönlich scheint ja diese neue Konzeption „Seniorenwohnhaus mit angeschlossener Pflegestation“, wie das beispielsweise die Wohnbaugenossenschaft im „Modell Bad Aussee“ ausgeführt hat, ausdrücklich begrüßenswert und möglich. Die Stadt Deutschlandsberg hat jedenfalls eine Projektgruppe eingesetzt, und in einem Schreiben vom 10. Mai hat der Herr Bürgermeister das Ersuchen an den Herrn Landesrat Tschernitz gerichtet, das Land möge prüfen, ob es nicht möglich wäre, das vorhandene Grundstück für ein derartiges Projekt kostenlos zur Verfügung zu stellen. Ich darf hinzufügen, daß ich mir auch wünsche und vorstellen kann, daß auch für jenen Teil einer Pflegeeinrichtung eine finanzielle Unterstützung seitens des Landes möglich sein müßte.

Ich darf also abschließend schon sagen, wir können uns nicht endgültig damit zufriedengeben, daß dieser Pflegestand und -standard, wie er derzeit im Bezirk Deutschlandsberg gegeben ist, nicht verbessert wird. Er muß angehoben werden sowohl im privaten Bereich als uns auch Modelle einfallen müssen, die von öffentlicher Hand her zumindest teilweise finanziert werden. Ich bitte also Herrn Landesrat Tschernitz noch einmal, uns in dieser Frage bestmöglichst zu unterstützen. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 18.07 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Purr. Ich erteile es ihm.

Abg. Purr (18.07 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Wenn es um unseren Bezirk geht, sind wir – Kollege Kohlhammer und ich – eigentlich sehr oft einer Meinung, ich muß sagen, im großen und ganzen auch da einer Meinung. Wenn man jetzt auch den Bedarf nicht

unbedingt nachweisen kann, aber er wird gegeben sein, der Bedarf. Und wir werden dieses Landesaltenpflegeheim brauchen. Eine Bedarfsprüfung ergibt zum jetzigen Zeitpunkt aber keine 100 Pflegebedürftigen. Ich darf aber hinzufügen, daß derzeit in Eibiswald, Herr Landesrat, 98 Leute untergebracht sind, in etwa 40 aus dem Bezirk Leibnitz. Soweit ich informiert wurde, wird am LKH Leibnitz eine Pflegestation mit Unterstützung des Sozialhilfeverbandes Leibnitz entstehen, so daß zu rechnen ist, daß dann Eibiswald wieder aufnahmefähig sein wird. Was aber mich in der Aussage unterscheidet zum Kollegen Kohlhammer, ist, daß bereits in Eibiswald dieses Altersheim besteht, Strukturen vorhanden sind, es sicher richtig ist, daß es an Ausstattung fehlt, aber nach meinem Dafürhalten es sicher billiger käme, dort a) für eine bessere Ausstattung zu sorgen und b) dieses – wenn es in Frage kommt, wenn es soweit ist – bestehende Altersheim auch entsprechend zu erweitern. Haben wir zum einen dort bestehende Strukturen, und zum anderen sei nicht zu übersehen, wir befinden uns im Grenzland, und auch dieser Grenzlandraum Eibiswald braucht eine Stelle, die vom Bezirk aus bedient wird, die den Bezirk in Anspruch nimmt und auch den Bezirk versorgen kann. Das wäre jedenfalls von der Kostenseite her sicher billiger, auch in dem Fall für das Land Steiermark, und der Bestand dort könnte gleichzeitig auf den neuesten Standard gebracht werden. Bitte diese Wünsche zur Kenntnis zu nehmen und bei einer eventuellen Lösung zu berücksichtigen. Ich danke! (Beifall bei der ÖVP. – 18.09 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, mögen ein Zeichen mit der Hand geben.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

25. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 333/6, zum Antrag der Abgeordneten Günther Ofner, Gottlieb, Trampusch, Zellnig und Genossen, betreffend den Erlag einer Sicherheitsleistung durch Deponiebetreiber für Schäden.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Trampusch, dem ich das Wort erteile.

Abg. Trampusch (18.10 Uhr): Hoher Landtag!

Namens des Umwelt-Ausschusses darf ich über die gegenständliche Vorlage wie folgt berichten:

Der seinerzeitige Antrag hat die Frage enthalten, wie der Erlag einer Sicherheitsleistung für Deponiebetreiber wasserrechtlich geschieht. In der Vorlage wird dazu festgehalten, daß nach dem Wasserrechtsgesetz die Wasserrechtsbehörde dem Bewilligungswerber, soweit dies notwendig erscheint, eine Leistung in angemessener Höhe zur Erfüllung der Bedingungen vorschreibt, daß der Landeshauptmann von Steiermark als Wasserrechtsbehörde das bisher in jenen Fällen getan hat, in denen als Konsenswerber nicht Gebietskörperschaften beziehungsweise solchen nahestehende Unternehmen aufgetreten sind. Diese Sicherheitsleistungen würden dann fällig werden, wenn der Konsensinhaber einer Deponie entweder Auflagen,

Bedingungen nicht erfüllt oder überhaupt versucht, sich der Verantwortung auf Entsorgung der Sickerwässer zu entziehen.

Ich darf namens des Umwelt-Ausschusses ersuchen, diese Vorlage zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (18.11 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Bisher wurde die sogenannte Volldeponie nach der Floriani-Methode sowohl bewilligt als auch betrieben. Was heißt Floriani-Methode? Nach mir die Sintflut beziehungsweise den Abfall möglichst woanders zu entsorgen. Grundsätzlich geht das ohnedies nur auf dem Behördenweg mit Wasserrechtsbescheiden, und das Kernstück dieses Bescheides ist ja, inwieweit ist es überhaupt möglich, eine Deponie gegen den Untergrund dicht zu bekommen, und zwar mit einer absoluten Sicherheit. Es hilft nichts, wenn die Deponie fünf Jahre dicht ist, vielleicht zehn Jahre, aber dann in relativ kurzer Zeit, langfristig gedacht, in 15 bis 20 Jahren zum Safteln anfängt, das Grundwasser vernichtet wird und die Trinkwasserreserven dieses Gebietes restlos vergiftet werden. Wir haben bereits ganz konkrete Fälle. Wir haben eine wasserrechtlich bewilligte Deponie im Bereich Graz gehabt, das war die sogenannte Schleich-Deponie, eine Deponie, die nach dem Bescheid absolut dicht war, tatsächlich hat man aber jetzt mit 70 Millionen Schilling einmal ein meiner Meinung nach notdürftiges Sanierungskonzept erstellt und auch durchgeführt. Eine einseitige, halbseitige Umspundung mit Abpumpen der Grundwasserströme, und nichts anderes ist einem eingefallen, als dieses belastete und mit Sickerwässern hochvergiftete Grundwasser über Rohrleitungssysteme in die Mur zu pumpen. Das ist nichts anderes als eine Politik der Verdrängung, eine Politik des Wegleitens, die Flüsse als flüssige Müllabfuhr für die Nachfolgeschäden von gewissenlos ausgebeuteten Schottergruben und mangelhaften, fahrlässigen Behördenbescheiden. Sicher von Sachverständigen erstellt, aber im Sinne des Gesetzes nicht nur fahrlässig, sondern für die Politiker, die solche Verantwortlichkeit übernehmen müssen, eine unzumutbare Situation. Es kann eben nicht jeder Politiker, auch wenn er für die Wasserrechtsbehörde zuständig ist, ein Sachverständiger sein, der hier im Zweifelsfalle für das Grundwasser entscheidet. Daher ist die jetzige Situation, eine Deponie zu suchen und zu sagen, das ist vorrangig ein Standortproblem, absolut falsch. Die Frage wo ist Lehm, wo ist Wald, dorthin mit dem Dreck, machen wir eine Müllpyramide, die vielleicht in den nächsten 25 Jahren den nötigen Raum findet, wobei diese Deponieflächen nicht in der Lage sind, dem heutigen Müllandrang Herr zu werden. Das ist der völlig falsche Weg. Daher ist es vollkommen richtig gewesen, hier im Steirischen Landtag ein Abfallbewirtschaftungsgesetz – ich sage immer Abfall, weil für mich ist Müll bereits vermischt, für mich sind Abfälle getrennt, die wieder verwertbar sind. Also ich bleibe bei der Terminologie –, ein Abfallwirtschaftsgesetz ins Leben zu rufen, das politisch hier mit

Mehrheit beschlossen wurde und wir sehen wollen, daß im Sinne dieses Gesetzes so vorgegangen wird, daß eben Abfälle organisatorisch und auch mit einer psychologischen Beratung oder Fachberatung, sei es Müllberater, so anfällt, daß es eben verwertbar ist. Kompostabfälle durch Humusierung und Kompostdeponien in der Landwirtschaft, daß wir das Recycling vorantragen und daß es wirklich nur zu Monorestedeponien kommt, wo man genau weiß, was da drinnen ist. Wir wissen auch, daß in der Chemie, in der Verfahrenstechnik, sehr, sehr viele Möglichkeiten sind, Abfälle aus Industrie, aus Gewerbe so zu lagern beziehungsweise zu warten, bis genug Material da ist, um das einem verfahrenstechnischen Prozeß zuzuführen. Ich möchte vor allem diese ganze Chromgeschichte, die die Steiermark jahrelang, und vor allem die Presse und Strafrichter, in Atem gehalten hat, daß die doch mit einem chemischen Recycling relativ klar und überschaubar zu entschärfen ist. Wir verlangen einfach die Mülltrennung, wir verlangen, und das hat uns der Herr Landesrat für Umweltschutzfragen zugesagt, das Ende der sogenannten, wie nennen wir das, der Gesamtdeponie. Eine unüberschaubare Deponie, die kein Techniker beherrschen kann, sei es, daß man einen dichten Lehm irgendwo findet, sei es, daß man das ganze Gebiet mit Folien dichtet und sagt, das ist absolut dicht. Lehm ist nicht dicht, Lehm hat sogar hohe ökoskopische Kräfte, die das Wasser anziehen. Und wenn ein Wasser im Lehm durch den hydrostatischen Druck einmal drinnen ist, bewegt sich das Wasser in den Untergrund. Wir haben auch Wasserrechtsbescheide, wo der Sachverständige feststellt, daß ein Durchlässigkeitswert in diesem Lehm ist. Wir dürfen uns mit diesen Dingen nicht spielen. Hier zu sagen, dieser Durchlässigkeitswert ist zwar da, ist gering, ist auch falsch, weil durch die Deponiesickerwässer, durch die chemisch hochaggressiven Deponiesickerwässer dieser sogenannte Durchlässigkeitswert bei normalem Wasser sich bei Deponiesickerwasser nachweislich ändert. Und eine sogenannte errechenbare Durchlässigkeit, wo man sagt, das ist in 100 Jahren einmal durchlässig, mit dieser Hunderterpotenz in fünf bis zehn Jahren durchlässig wird. Es wird Lehm, wenn er chemisch aggressiven Wässern ausgesetzt wird, durchlässig wie lehmiger Sand. Und lehmiger Sand ist nicht viel weniger durchlässig als normaler Sand. Daher ist dieser Weg absolut falsch. Diese Deponien, sei es die Steirer-Umwelt-Oscar-Deponie eines Herrn Schöffel unten, sind bereits heute undicht. Man müßte das nur ordentlich messen. Wir sind froh, daß wir die Murwalddeponie gemeinsam, quer durch alle politischen Parteien, bis heute verhindern konnten, trotz Killerhundeeinsatz des Herrn Schöffel, die die Bevölkerung in Furcht und Angst versetzen sollten. Wir wissen heute, daß diese sogenannten Folien, auch wenn sie zwei bis drei Millimeter stark sind, undicht sind gegen chlorierte Kohlen-Wasserstoff-Verbindungen, und wir wissen auch, daß diese Folien durch diese chemisch hochaggressiven Verbindungen aufgelöst werden. Ich möchte das sprichwörtlich sagen, die werden durchlässig wie Kinderwindeln mit der Zeit. Die Frage der Entsorgung der Deponiesickerwässer ist bis heute ungeklärt. Man führt es in andere Kläranlagen, sei es von Halbenrain in die Kläranlage Wagner, dann funktioniert diese Kläranlage wieder einmal eine Zeitlang nicht, kippt um, weil diese Chemie einfach die

Mikrobiologie dieser Anlagen zerstört, umbringt. Ein ganz natürlicher Vorgang. Es ist unverantwortlich überhaupt, wenn man seitens des Betreibers, sei es die Stadtgemeinde Leibnitz oder sei es von der Behörde her, überhaupt duldet, daß diese Deponiesickerwässer dort eingeleitet werden. Für Deponiesickerwässer müßten auch chemisch mindestens sieben- bis achtstufige Entsorgungsanlagen gebaut werden. Das kostet sicher ein Schweinegeld. Aber für das, daß ja die Betreiber dort das Geld recht großzügig auf Kosten der Allgemeinheit verdienen, ist das einfach unabdingbar notwendig. Sonst werden wir mit der Frage der Deponiesickerwässer nicht weiterkommen.

Ich möchte hier sagen, ich bin sehr froh, daß vernünftige Leute in Judenburg, der ganze Gemeinderat, quer durch alle politischen Parteien, die Betreiber der Kläranlage in Frohnleiten, die Betreiber der Kläranlage, wo alle gesagt haben, aus dem Murwald kommt zu uns kein Deponiesickerwasser. Das hat dann so weit geführt, daß der Herr Schöffel dann die Bürgermeister, diese Wasserverbände klagen wollte auf Einhaltung irgendeiner lächerlichen Zusage, die vielleicht einer vor zehn Jahren einmal gegeben hat, der heute nicht einmal mehr im Amt ist. So weit darf man nicht gehen. Es ist einfach auf dem Gebiet der letzte Stand der Technik, des ökologischen Bewußtseins anzuwenden. Daher kann ich Ihnen als Bautechniker sagen, und ich glaube, ich habe eine sehr gute Ausbildung gehabt, sowohl auf der Hochschule in der Wasserwirtschaft, als auch hier in der Landesbaudirektion. Es geht dieses Problem nur technisch zu lösen. Jedes Bauwerk hat eine dreifache Sicherheit von der Norm her, und auch diese Deponien sind nicht eine Standortfrage, sondern eine Frage der dreifachen Sicherheit. Sicher kostet das etwas, es wird damit die Müllgebühr sicher nicht günstiger werden, aber im Sinne eines Gewässerschutzes und vor allem einer jederzeit kontrollierbaren, überschaubaren und auch sanierbaren Restmonodeponie ist es notwendig. Wir haben immer gesagt, ein Lamellenverfahren bautechnisch wie jede Tiefgarage, wobei die unterste Etage frei zugänglich ist, höchstens für Nachsortierung verwendet werden kann, höchstens für den Fuhrpark verwendet werden kann, aber jederzeit frei zugänglich sein muß, um allfällige Undichtigkeiten von oben nachzuinjizieren, wie es im Dichtungsbau, im Dammbau überall ist, man injiziert nach, wenn etwas undicht ist, daß man jederzeit von unten in diese Deponie hineinkommt. Kommt man nicht runter, ist die Deponie fahrlässig und vorsätzlich undicht. Das muß man heute einfach hier sagen. Ich hoffe, daß einmal ein Protokoll auch vom Sachverständigendienst des Landes gelesen wird. Denn das, was uns die Sachverständigen noch vor kurzem im Murwald aufgeführt haben, daß zwar in einem Abwasserentsorgungskonzept des Landes Steiermark gesagt wird, der Bereich dort oben ist ungeeignet, absolut ungeeignet für Abfall, weil das ganze Gebiet unterhalb ein Schottergebiet ist, für diese Trinkwasserreserve von 50.000 Menschen, einer der letzten noch intakten Trinkwasserreserven in der Obersteiermark. Und dann kommt irgend so ein schwindliger Sachverständiger, ich sage jetzt Schwachverständiger, hinaus und sagt, hier gibt es ja kein Grundwasser, da gibt es keine Messungen, wo keine Messungen sind, kann nicht sein, was nicht sein darf. Das ist vorsätzliche Grundwassergefährdung. Und das ist vorsätzliche Gefährdung der Allgemeinheit

und der Wasserressourcen, doch eines der wichtigsten Nahrungsmittel in unserer ganzen Nahrungsmittelkette. Und das ist bitte passiert. Wir haben heute Pläne, wo oberhalb Meßstellen sind und unterhalb Meßstellen. Nur im sogenannten geplanten Deponiebereich ist keine Meßstelle. Und daraus abzuleiten, wenn oben Grundwasser ist und unten, wo jeder – ich will nicht sagen, das kann heute jeder, der muß nicht einmal fachlich gebildet sein, wenn ich ein Talbecken habe und weiß, da ist Grundwasser oben und unten, dann ist es ja klar, daß auch unter dem Deponiebereich Grundwasser sein muß. Und es ist auch dort. Wir haben es nachgewiesen. Und auf Grund dieses Nachweises ist die Gemeinde vorsichtig geworden, gibt es noch keine Sondernutzung im Freiland. Nur eines muß ich auch sagen, der Bescheid des Landeshauptmannes, der Wasserrechtsbescheid ist bis heute noch rechtskräftig. Und das ist für mich – muß ich sagen – von der fachpolitischen Sicht schlechthin eine Katastrophe.

Ich fordere daher auf, auch diesen Bescheid der Wasserrechtsbehörde als den Stand der eben nicht gelungenen alten Verhandlungsweise zu deklarieren und diesen Bescheid endlich einmal aufzuheben. Und wenn, kann man von mir aus auf Grund neuer Erkenntnisse vielleicht im Bereich da oben, nicht im Murwald bitte, aber im Bereich der Region der Obersteiermark andere Standorte verhandeln. Wir sind gerne bereit, fachtechnisch mitzuarbeiten. Das sage ich immer wieder. Wir sind bereit, Verantwortung mitzutragen, wenn es um solche Deponiestandorte geht, und diesen Murwald oben als ad acta wegzulegen. Bis heute, obwohl das widerrechtlich gerodet wurde, ist das heute nicht einmal aufgeforstet. Jeder kleine Bauer, der eine Rodung macht oder eine Schlägerung, mehr als einen halben Hektar, oder eine Rodung, da kommt sofort die Forstbehörde, sofort ein Verwaltungsstrafverfahren und wird sofort aufgefordert.

Die ÖIAG heute, damals Schöffel, wurde bis heute nicht einmal dazu aufgefordert, obwohl eines interessant ist, daß die Bezirkshauptmannschaft Judenburg ja selbst diese Rodung untersagt hat und erst über den Verwaltungsgerichtshofweg von irgend ein paar schwindligen Verwaltungsjuristen, die da im Ministerium sitzen, ich würde sagen, grüner Tisch ist eine Beleidigung, an irgend einem Tisch sitzen und dann entscheiden, Bezirkshauptmannschaft, du mußt dem Herrn Schöffel die Rodungsbewilligung geben, da müßte sowieso das Ministerium diese Leute zur Verantwortung ziehen, nicht nur zur politischen, auch zur strafrechtlichen. Denn es ist klar, Gewässergefährdung mit Vorsatz oder Fahrlässigkeit gehört eben einfach dorthin. In diesem Sinne bin ich froh, daß wir die gesetzliche Grundlage haben, daß Abfälle getrennt werden, daß sie wiederverwertet werden. Es ist für mich ein Wahnsinn, Klärschlamm mit Kompost zu vermischen, problematischen Klärschlamm mit Schwermetallen zu verdünnen, mit wertvollstem Kompost, es ist sowieso ein Irrwitz, dieses Klärschlammkompostierungswerk in Gössendorf, was sich die Stadtwerke-AG., der Herr Gartel und Konsorten und Genossen hier vorgestellt haben, ist sowieso ökologisch und umweltpolitisch schlechthin ein Wahnsinn. Wenn es um die Sicherstellung der Deponie geht, ist für mich die beste Sicherstellung die dreifache Sicherheit, denn Sie können auch keinem sagen, der ein

Haus baut, jetzt muß er der Behörde ein Geld hinterlegen, damit sein Haus nicht zusammenbricht. Es ist einfach notwendig, einmal hier von der technischen Warte her vorrangig durchzubrechen und nicht nur diese alte Politik des Lebens und des Waldes, diese sogenannte Müll- und Waldpolitik, dieser nachzugehen. Gott sei Dank gibt es in der Steiermark vernünftige und verantwortliche Kräfte, die das mit allen Möglichkeiten versuchen zu verhindern, soweit es überhaupt noch am Rechtsweg verhinderbar ist. Grundsätzlich ist es so, die Deponiebetreiber wissen ja genau, was sozusagen nach dieser Deponierung übrig bleibt. Sie kennen die Gefahren genau. Sie machen auch nur Pachtverträge, bitte. Ich habe gestern mit einem Anwalt gesprochen, der da unten für Stürgkh das verpachtet. Der Herr Schöffel und die ÖIAG haben ja nur Pachtverträge, nur Müll dort hinzuschmeißen. Freilich war nur ein unbedenklicher Müll damit gemeint. Daß heute Filterstäube aus Salzburg kommen und dann irgendeiner von den Alternativen schreit „ist keine Gefahr“, vorher rennt er zur Staatsanwaltschaft und nachher sagt er keine Gefahr, und dann wir, der Herr Landesrat sozusagen fast, daß man glaubt, daß da etwas nicht stimmt, dann klagt der Herr Schöffel noch. Das ist auch eine verantwortungslose Politik. In Filterstäuben in jedem Transportwagen können die Dioxine drinnen sein. Das heißt, es ist ganz richtig, unten eine Kontrollstelle einzurichten. Es ist nicht richtig, daß seitens der Wasseraufsichtsbehörde, der Bezirkshauptmannschaft, ein Beamter dort jede Fuhre kontrolliert und stichprobenartig Messungen macht. Denn wie arbeitet die Müllmafia in Amerika? Das ist nur ein harmloser Filterstaub, und dann irgendwo hineingeschoben sind die ganzen Dioxine. Und eines muß ich sagen, bei Dioxinen genügt heute ein Millionstelgramm, um einen Menschen umzubringen. Ein Gramm in einem Trinkwasser oder irgendwo nicht richtig entsorgt, genügt eben für eine Millionenstadt. Das heißt, die Brisanz ist einfach da. Keine Einflußnahme? (Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Haben wir! Bitte mir konkret zu sagen, wir gehen jedem Fall nach, was ungesetzlich war!“)

Ich bin gerne zur Beratung bereit, auch aus dem Hintergrund. Tatsächlich ist es so, daß diese Müllmafia – ich sage es noch einmal – den Grund von Landwirten pachtet, die völlig falsch informiert werden, mit Rechtsanwältinnen wie dem Eisenberg, daß er aber mit dem Pachtvertrag sämtliche Verantwortung übernimmt, der Bauer, nicht der Herr Schöffel. Die Verantwortlichkeit bleibt im Österreichischen Recht schon beim Grundbesitzer. Und was läuft dann? Diese ganzen GesmbHs., er kann jederzeit seine GesmbH auflösen und kann sagen, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, jetzt ist sie nicht mehr, sucht euch die Haftung, wo ihr sie findet. Und dann haben wir in der Steiermark lauter solche Deponien, Schleich-Deponien, weil eigentlich verantwortlich wäre der Grundbesitzer, der Herr Gemeinderat Schleich. Er gehört Ihrem ÖVP-Lager an. Sicher hat man dann gesagt, der Herr Schleich kann nicht 70 Millionen jetzt hernehmen, dann wäre er wirtschaftlich ruiniert. Dem helfen wir politisch. Bitte, wie wollen Sie politisch da unten helfen? Die Deponie ist undicht, die Deponie ist undicht, die Deponie ist undicht, und dann sagt einer, warum. Zwar haben wir einen Umweltschutzfonds, aber wir haben viel zuwenig Geld. Es sind 40 Millionen

oben, wenn man heute alle Altlasten saniert, braucht man wahrscheinlich schon Milliarden. Daher glaube ich einfach, und ich bin überzeugt, daß es nur technisch mit dreifacher Sicherheit lösbar ist, und es ist vielleicht vornehm zu sagen, der Deponiebetreiber soll einen Obolus leisten, wenn seine Deponie einmal hin ist, daß die öffentliche Hand das sanieren kann, weil er kann sich jederzeit sozusagen „entschleichen“ aus der Verantwortlichkeit, wenn man das da unten betrachtet, oder verflüchtigen. Das ist sicher ein vornehmer Gedanke, daß man dann ein Geld hat. Aber bitte, was kostet es heute, eine Deponie umzuarbeiten, einen Müllberg, einen fauligen, schlammigen, stinkenden Berg mit 30 Meter Höhe, eine Pyramide, das kann ja kein Mensch bezahlen. Das ist ja unmöglich, das ist einfach praktisch gar nicht möglich. Und Sie können gar nicht soviel Geld zurücklegen, daß wirklich diese Sicherstellung da ist. Das geht nicht. Daher, Herr Landesrat, noch einmal, wir sind gerne bereit, bei technischen Konzepten mitzuarbeiten, wir sind gerne bereit, bei diesen ganzen Müllwirtschaftsregionalverbänden oder wie sie alle heißen mitzuberaten, Stimmrecht haben wir keines, heute noch, wir haben gerade heute ein Telefonat aus der Obersteiermark, die Gemeinderäte werden da nicht einmal dazu eingeladen. So fängt es an.

Das ist ungesetzlich. Ich bin Gemeinderat in Weinitzen. Ich bin bis heute nicht einmal informiert worden, wann, wie, was. Man soll nie von sich auf andere schließen, aber warum soll ich Namen preisgeben. Mein Fall genügt. Ich bin noch nie eingeladen worden. Dabei könnte man gerade, was den Bereich Graz-Umgebung betrifft, sehr, sehr viel positiv mitarbeiten. Man soll versuchen, das selbst zu machen, und ich sage, es ist mein Fachgebiet, und ich arbeite gerne mit, aber keine politische Mitarbeit. Es wird halt so weitergehen wie eh und je, und dann ist auch dieses Gesetz nicht dort, wo wir es gerne hätten.

Ich akzeptiere Ihren Wunsch, daß es so gemacht wird. Ich bin überzeugt, daß Sie schon an die Verbände geschrieben haben, daß es in Zukunft so gemacht wird. Ich gestehe Ihnen sicher guten Willen zu, das wissen Sie genau. Wir müssen jetzt in der Planung, vor allem im Bau, es muß wirklich auch diese Deponie mit Geldern des Wasserwirtschaftsfonds bezahlt werden. Das ist nicht möglich, daß ein Privater das macht. Dafür haben wir Steuergelder, dafür haben wir einen Wasserwirtschaftsfonds, und es steht auch drinnen, alles, was zum Schutz von Wasserreserven, und die Deponie ist das Urproblem für Grundwasser, notwendig ist, soll Minister Dipl.-Ing. Riegler jetzt als Verantwortlicher für den Wasserwirtschaftsfonds sagen, jetzt machen wir neue Richtlinien, auch Deponien kommen hinein, und wir fördern das mit 80 Prozent oder subventionieren das mit 50 Prozent, und das andere machen wir rückzahlbar auf Grund der Einnahmen. Aber es geht nicht anders. Für was sollen wir Steuer zahlen, für was geht das Geld nach Wien, für was haben wir dort Minister, daß wir nichts zurückbekommen, das ist zuwenig. Danke. (18.35 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

26. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 379/4, zum Antrag der Abgeordneten Erhart, Freitag, Gennaro, Gottlieb, Hammer, Hammerl, Herrmann und Genossen, betreffend die Behandlung wesentlicher unerledigter SPÖ-Anträge der XI. Gesetzgebungsperiode.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Franz Trampusch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Trampusch (18.35 Uhr): Hohes Haus!

In der gegenständlichen Vorlage werden jene Anträge aufgeführt, die am 19. April 1988 in einem Antrag zur Behandlung urgiert worden sind. Von diesen 21 Anträgen ist inzwischen ein Teil erledigt. Für andere liegen Zwischenantworten vor. Die Diskussion im Verfassungs-Ausschuß hat ergeben, daß die Vorlage zur Annahme empfohlen wird, daß aber Mittel und Wege zu suchen sind, daß eingebrachte Anträge, von welcher Partei immer sie kommen, einer rascheren Erledigung für das Hohe Haus zugeführt werden. Ich bitte in diesem Sinne um Annahme dieser Vorlage. (18.36 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Schoiswohl. Ich erteile es ihr.

Abg. Schoiswohl (18.36 Uhr): Frau Präsident, sehr geschätzte Damen und Herren!

In meiner Wortmeldung möchte ich auf die in unserem Bezirk Liezen zum Teil noch sehr schlechten Verkehrsverbindungen hinweisen, obwohl Anträge im Steiermärkischen Landtag eingebracht wurden, Straßen auszubauen oder zu verbessern, doch diese zum Teil noch keiner Erledigung zugeführt wurden. So ist es dringendst erforderlich, daß die seit 15 Jahren geplante Bundesstraße von Trautenfels nach Liezen Wirklichkeit wird, zumal auch im letzten Jahr der Verkehr auf dieser Straße entgegen geäußerten Prognosen wiederum um 5,9 Prozent zugenommen hat. 27.000 Fahrzeuge, davon 1400 Lkw, sind die Spitzenwerte, die bei der Meßstelle in Stainach angezeigt wurden. Ich möchte der Kollegin Gundi Kammlander vorschlagen, ihren Wohnsitz in dieses von ihr bezeichnete Nadelöhr zu verlegen und so vor Ort in der Hauptreisezeit mitzuerleben, was sich auf diesen nicht ausgebauten Straßen abspielt, und dann von ihr erfahren, ob sie noch gleicher Meinung ist, daß Engstellen der Pyhrnstrecke erhalten bleiben müssen. Fast täglich werden Mitmenschen, die an dieser Straßenroute wohnen, mit großen menschlichen Schicksalsschlägen konfrontiert. Die Obersteiermark ist eine wirtschaftliche Krisenregion, und Neuansiedelungen von Betrieben sind im wesentlichen von der infrastrukturellen Ausstattung der Verkehrswege abhängig. Daher zeigt sich einmal mehr, daß der durchgehende zweigleisige Ausbau der Schoberpaßstrecke, der Ausbau der Pyhrnautobahn in Richtung Linz-Passau sowie ein leistungsfähiges Schienennetz durch das Ennstal bis Bischofshofen und die Errichtung eines Terminals für den Huckepack- und Containerverkehr im Bezirk Liezen von großer Bedeutung wären. Bei guten Verkehrsverbindungen ergeben sich auch bessere Möglichkeiten für den Fremdenverkehr. Und da dem Fremdenverkehr in unserem Bezirk große Bedeutung zukommt,

möchte ich auch auf einen Antrag hinweisen, daß die Straßen im nordöstlichen Teil unseres Bezirkes, im Bereiche Palfau, Großreifling und Landl, sich zum Teil noch in einem ganz besonders schlechten Zustand befinden.

Ich ersuche die Verantwortlichen, alles zu tun, daß die nicht erledigten Anträge betreffend den Ausbau der Verkehrswege raschest zu einer Erledigung gelangen. (Beifall bei der SPÖ. – 18.38 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kohlhammer. Ich erteile es ihm.

Abg. Kohlhammer (18.39 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als Abgeordneter des Grenzbezirkes Deutschlandsberg, eines Bereiches, der geographisch gesehen abseits liegt und daher wirtschaftlich zurückgeblieben ist und trotz aller Förderungsmaßnahmen den Abstand zu anderen Regionen bisher nicht verringern konnte, trete ich, seit ich politisch tätig bin, und das sind jetzt im Landtag auch schon 15 Jahre, besonders nachdrücklich dafür ein, daß die Infrastruktur verbessert wird, daß insbesondere das Verkehrswegenetz beziehungsweise die Verkehrsbedingungen verbessert werden und schließlich daß wir an das überregionale Verkehrsnetz besser angeschlossen werden. Ich könnte jetzt viele Unzulänglichkeiten aus dem Bezirk diesbezüglich und insgesamt schildern. Ich möchte das aber heute nicht tun, sondern nur den Vergleich herstellen und behaupten, daß die Steiermark in bezug zu anderen Bundesländern praktisch in der gleichen Situation ist. Leute allen Ausbildungsstandes arbeiten woanders, weil die gut florierende Wirtschaft und damit der höhere Lebensstandard eben woanders stattfinden. Unsere Anträge zum Verkehr zielen darauf ab, daß die entsprechenden Maßnahmen getroffen werden, um irgendwann eine Chance zu haben, auch bei uns diese Nachteile einmal auszugleichen. Welche Verkehrswege wollen wir? Wenn wir es uns aussuchen können, wollen wir, die überwiegende Mehrheit zumindest, die Bahn. Und zwar eine neue Bahn, eine neue Bahn 2000 im umfassenden Sinn, betreffend Anlagen, Betriebsmittel und auch Betriebsführung beziehungsweise im Service, wie es so schön heißt. Nun gehe ich davon aus, daß ich Ihnen bisher nichts Neues gesagt habe. Umso erstaunlicher ist es für mich, daß in dieser Verkehrsfrage man noch immer nicht zusammengefunden hat und die Kraft der Steirer, soweit sie noch vorhanden ist oder wieder vorhanden ist, dafür einsetzt, große Lösungen für uns voranzubringen. Ich schließe mich jenen an, die für die rasche Fertigstellung der Pyhrnautobahn eintreten. Allerdings ist es richtig, daß dann nicht nur Autos darauf fahren und Fahrzeuge darauf fahren, die zu uns kommen und von uns kommen, sondern auch jene, die nur durchfahren wollen. Wenn wir aber die einen haben wollen und die anderen nicht, dann hilft meiner Meinung nach nicht ein unausgebautes Teilstück und ein Nadelöhr in der Strecke, sondern eine Parallellösung. Ich meine damit eine fertige und leistungsfähige Bahnverbindung und Maßnahmen, die Fracht auf diese Bahnstrecke zu bringen. Dies gilt natürlich für jede Himmelsrichtung, vor allem in jene Himmelsrichtungen, wo der wirtschaftliche Anschluß stattfindet. Die Scho-

berpaßstrecke ist zwar außer Streit, die Trassierung der Pyhrnbahn nördlich von Micheldorf ist für eine Lokalbahn ausgelegt, die nach Meinung des Eisenbahnexterten Prof. Dr. Rießberger nicht geeignet ist, einen massiven Verkehr aufzunehmen. Er schlägt vor, über Wels nach Passau die Nabelschnur in die BRD zu eröffnen. Die Oberösterreicher zeigen sich nicht erfreut. In Anbetracht der Bedeutung für uns Steirer sind jedoch alle Anstrengungen es uns wert, damit doch eine Lösung gefunden wird, allerdings scheint mir, daß es bisher mehr ein Privat Anliegen des Herrn Prof. Rießberger bleibt. Der Semmeringtunnel ist zwischenzeitlich wieder umstritten. Der massive Einsatz der Steiermärkischen Landesregierung für ihn erfolgt unserem Eindruck nach jedenfalls sehr einseitig, nämlich überwiegend durch Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross. (Abg. Pinegger: „Ein kleiner Irrtum!“) Die Einbindung des Wirtschaftsraumes Graz durch einen Korallpentunnel war bisher eher als längerfristige Absichtserklärung gewertet. Gerade diese Aufschließung hin zum norditalienischen Raum, der als Expansionsgebiet im Zuge des gemeinsamen Wirtschaftsraumes der EG gesehen wird, erscheint für Graz, mittelfristig gesehen, nicht nur interessant, sondern es ist umgekehrt so, daß die wirtschaftliche Entwicklung woanders stattfinden wird, nämlich dort, wo die Infrastruktur stimmt und besser ist. Graz und mitbetroffen die gesamte Mittelsteiermark, die Oststeiermark, die Süd- und Weststeiermark beziehungsweise Hunderttausende Arbeitnehmer aus diesem Wirtschaftsraum erwarten von den Politikern rechtzeitige – ich betone – rechtzeitige Lösungsansätze, Vorschläge, und daß wir uns dafür einsetzen, daß diese Vorschläge realisiert werden, damit der Zug der Zeit nicht an uns vorbeifährt. Die Streckenführung der GKB hinaus nach Wies-Eibiswald wäre so ein Beispiel für eine Fehlplanung und Fehlumsetzung. Seinerzeit hat man den Fuhrunternehmern das Ohr geschenkt, die nicht wollten, daß die regional wichtigen Ortschaften aufgeschlossen wurden. Heute greift man sich an den Kopf, daß das passiert ist, und ich wünsche der Stadt Graz und uns allen, daß das nicht noch einmal in größerer Ordnung passiert.

Meine Damen und Herren, ich muß wirklich feststellen, daß wir immer wieder über diese Verkehrsfragen reden und sich mehr oder weniger leidenschaftlich die Politiker dafür einsetzen, das tatsächliche Handeln aber kommt eher der Fahrt eines „Schnackerlzuges“ gleich. Die Abgeordneten dieses Hohen Hauses haben, ganz allgemein gerechnet, an die 40 Anträge eingebracht, die zum Thema Verkehr noch unerledigt sind. Ich darf für die SPÖ-Fraktion sagen, daß wir uns sehr, sehr bemüht haben, konkrete Anträge zu stellen. Leider ist es so, daß im Bereich Verkehrswege vom föderalistischen Geist der Steirer nicht sehr viel zu spüren ist. Wir sollten aber nicht warten, bis den Wienern etwas dazu einfällt, bis die eine Priorität reihen und wir dann womöglich dagegen sind, sondern wir sollten von uns aus ganz konkrete Konzepte entwickeln, sie abstimmen und eben gemeinsam in Wien vertreten. Herr Vizekanzler Dipl.-Ing. Riegler hat in der Vorwoche anlässlich einer Raumordnungskonferenz in Wien recht stolz darauf hingewiesen, daß es einen Beirat in Raumordnungsfragen gibt und daß gerade deshalb diese Frage Raumordnung in der Steiermark so gut funktionieren würde. Es gibt auch

andere Beispiele, wo die Zusammenarbeit gut funktioniert, wo es auch die Einrichtungen von Beiräten gibt, und wieder sehr erstaunlich, gerade in Verkehrsfragen darf der nicht stattfinden. Seit Jahren verlangen wir die Einsetzung eines Beirates, der eben diese Koordination vornimmt, der von vornherein sicherstellt, daß die steirischen Interessen in Einklang gebracht werden, bevor man an den Bund mit einer Forderung für Maßnahmen für und in der Steiermark herantritt. Der vom Herrn Landeshauptmann oftmals bestens qualifizierte Hofrat Dipl.-Ing. Theußl lehnt Teamarbeit beziehungsweise Zusammenarbeit ganz offen ab, und nachdem er das tun darf, muß ich wohl den Herrn Landeshauptmann dafür verantwortlich machen. Jahre vor diesbezüglichen Anträgen von uns sind nutzlos verstrichen. Ein Jahr vor Hofrat Theußl nach unserem Antrag ist nutzlos verstrichen, und ein Jahr mit Hofrat Theußl ist hoffentlich nicht nutzlos verstrichen, allerdings ist uns bis jetzt kein Arbeitsergebnis bekanntgeworden. Anlässlich der letzten Budgetdebatte hat Herr Hofrat Theußl mir persönlich versichert, daß im Jänner 1989 eine Information erfolgt. Wir haben jetzt Juni 1989. Sehr geehrte Damen und Herren, wenn das Land Steiermark als Armenhaus Österreichs bezeichnet wird, was die ÖVP-Kollegen nicht so gerne hören, dann sind die Ursachen dafür verschiedener Natur. Allerdings, wenn es uns und den zuständigen Herrschaften in der Landesregierung nicht gelingt, uns aus diesem Abseits wieder herauszuführen, dann ist es zumindest in dem Maß ihre Verantwortung, als sie es hätten tun können. Ich gehe davon aus, daß hier Möglichkeiten brachliegen.

Meine Damen und Herren, wenn ich Ihnen ein paar konkrete Beispiele noch zum Thema Verkehr sagen darf, wie die steirische Übung ist. Beispiel: Verkehrstarifverbände. Seit acht Jahren, seit 1981, liegt eine Konzeption, für Graz zumindest, in der Tischlade des Landes. Betroffen von Umweltproblemen, wird dann ein Smogalarm organisiert, damit die Politiker draufkommen, daß man etwas für den Verkehr und gegen den Smog tun muß. Oder nehmen wir die Umfahrungsstraßen. Es werden Umfahrungen geplant und sind betroffene Bürger wie üblich dagegen, und dann wird diese Umfahrung schubladiert beziehungsweise einfach nichts mehr unternommen. Beispiel: Rassach, um in meinem Bezirk zu bleiben, Beispiel Groß St. Florian. Und auch die Wirtschaftsförderung ist ein Beispiel für mich, wo man überlegen muß, in welcher Form sie wirkungsvoller ist. Ich erinnere mich an einen Betriebsbesuch bei einer großen Holzverwertungsfirma in unserem Bezirk. Der Betriebsinhaber hat gemeint, bringt uns eine anständige Eisenbahnverbindung, einen anständigen leistungsfähigen Transportweg, und ihr könnt alle anderen Wirtschaftsförderungsmaßnahmen einziehen. Die sind bedeutungslos im Verhältnis dazu, daß der Verkehr eben entsprechend organisiert wird.

Ich möchte abschließend unseren mehrfach vorgebrachten Appell noch einmal wiederholen und vorschlagen und verlangen, daß in der Steiermark für diesen Bereich Verkehr auch ein Gremium befaßt wird, ob das nun Beirat heißt oder wie immer, das die Vorschläge, die es gibt, zusammenträgt, das Impulse von sich aus in die Richtung setzt, daß entsprechende Studien, daß entsprechende Arbeiten in Angriff

genommen werden, so daß wir in der Lage sind, den Regierungsmitgliedern der Landesregierung zu helfen, einen großen Schritt in die Zukunft zu tun. Wir brauchen einfach diese Initialzündung für die Steiermark und machen uns verantwortlich, wenn wir diesbezüglich nicht das Optimum tun. Danke schön! (18.52 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Maitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Maitz (18.52 Uhr): Verehrte Frau Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte den Negativbeispielen des Herrn Kollegen Kohlhammer ein positives entgegenhalten und ihm insofern Hoffnung machen, als diese positiven Beispiele und die gemeinsame Sicht der Dinge nunmehr doch in die Richtung gehen werden, die wir uns vielleicht auch gemeinsam vorstellen. Sie können sich sicher daran erinnern, wie der Streit Süd- gegen Pyhrnautobahn getobt hat in der Steiermark, nicht nur medial, sondern auch hier im Hause, und auch weit über das normal sachliche Maß hinweg. Damals hat Herr Landeshauptmann Dr. Krainer ganz klar und eindeutig und zuerst fast utopisch vertreten und gesagt, wir wollen beide Verbindungen, wir brauchen beide Verbindungen, und wir haben sie jetzt bitte, bis auf Teilstücke, die noch kommen werden. Das war eine klare Haltung und eine klare Linie. Auch damals haben Sie schon gemeint, er verhindere durch mangelnde Verkehrspolitik bestimmte Dinge in der Steiermark. Das war und ist nicht der Fall. Wir waren gemeinsam konsequent und haben gemeinsam beides erreicht. Ich habe hier schnell eine Skizze gemacht während Sie gesprochen haben. Natürlich ist es auch bei der Eisenbahn so. Wir wollen die Verbindung München–Stuttgart–Wels–Selzthal–Graz und hinunter in den slowenischen und kroatischen Raum mit der Eisenbahn entsprechend ausgebaut, wir wollen aber auch die Verbindung Wien–Semmering–Bruck–Graz und der Koralmtunnel in den oberitalienischen Industrieraum. Das heißt, wir wollen und wir werden, wenn wir es gemeinsam anpeilen, auch beides erreichen. Ähnlich wie bei den Autobahnen Süd und Pyhrn. Nicht, daß wir uns gegenseitig ausspielen und sagen, was gescheiter wäre, wenn. Ich glaube, es war auch gar nicht so gemeint. Aber wir wollen die Verbindung Wien–Bruck–Graz–Koralm in den oberitalienischen Raum, und wir wollen die Verbindung von München–Stuttgart–Wels–Selzthal–Graz und hinunter nach Slowenien und Kroatien. Und wenn wir uns darauf einigen können, daß wir, wie seinerzeit, auch hier bei der Bahn gemeinsam so vorgehen, dann sind wir gemeinsam stark, und um das ersuche ich Sie. (Beifall bei der ÖVP. – 18.53 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Freitag. Ich erteile es ihm.

Abg. Freitag (18.53 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich möchte an das nahtlos anknüpfen, was mein Vorredner, der Kollege Kohlhammer, begonnen hat. Ich möchte aus der Sicht des Bezirkes Feldbach Verkehrsprobleme aufzeigen, die leider noch immer

nicht gelöst worden sind, obwohl wir immer wieder auf die Problematik aufmerksam gemacht und hingewiesen haben. Ich habe schon im Vorjahr bei der Budgetdebatte auf die schwierige wirtschaftliche Situation in unserem Grenzlandbezirk Feldbach hingewiesen, die auch dazu führt, daß die Pendlerquote sehr hoch ist. Das heißt also, zirka 8000 Auspendlern stehen rund 1500 Einpendler gegenüber. Unsere Pendler bewegen sich noch immer auf Straßen, die schlicht und einfach als unzumutbar zu bezeichnen sind. Ich denke in erster Linie an die B 73 von Kirchbach nach Graz, die täglich von zirka 4000 Pendlern befahren wird und wo jetzt erst mit dem Ausbau begonnen werden soll.

Meine Damen und Herren, so erfreulich die Tatsache ist, so kommt dieser Ausbau leider schon um Jahre zu spät, da es in unserer Region nicht gelungen ist, eben wegen dieser mangelnden Verkehrsinfrastruktur Betriebe anzusiedeln. Diese haben sich leider in der Zwischenzeit woanders angesiedelt.

Ein weiteres Problem, das für gehörigen Zündstoff sorgt, ist der Weiterbau der sogenannten Raabtaltrasse von Feldbach nach Studenzen. Nach der Fertigstellung der Umfahrung von Feldbach mündet diese Straße in die B 68. Nach zahlreichen Planungen, anfangs gab es sechs Varianten, sind nun zwei Varianten in die engere Wahl gezogen worden. Doch beide Lösungsvarianten stoßen auf Widerstand seitens der Bevölkerung und ist leider bis heute noch nicht entschieden, welcher Variante schließlich wirklich der Vorzug gegeben werden soll. Mit anderen Worten, die Bevölkerung erwartet sich, daß hier sehr rasch eine politische Lösung getroffen werden muß. Doch weder der zuständige politische Referent Landeshauptmann Dr. Krainer, noch der steirische Straßenkoordinator Hofrat Theußl sind dazu in der Lage, obwohl der innerstädtische Verkehr in der Bezirksstadt Feldbach, wenn die Weiterführung der Umfahrung nicht bald fertiggestellt wird, zu ersticken droht beziehungsweise das geplante Stadtverkehrskonzept nie zum Tragen kommen wird. Weitere Probleme sind die Umfahrung von Bad Gleichenberg und Brunn-Johnsdorf, wo sich auch schon Bürgerinitiativen gebildet haben und mit Straßenblockaden drohen, wenn es nicht bald zu Verhandlungen mit der betroffenen Bevölkerung kommt. Einen wahren Schildbürgerstreich leistete sich der ehemalige Bundesminister Graf, als er kurzerhand die Rechtsabbiegespur von Gniebing nach Feldbach, die von seinem Vorgänger Übleis genehmigt wurde, aus Kostengründen strich. Jetzt erst, nachdem es schon mehrere Verkehrsunfälle und leider einen Toten gegeben hat, wurde diese Abbiegespur nachträglich wieder vom jetzigen Bautenminister Schüssel genehmigt. (Präsident Dr. Kalnoky: „Ich bitte, die Nebengespräche im Flüsterton abzuhalten!“) Ich danke für die Unterstützung, Frau Präsident.

Meine Damen und Herren, ich komme schon zum Schluß. 1995 soll die Weltausstellung in Wien und Budapest stattfinden. Die Steiermark möchte natürlich davon profitieren, nämlich, daß auch Gäste zu uns in die Steiermark kommen. Doch dazu müßten die Straßen wie auch die Ostbahnstrecke der ÖBB raschest modernisiert werden, das heißt, vordringlich ist die rasche elektrifizierte ÖBB-Verbindung von Graz über Fehring nach St. Gotthard und Budapest. Es ist mir natürlich klar, daß hier bilaterale Abkommen zwischen

Österreich und Ungarn stattfinden müssen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch darauf aufmerksam machen, daß es auch hier diesbezüglich einen Antrag am 9. Mai 1989 im Höhen Haus gegeben hat, der von Abgeordneten der ÖVP wie auch von Abgeordneten der SPÖ eingebracht worden ist. Es gilt daher jetzt, jede Möglichkeit zu nützen, um den Anschluß im wahrsten Sinne des Wortes nicht zu verpassen beziehungsweise zu verlieren. Damit wollte ich nur kurz anhand dieser wenigen Beispiele aufzeigen, wie planlos und ohne Zukunftsperspektiven und ohne Koordination bei uns Verkehrspolitik betrieben wird und sich jahrzehntelange Versäumnisse jetzt bitter rächen. Ich fordere daher Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer als den politischen Referenten und den Straßenkoordinator, Herrn Hofrat Dipl.-Ing. Theußl, auf, sehr rasch ordentliche Lösungen der Bevölkerung anzubieten, damit in Zukunft die Androhungen von Protesten und Blockaden erspart bleiben mögen und wir den Anschluß an den europäischen Raum im wahrsten Sinn des Wortes nicht versäumen. Ich danke. (Beifall bei der SPÖ. - 19.00 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Herrmann. Ich erteile es ihm.

Abg. Herrmann (19.00 Uhr): Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Am 19. April 1988 haben wir einen Antrag gestellt, daß die Landesregierung bei der Bundesregierung vorstellig wird, damit die sogenannte Nebenbahnverordnung abgeändert wird. In dieser Nebenbahnverordnung wird die Einstellung des Personenverkehrs ab 1991 auf der Strecke Fehring und Friedberg geplant und im Jahre 2001 der Lastverkehr. Da nun in zwei Jahren schon die Einstellung des Personenverkehrs droht, bin ich verwundert, daß nun 14 Monate vergangen sind, daß eben dieser Antrag behandelt wurde. Auch wir kämpfen in unserem Bezirk um die Arbeitsplätze, da wir eben ein Arbeitsplatzdefizit von 8200 Arbeitsplätzen haben, und für 2000 ist uns ein Arbeitsplatzdefizit von 12.000 prognostiziert, trotzdem, daß sehr viele junge Leute in diese Gebiete, in der sie Arbeit finden, abwandern. Außerdem ist es verwunderlich, da jetzt immer mehr geplant ist, die Umstellung von der Straße auf die Bahn aus Umweltgründen. Ich möchte hier nur ein Beispiel bringen, wie es meiner Meinung nach ein Schildbürgerstreich ist. Die Firma Borkenstein hat einen Vertrag mit der ÖBB, angeblich vier Jahre, daß das Rohmaterial mit der Bahn zur Fabrik geliefert wird. Trotzdem hat die ÖBB die Nebenbahn von Bierbaum nach Neudau eingestellt. Und nun werden die Waggons an drei Tagen in der Woche in Sebersdorf auf Tieflader verladen und über eine zwölfprozentige Steigung, über die sogenannte Pernerleiten, nach Neudau transportiert. Ist die Straße naß, muß an dieser Steigung ein zweiter Vorspann vorgespannt werden, da eine Zugmaschine rutscht. Angeblich soll der Transport für ein Jahr soviel ausmachen, als die Sanierung dieser Strecke ausgemacht hätte. Meiner Meinung nach ist das ein großer Schildbürgerstreich. Wir wollen daher, daß nicht dies auch in unserem Bezirk passiert. In diesem Sinne wünsche ich mir, daß dieser Antrag im Herbst sofort behandelt wird. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. - 19.02 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber hat sich für eine Minute gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (Abg. Kanduth: „Das gibt es nicht!“) Gibt es nicht, sagt der Richard. Es wird noch kürzer. Wenn's die Anträge der Genossen schneller gemacht hätten, dann hätten wir uns den ganzen Sermon erspart. Danke!

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile es ihm.

Abg. Gennaro (19.03 Uhr): Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Trotz fortgeschrittener Stunde glaube ich, zu diesem Thema, zu diesem Antrag dementsprechend etwas ausführlicher Stellung nehmen zu müssen. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Wirst du meinen Rekord im Dauerreden brechen?“) Nein, soviel strapazieren wollen wir das auch wieder nicht. Aber wir begnügen uns mit ein paar Minuten. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Wenn ich genauer beraten gewesen wäre, hätte ich drei Tage geredet!“) Es ist natürlich sehr traurig, wenn Anträge, die die gesamte Steiermark betreffen, und speziell auch, was die Verkehrssituation betrifft – Nahverkehr, Verkehrsverbund –, die Situation der Stadt Graz – das sind sicherlich wichtige Problemstellungen für die Steiermark –, liegenbleiben, weil Anträge von der SPÖ kommen und behandelt werden sollten. (Abg. Dr. Maitz: „Weil sie nichts heißen haben!“) Ich würde Ihnen empfehlen, daß Sie unsere Anträge genau studieren, dann kommen Sie schon darauf, daß da sehr Sinnvolles dran ist. Nur wollen Sie es nicht wahrhaben, weil Sie es politisch nicht verkaufen können!

Und wenn in Sonntagsreden, meine Damen und Herren, von Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer zum Beispiel am 22. Jänner in der Früh, man im Radio die Bereitschaft zum Personen- und Nahverkehr hören konnte, daß man das fördern will, dann möchte ich nur sagen, ich hoffe nur, daß die Worte des Herrn Landesrates Dipl.-Ing. Schaller, der ist jetzt leider auch nicht da, auch nicht nur eine Sonntagsrede sind, die er in der Neuen Technik diesbezüglich gemacht hat, denn wenn man sich öffentlich zur Förderung des Nahverkehrs bekennt und dann wiederum nichts tut, meine Damen und Herren, dann ist das für mich das ärgste Übel. In einem Satz einer Planungsstudie für den Verkehrsverbund Graz und Umgebung steht wörtlich: „Keine Entscheidung für eine Verbesserung des öffentlichen Verkehrs zu treffen, ist eine Entscheidung gegen den Verkehrsverbund und gegen den Personennahverkehr.“ Ich glaube, diesen Satz müßte man allen verantwortlichen Politikern, die nur öffentlich davon reden und nicht handeln, ins Stammbuch schreiben. (Abg. Dr. Maitz: „Bürgermeister Stingl zum Beispiel!“) Wie verhält sich das wirklich, meine Damen und Herren? Die SPÖ war es, die 1976 die Nahverkehrsmilliarde eingeführt hat. Ich zitiere das nur im Telegrammstil. Alle Bundesländer nehmen diese Förderung des öffentlichen Verkehrs in Anspruch. Vorarlberg zum Beispiel erhält aus diesem Topf eine Milliarde österreichische Schilling. Die von der ÖVP regierte Steiermark beteiligt sich zum Vorteil aller

anderen Bundesländer nicht daran. 1986 tritt die ÖVP in die Regierung ein, der Nahverkehrsmilliarde wird durch die Aufhebung der Zweckbindung der Todesstoß versetzt. SPÖ und ÖVP einigen sich über die Aufteilung jener Mittel, die für den Straßenbau und die Neue Bahn bereitgestellt werden wollen. Der Beschluß über die Straßenbaumittel wird herbeigeführt. Und bei den Mitteln für die Neue Bahn legt sich die ÖVP zeitweise quer. Meine Damen und Herren, zur Erzielung eines größtmöglichen Nutzens für die Bevölkerung ist die optimale Abstimmung aller Verkehrsträger der einzelnen Bedienungsräume in technischer, betrieblicher Hinsicht und tarifmäßig erforderlich. Und die jüngsten Verhandlungen haben wieder gezeigt, daß es kein Ergebnis gebracht hat. Die Kritik des Herrn Landeshauptmannes Dr. Krainer an der Aufteilung der Nahverkehrsmilliarde zeigt eindeutig auf, daß er am wahren Sinn vorbeiredet. Denn verteilt – das wissen wir alle – wird nur ein kleiner Teil, nämlich zirka 15 Prozent. Und dafür gibt es einen ganz klaren Aufteilungsschlüssel. Und der wesentlich größere Anteil der Nahverkehrsmilliarde, zirka 60 Prozent, wird für Projekte des Nahverkehrs bereitgestellt. Voraussetzung dafür ist aber, es gibt ein Projekt, und das Land übernimmt 20 Prozent der Kosten. Eine Abdeckung des Defizites war nie vorgesehen und hätte das Land Steiermark, genau wie alle Bundesländer, einen Vertrag mit dem Bund vereinbart, so würden die jetzt vom Land Steiermark zur Verfügung gestellten 100 Millionen den Anteil von rund 20 Prozent ausmachen, und der Bund müßte dann sogar 400 Millionen dazulegen. Diese Chance hat die Steiermark sicherlich derzeit verspielt.

Und auch ein anderer Teil, ein Vorteil bezüglich eines günstigen Verbundes. Wenn zum Beispiel die ÖBB einen Bus Radkersburg–Graz führt, die Österreichische Post- und Telegraphenverwaltung von Arnfels nach Graz, und ein Privater fährt von Wolfsberg im Schwarzaental nach Graz und dies größtenteils neben der Schiene. Es geht darum, niemand soll etwas verlieren, daß die weitere Entschließung der freiwerdenden Kapazitäten am Bussektor für andere Flächen in der Steiermark verwendet werden, weil man auf Busebene raschest weiterkommt und parallel mit der Linie Bahn es ein größeres Verkehrsaufkommen und auch höhere Einnahmen gibt. Naturgemäß – und das ist auch in den Anträgen involviert – bestätigt das auch eine angeführte Studie in diesem Zusammenhang, daß mit dem Verkehrsaufkommen auch für die Stadt Graz der Grazer Hauptbahnhof miteingebunden werden muß, da dies eine Nahverkehrsdrehscheibe ist und auf seine neue Funktion hin auszubauen ist. Und man soll, wenn man Millionen ausgibt, oder ehe man Millionen ausgibt, sich sicher darüber einig sein, welche Ausgaben im Verbund die Busse und welche die Bahnen haben.

Ein Verbund fördert auch die Attraktivität des Verkehrsangebotes des einzelnen Verkehrsunternehmens. Verbund ist die Voraussetzung für Linienkoordination, Verbund ist für Taktfahrpläne eine Voraussetzung, und Verbund bewirkt zusätzliche Fahrgäste und Einnahmen. Und auch für Graz, meine Damen und Herren, ist zum Beispiel die Unterstützung des Landes bei der Lösung der Verkehrsprobleme dringendst notwendig. Es gibt hier einige Kreuzungsbereiche – das würde jetzt zu weit gehen –, die dringendst ausgebaut

werden müssen, wo das Land zuständig ist, wo Planungen zu vollziehen sind, und mir fehlt immer das Engagement des Herrn Baukoordinators Hofrat Theußl. Da geht einfach in der Frage nichts weiter. Wir brauchen in Graz bei der Verkehrslösung im Bereich Liebenau den Ausbau des Knotens Ost-Südautobahn. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Du willst doch meinen Rekord im Dauerreden brechen!“) Nein, ich bin gleich fertig! Lösung der Verkehrsprobleme des Grazer Umlandes, Einbindung der Industriegebiete, Puchwerke, Grambach, Raaba, Hausmannstätten und dergleichen. Und im Zuge des Nachfahrverbotes für Lkw steht die Diskussion Trennung der Containerbahnhöfe an, die eigentlich gerade der Grazer Wirtschaft auch dienen soll. Es sollten daher Überlegungen nochmals angestellt werden, nicht nach Seiersberg auszuweichen, sondern für die Grazer Wirtschaft in Graz zu bleiben. Der vorgesehene Standort Puntigam ist seinerzeit nicht an der Durchsetzbarkeit, Frau Landesrat, gescheitert, sondern am Preis für die Grundstücke. Und bei einem verkleinerten Projekt sollte man wieder an Graz denken, falls es in Seiersberg nur Krampflösungen gebe. Es versteht niemand, warum man von dem Standort Puntigam abgegangen ist. Das hat auch der Herr Landesbaukoordinator Hofrat Theußl gemeint, auch wenn zum Beispiel in Feldkirchen der Preis für den Quadratmeter günstiger ist, käme dazu noch, daß die Kosten für Hausablösen und die Kosten für neue Gleisanlagen zusätzlich entstehen würden. Meine Damen und Herren, es ist unverständlich für uns, warum unsere Anträge mit dieser Wichtigkeit in vielen Fragen liegenbleiben und das Land sich nicht ihrer annimmt. Ich könnte hier nur kurz mit ein paar Sätzen Burgenland zur Nachahmung empfehlen. Die Burgenländer haben ein Testprojekt für Südburgenland im Rahmen des Verkehrsverbundes Ost vorgestellt, wo man einerseits Schnellbusse zu pendlergerechten Zeiten installiert hat, wo die Fahrzeiten reduziert gerechnet und akzeptiert werden können. Das Land stützt nach dem Vorbild des Verkehrsverbundes die Preise so weit nach unten, daß sich das Umsteigen vom Privat-Pkw auf die Buslinie rentiert. Man kann sagen, durch Einfühlungsvermögen und durch rechtzeitiges Erkennen der Situation, das hat die Steiermark sicher verschlafen, wurde und wird den Burgenländern geholfen, und für mich erhebt sich die Frage, wann die Steiermark mit derselben Aktivität wie Burgenland die Sorgen und Probleme der steirischen Pendler lösen wird. Danke. (Beifall bei der SPÖ und VGÖ/AL. – 19.12 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Vollmann.

Abg. Vollmann (19.12 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber hat eigentlich in seiner kurzen Wortmeldung das gesagt, was wir uns eigentlich alle denken. Daß in diesem Haus Anträge jahrelang verschleppt werden, nie behandelt werden, führt im Endeffekt dann bei Tagesordnungspunkten diverser Natur natürlich auch zu jenem Verlangen, daß einmal gesagt werden muß, um was es eigentlich geht und wo einem der Schuh drückt.

Meine Damen und Herren, es ist keine Frage, daß wir den Herrn Abgeordneten Dr. Korber in seiner Redezeit, wenn er schon seinen Rekord aufgestellt hat, heute schlagen wollen, aber ich glaube, es muß das einmal gesagt werden, daß der Zug der Zeit, wie der Herr Kollege Kohlhammer gemeint hat, auch in dieser Frage für viele Bereiche bereits abgefahren ist. Eine große Enttäuschung in unserem Bezirk ist natürlich immer wieder, daß in der Frage des Semmeringtunnels in den letzten Wochen von seiten des Landes eigentlich wenig gesagt worden ist. Ich weiß zwar, daß in einer Sonntagsrede der Herr Landeshauptmann den Semmeringtunnel als unerlässlich für die Steiermark dargestellt und ihn verlangt hat, aber wenn man auf der anderen Seite am Rande der Steiermark, an der Grenze nach Niederösterreich, lebt, jeden Tag die Zeitungen von Niederösterreich auf den Tisch bekommt und jeden Tag in jeder Zeitung eine Aussage der Niederösterreichischen Landesregierung zum Tunnel liest, und wenn man weiß, daß ein Abgeordneter des Nationalrates, der dort ein Wochenendhaus, nämlich in Reichenau, besitzt, sich kräftigst dagegen wehrt, daß der Semmeringtunnel errichtet wird und herauskommt und für diese Variante ist, muß man sicherlich mit Bedauern feststellen, daß von seiten der Steiermark wenig gesagt worden ist. Ich habe hier in diesem Haus bereits einmal zur Frage Taktverkehr Stellung genommen. Wir würden uns alle besonders im Mürztal wünschen, es würde die Frage Taktverkehr zwischen Mürzzuschlag und Bruck an der Mur ausgebaut werden, und wenn man die Nahverkehrsmilliarde immer genützt hätte, dann wären wir wahrscheinlich heute schon so weit, und wir hätten nicht so um die Erhaltung der Neuberger Nebenbahn kämpfen müssen, die nun zwar bis 1992 abgesichert ist, aber unter Umständen mit der Einstellung des dortigen Sägewerkes auch wieder in der Versenkung verschwinden könnte. Und es wäre nicht notwendig gewesen, daß die Bevölkerung von Spital am Semmering und Steinhaus eine Straßenblockade vor ungefähr einem Monat durchführen hätte müssen, wenn man das Verlangen der Weiterführung der S 6, nämlich die Umfahrung Spital am Semmering und den Tunnel zum Anschluß auf der niederösterreichischen Seite, ein bißchen vorangetrieben hätte. Ich könnte hier viele Anträge, die wir in den letzten Monaten und Wochen gestellt haben, anführen. Aber leider wird keiner behandelt. Ich bin einer jener, der, wie viele von Ihnen, fast jeden zweiten oder dritten Tag durch das Murtal herunterfährt, die S 35, die sogenannte Brucker Schnellstraße. Meine Damen und Herren, unerklärlich und unverständlich ist uns allen, daß bis heute das Stück Bruck an der Mur – Stausee bis Mixnitz noch immer nicht in Angriff genommen wird, und jetzt ist es sogar neu asphaltiert worden, so daß man annehmen muß, daß es noch lange nicht in Angriff genommen werden wird. Es ist unverständlich, warum dieses Stück des sogenannten Hodschimimpfades, wie ihn seinerzeit Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian genannt hat, nicht erledigt ist und diese wichtige Verbindung vierspurig ausgebaut ist. Ich appelliere an Sie auch in dieser Frage, den Zug der Zeit nicht an uns vorbeigehen zu lassen. Mit Bedauern stelle ich aber immer wieder fest, und das nicht nur bei den Ausschüssen, wir mußten ja das letzte Mal bei den Ausschüssen einige Tagesordnungspunkte absetzen, weil der Herr Landeshauptmann als

der zuständige Referent nicht anwesend war, sondern auch bei den Landtagsitzungen glänzt der Herr Landeshauptmann dauernd und laufend durch Abwesenheit, und ich finde es nicht in Ordnung, daß er lediglich zwei Stunden bei einer Landtagsitzung anwesend ist (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Wo ist Herr Landeshauptmannstellvertreter Gross?“) und im Endeffekt all diese Gespräche dann ohne ihn, ohne den zuständigen Referenten, stattfinden. Ich bitte die anderen Damen und Herren der Regierung, mit dem Herrn Landeshauptmann einmal zu reden und ihm zu sagen, daß es anständig wäre, bei den Sitzungen hier anwesend zu sein. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 19.17 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Landesrat Klasnic.

Landesrat Klasnic (19.17 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Präsident!

Herr Kollege Vollmann, ich darf Ihnen sagen, beim Herrn Landeshauptmann ist zur Zeit im Haus eine Delegation einer Gemeinde (Abg. Vollmann: „Das hätte man sagen können!“), der sehr wohl auch Vertreter Ihrer Partei angehören. Und dieser Aufgabe muß er auch gerecht werden. Selbstverständlich sind wir hier, weil wir auch um Ihre Anliegen wissen.

Es hat jetzt in dieser letzten halben Stunde wieder eine Diskussion um die nicht erledigten Anträge gegeben, hauptsächlich im Verkehrsbereich. Es ist auch mir, und ich möchte sagen, uns allen, bewußt, daß wir noch einen Nachholbedarf haben. Ich möchte aber auch dazusagen, und Sie wissen es genauso wie ich, daß wir gerade im Verkehrsbereich die Zusammenarbeit mit dem Bundesminister für Verkehr, mit dem Generaldirektor Übleis von den Österreichischen Bundesbahnen oder im Nahverkehrsbereich Landeshauptstadt Graz die Zusammenarbeit mit der Stadt Graz, hauptverantwortlich Bürgermeister Stingl, brauchen. Sie wissen auch um die Schwierigkeiten, die sich in der heutigen Zeit ergeben, um die Schwierigkeiten, und jetzt möchte ich es vorsichtig ausdrücken, bei jeder neuen Idee muß man auch rechnen, daß das Floriani-Prinzip zum Tragen kommt, daß die Bürgerinitiativen aktiv werden, mit Recht zum Teil aktiv werden, daß es aber nicht leichter geworden ist, Entscheidungen zu treffen. Und wenn heute Themen, wie Straßen, angesprochen wurden, wie der Terminal, dann muß man sagen, es gibt auch immer wieder aktuelle, die kurzfristig oder vorzeitig vom Zaun gebrochen werden, ich nenne nur das Transitproblem. Zum Semmeringbasistunnel darf ich Ihnen versichern, daß es auch in unserer Gemeinschaft eine einheitliche Meinung gibt, eine einheitliche steirische Meinung, die wird auch gegebenenorts immer wieder vertreten. Es ist auch sehr viel an Kleinem erreicht worden, aber vor allem auch an Großem. Und wenn Sie an die Einzelergebnisse denken, die der Herr Landeshauptmann heute in der Anfragebeantwortung uns dargestellt hat, dann hat man auch gespürt, daß dem Koordinator für Verkehrsfragen, nämlich dem Herrn Hofrat Theußl, mit unendlich viel Erfahrung auch sehr viel gelungen ist.

Ich möchte abschließend sagen, weil ich es nicht verlängern möchte, daß viel erreicht wurde für Straße, zuwenig für Schiene, daß wir aber gerade an diesem Tag, wo für die Anfragebeantwortung mindestens so

viel Zeit gegeben wurde wie jetzt hier für die Wortmeldungen, gespürt haben, daß sich der Landeshauptmann der Steiermark und wir alle mit ihm der Verantwortung für die Verkehrsproblematik dieses Landes voll bewußt sind. (Beifall bei der ÖVP. – 19.20 Uhr.)

Präsident Meyer: Wir kommen nun zur Abstimmung. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, mögen ein Zeichen mit der Hand geben.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

27. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses, Einl.-Zahl 640/2, Beilage Nr. 66, über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 640/1, Beilage Nr. 57, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Landesbeamtengesetz geändert wird (Landesbeamtengesetznovelle 1989).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka, dem ich das Wort erteile.

Abg. Dr. Lopatka (19.21 Uhr): Nach dem Inkrafttreten der Landesbeamtengesetznovelle 1986, mittlerweile vom Bund ergangenen abändernden Bestimmungen des Dienst-, Besoldungs- und Pensionsrechtes, soll mit den in den einzelnen Artikeln angeführten Abweichungen auch für Landesbedienstete gelten, was eine Novellierung des eingangs zitierten Landesbeamtengesetzes zur Folge hat.

Zur Landesbeamtengesetznovelle 1989, zur Regierungsvorlage, sind durch die Parteienverhandlungen folgende Änderungen gekommen, die ich anführen darf:

Artikel 13 erhält die Bezeichnung Artikel 14, und Artikel 13 lautet: „Das LandesdienstzweigeGesetz 1985, LGBl. Nr. 15, wird wie folgt geändert: Im Paragraphen 9 erhält der bisherige Text die Bezeichnung ‚Absatz 1‘, diesem wird ein Absatz 2 angefügt, welcher lautet: Beamtinnen für die Amtstitel und die Verwendungsbezeichnungen, soweit es sprachlich möglich ist, in weiblicher Form.“

c) Die Druckfehlerberichtigung: Artikel 14, Inkrafttreten, Absatz 1 Ziffer 2, lautet: „2. Artikel 5 und Artikel 6 Ziffern 3 bis 5 und 7 mit 1. Jänner 1987.“

Ich bitte um Zustimmung des Berichtes. (19.22 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kammlander. Sie ist nicht im Saal.

Abg. Kammlander: Oh ja, ich verzichte.

Präsident Meyer: Frau Abgeordnete Kammlander verzichtet auf die Wortmeldung.

Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Minder.

Abg. Minder (19.23 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Parteienverhandlungen zur Landesbeamtengesetznovelle und zur Vertragsbedienstetengesetznovelle 1988 verliefen in einem großteils guten Klima, und es konnte weitgehend Übereinstimmung erzielt werden. Beim Paragraphen 60b des Landesbeamtengesetzes, betreffend die Erzieherzulagen, konnte trotz

intensiver mehrmaliger Beratungen keine Einigung erreicht werden. Und aus diesem Grund wurde auch im Ausschuß seitens der sozialistischen Fraktion ein Minderheitsantrag eingebracht, und wir begründen dies wie folgt:

Erziehern in den Landesschülerheimen und in den Schülerheimen der Landesberufsschulen wird eine Erzieherzulage von 1500 Schilling bei Eintritt in den Erzieherdienst gewährt, während Erzieher in den Landesjugend- und Behindertenheimen anfangs 1100 und erst nach mindestens vier Jahren Verwendung 1500 Schilling als Erzieherzulage zuerkannt erhalten. Mag für diese unterschiedliche Behandlung in früheren Jahren eine Begründung in unterschiedlicher Ausbildung gelegen sein und konnte die fehlende qualifizierte Ausbildung mit einer Praxis von vier Jahren wettgemacht werden, so sind diese Argumente heute nicht mehr zutreffend, da für eine Einstufung in die Verwendungs- beziehungsweise Entlohnungsgruppe b eine Ausbildung an Erzieher Schulen vorgesehen ist. Eine Ungleichbehandlung bei den Erziehern ist daher nicht einzusehen. Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Abteilung in der Landesregierung sollte kein Kriterium für eine Einstellung laut Gesetz sein. Selbstverständlich stimmen wir der Landesbeamtengesetznovelle mit Ausnahme des Paragraphen 60b und der Vertragsbedienstetengesetznovelle vollinhaltlich zu. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 19.25 Uhr.)

Präsident Meyer: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (19.26 Uhr): Ich möchte kurz zu dieser Novelle Stellung nehmen. Es gibt Politiker, wie sozusagen beamtete Politiker, und mir geht eines ab, daß auf diese Situation Rücksicht genommen wird, denn es ist meiner Meinung nach unmöglich, daß jemand, der politisch arbeitet, dann auch noch disziplinarrechtlich verfolgt wird, weil er vielleicht das Standesansetzen der Beamtschaft sozusagen nicht gebührend berücksichtigt. Das sind Relikte aus der Monarchie, das sind Relikte wie Standesansetzen. Ich glaube einfach, daß in der Politik sicher die strafrechtliche Verfolgung notwendig ist, aber daß man disziplinarrechtlich einen, der politisch tätig ist, verfolgt, wie es hier im Landtag passiert ist, finde ich einfach köstlich und amüsant. Es geht vor allem darum, ob ein beamteter Politiker im Dienst ist, wie der Herr Dr. Lopatka zum Beispiel, der sagt, er kann sowohl seiner dienstlichen Verrichtung 75 Prozent nachkommen als auch seiner Leistung und Verpflichtung als Abgeordneter und Obmann der Jungen ÖVP und allen anderen Verpflichtungen, die damit sozusagen auf ihm lasten. Oder ob einer von vornherein sagt, er ist nicht in der Lage, einer geordneten dienstlichen Verrichtung auf einem entsprechenden Dienstposten nachzukommen. Zur zweiten Kategorie gehöre ich zum Beispiel, weil es für mich unmöglich war, als politisch tätiger Mensch, vor allem auf dem Sektor der Umweltpolitik, der doch auch sozusagen an der grünen Arbeit – die grüne Arbeit ist ja meistens auch und oft in der freien Landschaft, in der Natur, dort, wo diese Umweltragödien oder Umweltverbrechen sich anbahnen oder bereits passiert sind. Ich habe sozusagen vom Zweiten Gebrauch machen müssen, weil es für mich unver-

einbar war, hier einen Dienstposten zu versetzen, einem Kollegen vielleicht den Arbeitsplatz zu vermasseln und vielleicht so, wie es bei Chibidziura war, ein paar mal hineinzugehen, sich zu erkundigen, wie steht es, wie geht es, vielleicht einen Kaffee zu trinken mit den Kollegen, das war für mich unvereinbar. Nichts gegen den Kollegen Chibidziura, der hat seine politische Verpflichtung ernst genommen, und er war ja verpflichtet, damals noch das volle Gehalt anzunehmen. Er war einerseits verpflichtet, politisch tätig zu sein, er war aber verpflichtet, als Beamter seiner Dienstverrichtung in den Möglichkeiten, die ihm freistehen, die er selbst zu beurteilen hat, nachzukommen. Und darum war ich an und für sich froh, wie es geheißen hat, hier kommt es zu einer Novelle. Die Novelle war nichts anderes, daß er jetzt 75 Prozent des Gehaltes bekommt. Herr Kollege Dr. Lopatka, 75 Prozent des Gehaltes bedarf einer mindestens 75prozentigen Leistung. Auf der anderen Seite bekommen Sie aber ein Gehalt als Abgeordneter der Dienstklasse A/9, das Sie verpflichtet, mindestens 40 Stunden als politisch tätiger Beamter zu agieren. Für mich ist das egal, Sie haben die Verpflichtung, als Politiker genauso zu arbeiten wie ein Beamter. Und mit dem A/9-Gehalt sind Sie meiner Meinung nach verpflichtet, mindestens 40 Stunden wie ein Hofrat – ich weiß nicht wie – zu arbeiten. Für mich war das immer kolossal, daß Sie das schaffen. Vielleicht sind Sie ein Genie, ich war keines. Ich bekenne mich dazu. Ich habe die Politik so ernst genommen, daß ich gesagt habe, Außerdienststellung. Ich habe dann erfahren müssen, daß ich dann im Ruhestand bin, sozusagen ein außer Dienst gestellter, pensionierter Beamter. Ich habe mir eigentlich nie denken können, daß ich mit 45 Jahren auf einmal Pensionist bin (Abg. Pinegger: „Das kann sich auch ändern!“) und vom Pensionistenverein des Landes Steiermark Schriftstücke bekomme, wie eine Einladung zum Pensionistenabend, einer Pensionistenreise nach Venedig, sozusagen einer Nachhochzeit. Ich finde das alles Klasse. Ich finde das irrsinnig gut, daß Pensionisten sich kulturell bilden, daß sie Reisen machen. Aber ich bekomme das jetzt auch, weil ich unter der Kategorie „Pensionist“ laufe oder außer Dienst gestellter Beamter bin, das ist an und für sich gleichzusetzen. Senior, ich bin ein grüner „Senior ohne Bart“, das habe ich auch noch nicht. Daher aus dem abzuleiten, bitte, weil ich das Geld bekommen muß, weil es einfach überwiesen wird, ganz egal, was ich damit mache, ob ich das jetzt einem Hilfsfonds schicke oder oben im Klub jemand bezahle, weil wir nicht einmal eine Sekretärin haben, durch den alternativen Wahnsinn der Kammländer einen Klub zu riskieren, die Möglichkeiten, die die Kollegen zur Verfügung stellen, einfach wegzuwerfen und zu sagen, mir ist meine linksorientierte, totalitäre, kommunistische, neukommunistische Politik wichtiger als zusammenzuarbeiten entsprechend den Vereinbarungen. Ich lasse mir eine Mauer in den Klub machen. Wir haben ein Glück auch noch, daß wir eine Mauer à la Ostblockmethode haben. Ich habe zum Beispiel keine Sekretärin, die Kammländer hat drei, Hagenauer, Scherübl und wie sie alle heißen. Ich kann mir das nicht leisten. Ich kann stundenweise jemand bezahlen, sicher aus dem Geld, was ich bekomme. (Abg. Schrammel: „Laß dir das nicht gefallen!“) Ich bin auch kein 100.000-Schilling-Verdiener, wie die „Kleine Zeitung“

geschrieben hat, Zankl, Korber, sondern ich habe 33.000 plus ungefähr 16.000 Schilling. Aber von den 16.000 bleibt nicht viel übrig. Also habe ich vielleicht heute 10.000 Schilling mehr als Oberbaurat mit Dienstreisen des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, wenn man das vergleicht. Und 10.000 Schilling für eine Samstag- und Sonntagarbeit und für mehr als 40 Stunden. Gut, eine Leistungsgesellschaft haben wir, auf das bin ich eigentlich stolz, daß ich mir das Geld verdiene. Es geht aber um etwas, daraus abzuleiten, daß ich sozusagen disziplinarrechtlich der Inquisition anheimfalle, weil ich vielleicht einmal vergesse – entschuldigen Sie – mein Hosentürl zuzumachen, ist nicht standesgemäß, hat man mir gesagt. Als Beamter im Ruhestand darfst nicht vergessen, dein Hosentürl zuzumachen, weil das ist nicht standesgemäß.

Auf Grund meiner politischen Tätigkeit, der Herr Hofrat Dr. Greimel sitzt und lacht, weil er ist für mich der Hauptübeltäter. Wie kann man, wenn die Staatsanwaltschaft nicht einmal Gründe findet, etwas zu verfolgen, Monate später eine Inquisition loslassen auf einen Abgeordneten des Hohen Hauses? Da muß ich wirklich sagen, der Herr Präsident Wegart ist nicht da, da ist sogar ihm speiübel geworden. Er hat gesagt, wissen Sie etwas, jetzt bin ich schon 40 Jahre im Landtag, aber so etwas ist mir noch nicht passiert. Wenn ich auch nicht der Ansicht bin, daß Sie immer recht haben, aber eines verspreche ich Ihnen, Sie werden hier im Hohen Haus Recht bekommen. Und so ist es auch geschehen. Es ist unmöglich, einen Abgeordneten, ohne vorher den Landtag zu beschäftigen, mit Hofrat Dr. Wielinger, und der Herr Dr. Greimel hat das sozusagen angezettelt, ein Disziplinarverfahren loszutreten, eine Amtshandlung zu machen, mich vorzuladen zu einem Disziplinargericht. Ich sage Ihnen, ein Disziplinargericht ist wie eine Inquisition, Sie können reden und sagen, was Sie wollen, entweder steht schon vorher fest, daß verurteilt wird, oder nicht. Also, was wollten die Herren mit mir? Der Herr Dr. Greimel ist bitte Vizebürgermeister der ÖVP in Kainbach. Ich gestehe jedem Beamten zu, daß er in der Freizeit außerdienstlich politisch arbeitet. Ich habe das selbst als parteifreier Gemeinderat 14 Jahre gemacht. Ich habe zwar eine Dienstbeschreibung bekommen, meine Leistung hat abgenommen von „sehr gut“ auf „nicht entsprechend“, weil ich außerdienstlich parteifreier Gemeinderat war. Alles miterlebt. Nur ist aus dem Dienstverfahren nichts herausgekommen, weil ich doch ein bißchen cleverer war. Karli Maitz, du hast gesagt im Ausschuß, ich muß beim Hofrat Dr. Greimel aufpassen, weil der könnte ja wieder mein Chef werden, einmal. Und genau das ist das, was ich nicht akzeptiere. Wenn du Angst hast, beißen dich die Hunde erst recht, heißt es in der Hundesprache. Ich würde das nicht wortwörtlich übernehmen, aber in einer gewissen Ähnlichkeit. Ich habe jetzt die Möglichkeit zu sagen, in dieser Beamtennovelle fehlen ein paar Dinge, denn es gibt auch andere Kollegen, zum Beispiel der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba ist ja auch Beamter, er ist ja Oberbaurat. Auf ihn wird die Inquisition nicht so schnell losgelassen, höchstens wir haben andere politische Verhältnisse, wenn die Roten die Mehrheit haben.

Nur, ich würde aus meiner eigenen Erfahrung bei Hasiba, der ist ein Politiker, wieso soll man ihn diszipli-

narrechtlich verfolgen. Soviel habe ich in der Geschichte gelernt, das ist mein demokratisches Empfinden.

Der Herr Professor Jungwirth, der auch dieser Inquisition angehört, denn er hat angezettelt, daß die ÖVP-Parteidelegation aus meiner Gemeinde zu Ihnen gekommen ist, ein gewisser Dr. Gollenz, und Sie haben das ganze angezettelt. Darum reden Sie auch jetzt. Das ist genauso, weil Ihnen die Sache unangenehm wird. Und wenn Sie jetzt den Mund gehalten hätten, hätte ich nicht darüber geredet. So rede ich darüber. Sie haben diese politische Inquisition am Arbeitsplatz gegen mich losgetreten mit einem Bürgermeister Kohl. Und Sie haben versucht, mich am Arbeitsplatz fertig zu machen. Das sage ich hier in aller Öffentlichkeit. Das ist eine politische Inquisition. Ich kann nur eines sagen, weil ich außerdienstlich Streitigkeiten mit dem Bürgermeister der Gemeinde Weintzen habe, hat meine Dienstleistung, auf die ich stolz war, weil ich etwas leiste, von „sehr gut“ auf „nicht entsprechend“ abgenommen. Weil ich eine Forschungsanlage, eine Versuchsanlage, geplant habe, hat meine Leistung von „sehr gut“ auf „nicht entsprechend“ abgenommen. Ich möchte auch hier reden, was einem Beamten passiert, wenn er parteifreier Gemeinderat ist, wenn er in der Baudirektion sitzt, bis er daher kommt. Bis er da sitzt als Abgeordneter unter dem Schutz der Immunität, die einfach sein muß, die Dinge sagt, die er miterlebt hat. Und diese Verfolgung mit der Disziplinaranzeige, bereits mit der ausgeschriebenen Disziplinarverhandlung, war ein Verfassungsbruch, war ein Verstoß gegen die Verfassung. Herr Hofrat Dr. Greimel, gegen Sie müßte man eigentlich einmal untersuchen, wie weit Sie die Verfassung als Jurist nicht nur kennen, sondern auch akzeptieren. Zwischen „kennen“ und „akzeptieren“ ist für mich ein großer Unterschied. In diesem Sinne glaube ich einfach, daß das in die Novelle hineingehört, daß ein politisch tätiger Beamter in Ausübung seines Berufes, das heißt, er bekommt ja dafür bezahlt, er kassiert nicht umsonst, er hat Leistung zu bringen, es ist eben in der Zeit sein Beruf. Bei vielen wird aus der Berufung ein kurzzeitiger Beruf. Aber daß der bitte nicht in der Zeit disziplinarrechtlich verfolgt wird, das ist mein Wunsch. Dem hat der Landtag Rechnung getragen, und es war mir einfach ein Bedürfnis, lieber Gerhard, du kannst dich herstellen, du bist nicht Ordner, du bekommst einen Ordnungsruf von der Frau Präsidentin, wenn du da eingreifst in meine Rede, merke dir das. Du bist ein sehr guter Schauspieler, von dir lerne ich noch etwas. Jetzt bin ich auch einmal auf meiner Bühne, jetzt kann ich einmal berichten aus dem Leben eines „Grünen Taugenichts“. Jetzt kann ich einmal sagen, was mir schon alles passiert ist. In dem Sinne sage ich, daß politische Beamte in der Zeit ihres Mandates nicht verfolgbar sind. Das ist eine ganz einfache Formulierung, weil sie in dieser Zeit gar nicht eine dienstliche Verrichtung ausüben können. Ich kann nicht als Pensionist eine dienstliche Verrichtung ausüben. Wie soll ich als Pensionist wegen einer dienstlichen Verrichtung verurteilt werden bis zu einer Gehaltskürzung? Das wäre mir das wenigste gewesen. Hofrat Dr. Greimel, entschuldigen Sie, Professor hätte ich bald gesagt. Für mich sind Sie ein Juristen-Professor, weil Sie einfach gewisse Dinge konstruieren und glauben, sich damit profilieren zu können. Gerade das Gegenteil war der Fall.

Ich bin der Ansicht, daß der Landtag richtig entschieden hat, aber es gehört trotzdem gesetzlich geregelt. Es darf nicht sein, daß einer da steht, und dann wird im Ausschuß darüber geredet. Der Herr Dr. Klausner redet mich an und sagt, was machen Sie da und so weiter. Freilich, als Politiker mache ich das, was ich für richtig empfinde. Uns ist auch recht gegeben worden. Es kann eben bitte nicht ein Jurist gegen ein Gutachten von einem amtsärztlichen Sachverständigen einfach drüberfahren wollen über die Bevölkerung. Und deswegen habe ich mich aufgelehnt. Und deswegen gewisse Dinge, die ich gesetzt habe aus Protest. Das kann von mir aus die Staatsanwaltschaft verfolgen, das sehe ich ein, weil ein jeder Politiker unterliegt seinem Richter, bitte, seinem Strafrichter, aber bitte nicht einer beamteten Inquisition, die sich Disziplinarkommission nennt. Das gehört hinein, und das zweite ist, ich habe mich gewundert, wie die Disziplinaranzeige über den Herrn Dr. Plauder, das ist der Obmann der rechtskundigen Beamten des Landes Steiermark, nicht an die Öffentlichkeit gelangt ist, sondern an alle politischen Parteien. Wenn gegen mich etwas als Beamter läuft, dann erwarte ich mir auch, daß das sozusagen nicht an die große Glocke gehängt wird, weil man zuerst einmal, auch wenn es ein normales Disziplinarverfahren wäre, abwarten muß, im Zweifelsfall für den Angeklagten. Vorher kann ich nicht reden. Und wenn Dr. Plauder, ich weiß nicht, wo er sitzt, Präsidialabteilung, damit öffentlich mit seiner Information, die er als Beamter in der Präsidialabteilung bekommt, in die Öffentlichkeit geht, den ganzen politischen Parteien Falschinformationen, bewußte Falschinformationen unterbreitet, dann muß ich sagen, auch im Zuge eines Disziplinarverfahrens muß meiner Meinung nach gerade in diesem Zuge eine gewisse Verschwiegenheit sein. Sonst kannst jeden anzeigen, jeden fertigmachen. Es kommt in zwei Jahren nichts heraus, aber es heißt, da war etwas, da ist etwas gelaufen, und, und, und. Also, ich bin für eine Lockerung der Amtsverschwiegenheit, selbstverständlich, wenn es um Umweltfragen geht, wenn es um die Gefährdung der Allgemeinheit geht, wenn es ums Strafgesetz geht, aber bitte, in einer persönlichen Inquisition bin ich nicht interessiert, daß irgendein Jurist, der sich schimpft Obmann der rechtskundigen Beamten des Landes Steiermark, ist alles politisch organisiert, ÖVP-mäßig.

Der Herr Dr. Lopatka nickt. Danke für die Fairneß, daß man hier Stimmung macht bei den politischen Parteien, und damit ist es Öffentlichkeitscharakter. Also, die zwei Punkte hätte ich gerne.

Ich möchte aber auch einen Schwank aus meiner Vergangenheit erzählen, wo ich mit einem Fall zu tun gehabt habe, einem Disziplinarfall, wo ein Direktor einer Berufsschule nachweislich, das ist alles im Prozeß herausgekommen, verleumdet wurde, weil man ihm seinen Posten neidig war. Das war noch die Zeit Scheibers. Ich möchte das klarstellen, das war noch die Zeit Hofrat Scheibers. Dieser Fall Tumlirz, der an und für sich bekannt ist, wo man versucht hat, ihn zu verdrängen, dieser Mann ist von der Inquisition, Disziplinarkommission, in Frühpension geschickt, worden und hat eine Gehaltskürzung von 10 Prozent erdulden müssen. Das hat summa summarum 700.000 Schilling ausgemacht. Dieser Mann ist von seinem Richter, das heißt der Strafrichter, er ist ja strafrechtlich angezeigt

worden, da hat ja ein Verfahren stattgefunden, die Kronzeugin ist wegen falscher Zeugenaussage überführt worden und nachher sogar verurteilt worden. Das heißt, das ist absolut eine Verleumdung und Diffamierung gewesen. Der Hintergrund war, seinen Arbeitsplatz wollte ein anderer haben. Es war ein Direktorposten, und um einen Direktorposten geiern sich manche. Das ist völlig natürlich. Aber diesen Mann nicht einmal zu rehabilitieren und dieses Disziplinarerkenntnis nicht einmal zurückzunehmen und ihm das Geld wenigstens zurückzuzahlen, was er verloren hat, finde ich einfach eine große Schweinerei.

Und das ist passiert, und daher bin ich dieser ganzen Disziplinarkommission äußerst vorsichtig gegenüber. Ich sage daher eines, wenn sich ein Beamter in Ausübung seines Dienstes einer Schuld oder eine strafrechtliche Verfolgung zuschulden kommen läßt, sei es Amtsmißbrauch, sei des Korruption, sei es Beihilfe zu irgendwas, dann hat der Strafrichter ganz klar durchzugreifen. Kommt dort heraus, daß keine Gründe sind, zurückgelegt, Freispruch, irgendwas, dann darf es keine Doppelbestrafung geben. Das heißt, ich kann nicht sagen, der ist zwar da freigesprochen worden, aber jetzt gehn wir ihn disziplinarrechtlich an, weil er uns sowieso schon politisch oder wie oder was, oder man braucht seinen Dienstposten, oder da warten schon tausend Leute, Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba weiß ja, wie viele Leute sich bei der Türe des Landes anstellen, um einen Arbeitsplatz zu bekommen. Das sage ich jedem Beamten, der heute mault, überlege dir das, ein Arbeitsplatz beim Land ist heute irrsinnig viel wert, und das wirst du nicht mutwillig riskieren oder zu „motschgern“ anfangen. Der Dienstposten des Beamten hat durch die Pragmatisierung beziehungsweise bei Vertragsbediensteten durch die zehn Jahre gewisse Vorzugsrechte gegenüber allen anderen Arbeitsplätzen im Land. Er ist dem Politiker weisungsgebunden, keine Frage, sicher nicht bis zur Verleitung zu einem strafrechtlichen Tatbestand. Das ist ganz klar, da muß er sich wehren. Aber wird er von seinem Richter, der jedem Österreicher zusteht, freigesprochen, nicht verurteilt, dann ist eine disziplinarrechtliche Verfolgung eine Schweinerei, eine Ostblockmethode, eine totalitäre Methode. Und gegen diese Methoden verwahre ich mich hier für alle Kollegen, die im Landesdienst sind, seien es Vertragsbedienstete oder Beamte. Gegen diese Methoden hat man sich zu wehren. Und, Herr Hofrat Dr. Greimel, ich sage Ihnen eines, ich werde Ihre Tätigkeit, auch wenn ich wieder beim Land bin, mit Argusaugen beobachten. Und Sie haben bei mir einen der höchsten Beobachter, weil Ihre Verträge mit der Spitalsholding und Ihre Zulagen und Biennien von vier Monaten, die Sie angeblich heute noch kassieren, das ist sowieso ein eigenes Buch wert, da haben Sie die Politiker und die ganzen, die da mitgetan haben, ja schön hineingelassen. Danke schön! (19.45 Uhr.)

Präsident Meyer: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prof. Dr. Eichinger.

Abg. Prof. Dr. Eichinger (19.45 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Lieber Dr. Korber Pepi! Jetzt haben wir alle diese Angriffe gegen den Hofrat Dr. Greimel schon einmal

gehört und haben dich damals schon bedauert, daß du das wirklich hier in diesem Haus austragen mußt. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Einen Verfassungsbruch kann man nicht oft genug erwähnen!“) Korber, ich kann dir eines versichern, du kannst dich hier vollkommen frei fühlen, es passiert dir nichts, du hast Freunde dabei, alles, weil wir verzeihen dir vieles. Du hast eine Nachbarin, die du nicht magst, und die reibt dich auf, dafür können wir wirklich nichts, Korber! Ich glaube, du träumst in der Nacht noch von ihr. Löse dich von ihr, und dann mache es anders, wirklich wahr!

Ich möchte nur ganz kurz zu diesem Paragraphen 60 b, Frau Kollegin Minder, etwas sagen. Ich darf Ihnen versichern, bei uns spielt die Abteilung überhaupt keine Rolle. Das ist alles ausgehandelt gewesen von den Dienststellen, von den Personalausschüssen. Das ganze wäre wieder in Bewegung geraten. Und bei der Verhandlung habe ich ja geglaubt, Frau Kollegin, wir sind uns wirklich nahe, noch dazu wo der Herr Landesrat gesagt hat, verhandeln können wir dann immer wieder. Es hat eigentlich den Mißton dann gegeben, habe ich es empfunden (Abg. Minder: „Wir sind sogar falsch informiert worden, daß es Übereinstimmung gibt!“), als der Herr Kollege Vollmann sagte: „Schluß, aus mit dem Verhandeln, abgestimmt, Minderheitsantrag!“ Frau Kollegin, da habe ich noch zu Ihnen gesagt, so soll man es nicht tun, denn dann weiß man ja wirklich nicht, warum sitzt man dort Stunden und verhandelt man. Das wollte ich Ihnen nur dazu sagen.

Dann kann ich noch eines feststellen. In den Landesschülerheimen sind sie wirklich alle – als Voraussetzung – in b, und im anderen Fall sind die meisten noch in c. Deshalb hoffe auch ich im stillen, daß es dann letztlich zu dieser Angleichung kommt. Eines noch zu diesem Gesetz. Es ist eine Angleichung an das Bundesgesetz. Ich freue mich, daß die weiblichen Dienstitel geregelt sind und daß wir auch hier sofort zu Rande gekommen sind.

Ich möchte noch sagen, daß bei gleicher Eignung bei Postenvergaben vielleicht doch einmal zu berücksichtigen ist, daß Schwerbehinderte eigentlich vorzuziehen sind, so wie es in Deutschland schon lange der Brauch ist. Vielleicht können wir auch an das einmal denken. Dann ist mir noch eines aufgefallen. Ich habe diese Gehaltstabelle studiert und möchte vor diesem Forum hier sagen, daß die Beamten nicht so viel verdienen, wie es oft dargestellt wird. Hier sieht man, daß Arbeiter in b5 und b4 oder die Vertragsbediensteten in d Bruttobezüge haben, von denen man wirklich sagen muß, daß sie nicht allzu hoch sind. Ich möchte das deshalb sagen, weil all jene, die das Wort „Beamte“ im Mund führen, dann immer an eine kleine Gruppe denken, der es wirklich gut geht, daß es bei der großen Masse leider nicht so der Fall ist.

Meinem Kollegen Vollmann muß ich nur ein Wort noch sagen, nachdem er hier den Bezirk Mürzzuschlag gebracht hat. Er hat, wie so oft und wie es auch der Kollege Herrmann tat, nichts anderes getan, als die 17jährige Tätigkeit einer SPÖ-Regierung angeklagt. Ich kann ihm nur zustimmen. Herrmann, bei dir war es das gleiche. Du sprichst von den Auspendlern, du sprichst von den Arbeitsplätzen, die verlorengegangen sind. Denke nach, warum es so gekommen ist. Auch

wir im Mürztal wissen, warum wir in diese furchtbare Situation hineingekommen sind. Ich sage das immer wieder, weil das ist der Ausgangspunkt für die Misere, die wir in der Steiermark leider Gottes so beklagen müssen. Viel, viel öfter müssen wir es noch sagen. (Beifall bei der ÖVP. – 19.50 Uhr.)

Präsident Meyer: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba.

Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba (19.50 Uhr): Meine Damen und Herren!

Wir waren alle bemüht, in dieser Frage, auch den Paragraphen 60 einschließend, eine einvernehmliche Lösung zustandezubringen. Es ist bedauerlicherweise nicht gelungen. Deshalb muß ich Ihnen noch einmal drei Gründe sagen, warum das nicht möglich war und warum diese Differenzierung nach unserer Ansicht notwendig ist.

Erstens ist das Erziehungserfordernis in den sogenannten „Neuner-Heimen“ nicht so sehr mit der qualifizierten schulischen Weiterbildung verbunden, sondern vielmehr das Nachholen einer versäumten Erziehung in bezug auf Charakterbildung und Persönlichkeitsentfaltung und Eingliederung in die Gesellschaft für die jungen Leute. Das bedeutet aber auch für den Erzieher ein Sammeln von Erfahrungen.

Zweitens ist die primäre Aufgabe der Erzieher in den Landesschülerheimen, also in der zweiten Gruppe, wo ja der Unterschied liegt, die wissensmäßige Bildungswartung, weil die Lernbetreuung im Vordergrund steht.

Mir ist natürlich bewußt – drittens, daß die Erzieher in den „Neuner-Heimen“, die behinderte Kinder zu betreuen haben, ihre Aufgabe oft unter besonders erschwerten Umständen durchführen müssen. Deshalb erhalten auch alle Erzieher in diesen Heimen, unabhängig von der Dauer ihrer Verwendung, eine generelle Erschwerniszulage angewiesen. Die Erzieher in den Landesschülerheimen erhalten keine Erschwerniszulage.

Aus diesen Gründen, meine Damen und Herren, kann ich meiner Fraktion eine Zustimmung zum Minderheitsantrag der SPÖ nicht empfehlen. (19.52 Uhr.)

Präsident Meyer: Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich gehe daher zur Abstimmung über.

Dem Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses wurde ein Minderheitsantrag der Abgeordneten Freitag, Kohlhammer, Günther Ofner, Rainer, Trampusch, Vollmann und Zellnig beigegeben, über den gesondert abzustimmen ist.

Ich werde daher in folgender Reihenfolge abstimmen lassen:

erstens: Bericht des Verfassungs-Ausschusses zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 640/2, Beilage Nr. 66, ohne den Paragraphen 60 b;

zweitens: Paragraph 60 b, wie er im Bericht des genannten Ausschusses zur Regierungsvorlage enthalten ist;

drittens: Minderheitsantrag der Abgeordneten Freitag, Kohlhammer, Günther Ofner, Rainer, Trampusch, Vollmann und Zellnig.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 640/2, Beilage Nr. 66, ohne den Paragraphen 60 b, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Die Gesetzesvorlage, Einl.-Zahl 640/2, Beilage Nr. 66, ohne den Paragraphen 60 b, ist somit mit Mehrheit angenommen.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Paragraphen 60 b, wie er in dem Antrag des Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 640/2, Beilage Nr. 66, enthalten ist, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Paragraph 60 b der Gesetzesvorlage, Einl.-Zahl 640/2, Beilage Nr. 66, ist somit mit Mehrheit angenommen.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Minderheitsantrag der Abgeordneten Freitag, Kohlhammer, Günther Ofner, Rainer, Trampusch, Vollmann und Zellnig ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit. Der Antrag wurde somit nicht angenommen.

28. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 641/1, Beilage Nr. 58, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Vertragsbedienstetengesetz geändert wird.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Lopatka (19.55 Uhr): Die nach Inkrafttreten der Landesvertragsbedienstetengesetz-Novelle 1986, LGBl. Nr. 89, mittlerweile vom Bund ergangenen abändernden gesetzlichen Bestimmungen des Dienst- und Besoldungsrechtes sollen mit den angeführten Abweichungen auch für Landesvertragsbedienstete gelten, was eine Novellierung des eingangs erwähnten Landesvertragsbediensteten-Gesetzes zur Folge hat. Ich bitte, dem Bericht stattzugeben.

Präsident Meyer: Es liegt keine Wortmeldung vor. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Berichterstatter zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Mehrheitliche Annahme.

29. Wahlen in die Landtags-Ausschüsse.

Seitens des ÖVP-Landtagsklubs sind Neuwahlen in einzelne Ausschüsse erforderlich.

Gemäß Paragraph 54 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages wird jede Wahl im Landtag wie in den Ausschüssen mittels Stimmzettels vorgenommen, sofern nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird. Ich schlage im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hohen Haus vertretenen Parteien vor, die nunmehr durchzuführenden Wahlen in einzelne Ausschüsse durch Erheben der Hand vorzunehmen.

Ich bitte die Damen und Herren des Hohen Hauses, die meinem Vorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Die Österreichische Volkspartei hat mir folgende Wahlvorschläge übermittelt, wobei ich jeden einzelnen Ausschub gesondert zur Abstimmung bringe:

Im Kontroll-Ausschub:

Abgeordneter Dr. Gerhard Hirschmann anstelle des Abgeordneten Univ.-Prof. Dr. Bernd Schilcher als Mitglied.

Wenn Sie diesem Wahlvorschlag Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Im Ausschub für Verkehr und Infrastruktur:

Abgeordneter Dr. Leopold Johann Dorfer anstelle der Abgeordneten Emmy Göber als Mitglied.

Wenn Sie diesem Wahlvorschlag Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Im Volksbildungs-Ausschub:

Abgeordneter Univ.-Prof. Dr. Bernd Schilcher anstelle des Abgeordneten Ing. Hans Stoisser als Mitglied und

Abgeordneter Ing. Hans Stoisser anstelle des Abgeordneten Dr. Gerhard Hirschmann als Ersatzmitglied.

Wenn Sie diesen Wahlvorschlägen Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Der Tagesordnungspunkt 30, Antrag, Einl.-Zahl 742/1, der Abgeordneten Mag. Rader, Weilharter, Dr. Pfohl und Dr. Rupp, betreffend die Einsetzung eines Ausschusses für Privatisierung und Deregulierung, wurde zu Beginn der Sitzung abgesetzt.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

50. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 802/1, über die Verwertung der Liegenschaft des ehemaligen Landesaltenpflegeheimes Ehrnau und Abverkauf des Schloßgebäudes um den Schätzwert von 3,200.000 Schilling an Herrn Rainer Tangl, Wien, Alserstraße 34.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Sponer.

Abg. Sponer (19.58 Uhr): Hohes Haus! Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich den Antrag, die Liegenschaft des ehemaligen Landesaltenpflegeheimes Ehrnau und den Abverkauf des Schloßgebäudes um den Schätzwert von 3,2 Millionen Schilling an Herrn Rainer Tangl zu verkaufen. Ich ersuche um Zustimmung zu dieser Vorlage.

Präsident Meyer: Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

51. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 803/1, zur Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG über gemeinsame Maßnahmen des Bundes und der Länder beim Personalaufwand für Lehrer an allgemeinbildenden Pflichtschulen, bei der Förderung des Wohnbaues und der Wohnhaussanierung sowie bei der Dotierung des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds.

Ich erteile als Berichterstatter dem Herrn Abgeordneten Dr. Maitz das Wort.

Abg. Dr. Maitz (19.59 Uhr): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

Der von der Frau Präsident genannte Antrag führte am 29. November 1988 zu einer Vereinbarung gemäß Artikel 15 a nach der Bundesverfassung zwischen den Ländern und dem Bund. Gemäß Paragraph 7 a der Landesverfassung aus 1960 ist dazu die Zustimmung des Landtages erforderlich. Die Vereinbarung liegt in ihrem vollen Text der Vorlage bei. Ich stelle daher den Antrag: Beiliegende Vereinbarung gemäß Artikel 15 a der Bundesverfassung über gemeinsame Maßnahmen des Bundes und der Länder beim Personalaufwand für Lehrer in allgemeinbildenden Pflichtschulen, bei der Förderung des Wohnbaues und der Wohnhaussanierung sowie bei der Dotierung des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds wird genehmigt.

Präsident Meyer: Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, bitte ich, eine Hand zu erheben.

Mehrheitliche Annahme.

52. Bericht des Volksbildungs-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 795/1, Beilage Nr. 64, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Schulaufsichtsausführungsgesetz geändert wird.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Pinegger, dem ich das Wort erteile.

Abg. Pinegger (20.00 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Die Regierungsvorlage 795/1, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Schulaufsichtsgesetz geändert werden soll, beinhaltet im wesentlichen die Aufnahme der drei Landesschulsprecher des Landesschülerbeirates in das Kollegium des Landesschulrates für Steiermark mit beratender Stimme.

Namens des Volksbildungs-Ausschusses beantrage ich die Zustimmung zu dieser Änderung.

Präsident Meyer: Sie haben den Antrag gehört. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen nun zu den Tagesordnungspunkten 31 bis 49. Gemäß Paragraph 29 Absatz 2 der Geschäftsordnung hat der Präsident, wenn in einem selbständigen Antrag von Mitgliedern die Vornahme einer ersten Lesung verlangt wird, diese auf die Tagesordnung einer der folgenden Sitzungen zu setzen. Bei dieser ersten Lesung erhält der Antragsteller das Wort zur Begründung. Gemäß Paragraph 29 Absatz 3 findet bei

der Begründung selbständiger Anträge eine Wechselrede nicht statt, jedoch dürfen gemäß Paragraph 29 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages Anträge darüber gestellt werden, ob der Antrag einem schon bestehenden oder einem erst zu wählenden Ausschuss oder der Landesregierung zugewiesen werden soll.

In den nun folgenden Anträgen haben die Antragsteller beantragt, nach Vornahme der ersten Lesung die Anträge der Landesregierung beziehungsweise den Antrag, Einl.-Zahl 766/1, dem Ausschuss für Umweltschutz zuzuweisen.

31. Antrag, Einl.-Zahl 720/1, der Abgeordneten Kammlander, betreffend die Halbanschlußstelle Gersdorf an die A 9 Pyhrnautobahn im Bereich der Marktgemeinde Straß in der Steiermark, erste Lesung.

Ich erteile zur Begründung der Frau Abgeordneten das Wort.

Abg. Kammlander (20.03 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Wenn es möglich ist, möchte ich alle acht ersten Lesungen in einem lesen. Sie sind sehr kurz, und ich möchte nicht oft hin- und herspazieren, ich habe nämlich heute hohe Stöckelschuhe an (Beifall bei der SPÖ).

Ich hoffe, die Ausrede wird akzeptiert. (Abg. Genaro: „Sie schauen aber gut aus!“) Danke.

Zur Anschlußstelle Gersdorf: In diesem Antrag wird gefordert, solange keine Baumaßnahmen an der projektierten Halbanschlußstelle Gersdorf vorzunehmen, bis nach Fertigstellung der Anbindung der L 208 die Frage eines Bedarfs an einer solchen Halbanschlußstelle endgültig geklärt werden kann. Begründet wird diese Forderung damit, daß durch die Einbindung der B 69, Grenzlandbundesstraße, eine hohe Belastung für die betroffenen Anrainer entsteht, vor allem im Bereich der Gemeinde Murfeld, im Hinblick auf Umwelt und Sicherheit. Durch die Anbindung der B 69 an die A 9 entsteht eine extrem enge Abfolge von Autobahnanschlüssen, für die selbst in dicht besiedelten Gebieten keine Rechtfertigung besteht. In einem Brief der Bürgerinitiative Straß-Gersdorf an den Landeshauptmann haben diese mit Erstaunen festgestellt, daß der Bau dieser Halbanschlußstelle Gersdorf weiter vorangetrieben wird, weil nämlich alle Grundbesitzer der Halbanschlußstelle Gersdorf informiert wurden, daß bestimmte Eintragungen von Amts wegen in das Grundbuch angeordnet werden.

Die Bürgerinitiative äußert sich sehr irritiert und wird auch eine Petition an den Landtag richten.

Ich komme zur nächsten ersten Lesung:

32. Antrag, Einl.-Zahl 721/1, betreffend die Erlassung eines Landesgesetzes über die Ausschreibung bestimmter Funktionen und Arbeitsplätze sowie die Besetzung von Planstellen im Landesdienst (Steiermärkisches Ausschreibungsgesetz).

Im Sinne der Objektivierung, der Transparenz und der Rechtssicherheit hat bereits der Bundesgesetzgeber am 25. Jänner 1989 ein neues Ausschreibungsgesetz, das mit 1. Jänner 1990 in Kraft tritt, erlassen. Auch für das Land Steiermark wäre eine gesetzliche Regelung dieses Bereiches im höchsten Maße notwen-

dig. Die Transparenz soll dadurch gewährleistet werden, daß die zu besetzenden Funktionen, Arbeitsplätze und Planstellen in der „Grazer Zeitung“ öffentlich ausgeschrieben werden. Im besonderen wird die Landesregierung beauftragt, einen Entwurf vorzulegen, der folgende Punkte inhaltlich zu berücksichtigen hat:

Die Einrichtung einer Begutachtungskommission, die Einräumung einer Parteistellung für Bewerber und Bewerberinnen, die geschlechtsneutrale Stellenausschreibung, die temporäre Bevorzugung von Frauen bei gleicher Qualifikation und die umfassende Arbeitsplatzbeschreibung.

33. Antrag, Einl.-Zahl 722/1, betreffend die Finanzierung eines Musiktherapiezentrum nach dem von Mag. Josef Björn Schörkmayr entwickelten No Problem Orchestra (NPO) – Therapiekonzept.

Medienberichten der letzten Wochen war zu entnehmen, daß das Land Kärnten unter seinem Landeshauptmann Haider um den Musiktherapeuten Björn Schörkmayr buhlt und dort eine Behinderteneinrichtung geschaffen werden soll. Mein Antrag hat die Schaffung eines Landesmusiktherapiezentrum für Behinderte zum Ziel, in dem kreative musikalische Selbstbetätigung gelehrt und allen körperlich, geistig und mehrfach Behinderten nach Möglichkeit kostenlos zugänglich sein soll.

34. Antrag, Einl.-Zahl 723/1, betreffend die Geltendmachung der steirischen Landesinteressen bei der bundesgesetzlichen Erlassung eines Psychotherapiegesetzes.

Im Vorentwurf für ein Psychotherapiegesetz sollen in Hinkunft nur Therapeutinnen und Therapeuten, die eine Ausbildung als Ärztinnen oder Arzt, als Psychologinnen und Psychologen, Erziehungswissenschaftlerinnen und -schaffter und diplomierte Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter aufweisen können. Tatsache ist, daß von den 1200 gut ausgebildeten Psychotherapeuten und -therapeutinnen nur zirka ein Fünftel dem ärztlichen Berufsstand angehören, und andere Berufsgruppen, die eine entsprechend umfangreiche Ausbildung als Psychotherapeuten absolviert haben, werden von dem vorliegenden Gesetzesentwurf ungerechtfertigt ausgeschlossen, den der Bund schon vorgelegt hat. Und ein wesentliches Kriterium für die Ausübung des Berufes „Psychotherapeut“ soll nicht die Zugehörigkeit zu einem gewissen Berufsstand sondern die umfassende Ausbildung im Hinblick auf die psychotherapeutische Behandlungsbefähigung darstellen.

44. Antrag, Einl.-Zahl 760/1, betreffend ein generelles Einfuhrverbot für tropische Hölzer sowie die Einführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für österreichische Entwicklungsprojekte.

Auch Österreich selbst ist an der Abholzung des Regenwaldes mit all seinen ökologisch und entwicklungspolitisch bedenklichen Folgewirkungen mitbeteiligt und importiert größere Mengen Tropenholz als vergleichbare europäische Länder, mehr als die Schweiz, Norwegen, Schweden oder Finnland. Laut Erhebung des Österreichischen Statistischen Zentralamtes importierte Österreich im Jahre 1988 über 55.000 Tonnen im Wert von mehr als 400 Millionen Schilling und trägt somit an der Zerstörung des Regen-

waldes und der Destabilisierung des ökologischen Gleichgewichtes Mitschuld. Mehr als 120.000 Quadratkilometer Regenwald, das ist die anderthalbfache Fläche Österreichs, werden jährlich gerodet. Die falsch verstandene Entwicklungspolitik, die Entwicklungsländer zu groß angelegten Monokulturen zwingt, verschärft das Problem, indem sie zwecks Landgewinnung die Abholzung forciert. Nachdem derartige Großprojekte häufig von der Weltbank und damit auch von Österreich mitfinanziert werden, aus all diesen Gründen erscheint ein generelles Einfuhrverbot von Tropenhölzern sowohl aus Erzeuger- als auch aus Drittländern sowie die Einführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung von Großprojekten in Entwicklungsländern als geeigneter erster Schritt, den Österreich setzen kann, um der Vernichtung des Regenwaldes entgegenwirken zu können.

45. Antrag, Einl.-Zahl 762/1, betreffend die Änderung der Geschäftsverteilung der Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung im Hinblick auf die Konzentrierung aller dem Gesundheitswesen zugehörigen Agenden in einem Ressort.

Ich habe das heute auch schon kurz angeführt, daß die Zersplitterung im Gesundheitsbereich geeignet ist, unerwünschte Vollziehungsschwierigkeiten herbeizuführen, und daß dies überdies eine extreme Ungleichverteilung der Kompetenzen der einzelnen Landesräte bewirkt.

46. Antrag, Einl.-Zahl 763/1, betreffend die Schaffung einer atomanlagenfreien Zone im Bereich der Alpen-Adria-Region.

Um einer unmittelbaren Bedrohung durch Atomanlagen, gleichgültig, ob es sich hier um militärische oder zivile Projekte handelt, entschlossen entgegenwirken zu können, soll in der Alpen-Adria-Region, die die Länder Lombardei, Trentino, Südtirol, Friaul-Julisch-Venetien, Slowenien, Kroatien, Steiermark, Kärnten, Salzburg, Oberösterreich sowie Bayern umfaßt, eine atomanlagenfreie Zone geschaffen werden. Auch der Kärntner Landtag hat sich bereits am 14. Dezember 1988 einstimmig für einen Alpen-Adria-Raum ohne Atomanlagen ausgesprochen. Konkret bedeutet die Durchsetzung dieses Postulates die Schließung des Atomkraftwerkes Krško in Slowenien, Wackersdorf ist ja inzwischen gefallen, das ist im Antrag noch drinnen gewesen, die Beseitigung der Atomwaffen in Friaul-Julisch-Venetien sowie die Liquidierung sonstiger Atomanlagen in diesen elf Ländern. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, mit den an Österreich angrenzenden Staaten oder Teilstaaten Staatsverträge abzuschließen, davon Gebrauch zu machen, um eine grenzüberschreitende Antiatomp Partnerschaft staatsvertraglich zu regeln.

47. Antrag, Einl.-Zahl 764/1, betreffend die Erhebung des finanziellen Bedarfes von bestehenden und künftig zu errichtenden Sozialprojekten in der Steiermark sowie deren dauerhafte und angemessene Dotierung.

Letzte erste Lesung, betreffend den Bereich Budgetansätze für die freie Wohlfahrt, für die Förderung von psychosozialen Zentren in der Steiermark:

Seit Jahren werden in der Steiermark gesellschaftlich notwendige Aufgabenbereiche von Sozial-

Arbeitslosen- und Kulturprojekten übernommen. Die Aktivisten und Aktivistinnen erhalten zwar von vielen, auch öffentlichen Seiten Lob. Ihr finanzieller Aufwand wird aber nicht durch die öffentliche Hand abgedeckt. Sie sind häufig gezwungen, mehrmals jährlich bei den verschiedenen öffentlichen Institutionen als Bittsteller und Bittstellerinnen vorstellig zu werden. Dies bedeutet einen erheblichen Verwaltungsaufwand sowie eine Energie- und Kraftvergeudung der Betroffenen, deren eigene Existenz oft untrennbar mit der finanziellen Absicherung des Projektes verbunden ist.

Ich schließe meine Ausführungen. Ich bitte, all diese Anträge den zuständigen Ausschüssen zur weiteren Beratung zuzuleiten. Danke! (20.12 Uhr.)

Präsident Wegart: Ich weise die Anträge, Einl.-Zahlen 720/1, 721/1, 722/1, 723/1, 760/1, 762/1, 763/1 und 764/1, der Frau Abgeordneten Kammlander der Landesregierung zu.

35. Einl.-Zahl 724/1, des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Korber, betreffend die sinnvolle Anwendung des Kanalabgabengesetzes und des Kanalgesetzes; erste Lesung.

Ich erteile zur Begründung Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Josef Korber das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (20.13 Uhr): Ich glaube, wir sollen nicht so formulistisch sein, Sie haben gesagt, ich soll gleich alles vortragen, und Sie werden es dann in ihrer Form den Ausschüssen zusenden. Paßt das so? Gut.

Der erste Antrag behandelt eine sinnvolle Anwendung des Kanalabgabengesetzes und des Kanalgesetzes. Diese Novelle zum Kanalgesetz mit 100 Meter Anschlußverpflichtung hat sehr viel bewirkt. Sie können sich vorstellen, 100 Meter für einen Privaten, um überhaupt zu einem öffentlichen Kanal zu kommen, liegt im Kostenbereich von etwa 100.000 Schilling, wenn er Pech hat, wenn er eine asphaltierte Straße hat mit Rohrquerungen, kann es im Bereich bis zu 200.000 Schilling gehen. Ich glaube einfach, daß im Sinne der Verfassung der öffentlichen Einrichtungen die Kosten etwa gleichmäßig für alle Betroffenen aufzuteilen sind. Wenn jemand 20.000 bis 30.000 Schilling Anschlußgebühr zahlt, um an den öffentlichen Kanal beziehungsweise die Abwasserversorgung anzuschließen, ist es meiner Meinung nach unzumutbar, daß er allein 100.000 bis 200.000 Schilling zahlen muß, um überhaupt dorthin zu kommen. Das ist meiner Meinung nach eine unlautere Vorschreibung. Ich bin der Ansicht, daß es sogar sinnvoll wäre, jeden bis zu seiner baurechtlich bewilligten Hausleitung anzuschließen. Denn hier trennen sich das Wasserrecht und das Baurecht. Für die Hausleitung ist baurechtlich zuständig die Gemeinde, der Bürgermeister, in erster Instanz der Gemeinderat, für das Wasserrecht die Wasserrechtsbehörde. Ich glaube schon, daß jeder, der verpflichtet wird, hier anzuschließen, auch heute werden Landwirte zwangsweise angeschlossen, auch wenn sie 30 Hektar Fläche haben, daß er sozusagen das Recht hat, hier an einen wasserrechtlich bewilligten Kanal anzuschließen. Es ist unzumutbar, daß dann einer für 100 Meter die ganze Erhaltung, Wartung und alles übernehmen soll. Entweder haben wir öffentliche Ein-

richtungen und haben wir Behörden, oder sonst sagen viele Leute, bitte, das ist ein teurer Spaß; und so verstehen wir Umweltschutzpolitik sicher nicht. Ich glaube auch, daß das von der Fachabteilung III c ein gelegtes Ei ist, wobei als Hintergrund die Abwasserlobby, die Abwasserplaner fungieren, und daß das ein dem Landesrat Dipl.-Ing. Schaller untergelegtes Ei ist, das wir sicher noch ausbrüten werden müssen. Das Gesetz sagt auch klar aus, daß der Hausbesitzer, der Anschlußverpflichtete, nur ableiten muß. Wenn man auf die irrsinnige Idee kommt, zu sagen, er soll an einen Kanal anschließen, dessen Schachtsohle vier bis fünf Meter höher ist als seine Hausleitung, dann würde das bedeuten eine wasserrechtliche Bewilligung für ein Pumpwerk, ständige Betriebswartungs- und Erhaltungskosten, Kosten von etwa 150.000 bis 200.000 Schilling. Das ist unzumutbar. Ich habe von einem Zeugen die Aussage, von irgendwelchen Fachidioten da drüben, ich muß wirklich sagen Fachidioten, die sagen, wie der hineinkommt, über Berg und Tal, das ist Sache des Anschlußverpflichteten, weil im Gesetz hat der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller gesagt, 100 Meter und sonst nichts, und wie er hineinkommt, ist sein Kakao. Bedankt euch bei den Politikern. Diese Aussage vor Zeugen werde ich nie akzeptieren, auch wenn sie unter sogenannten Fachbeamten produziert wird.

Das zweite ist, es geht um die anfallenden Schmutzwässer. Und es hat nicht der Landwirt, der seit Jahrzehnten seinen Hausdünger, seinen landwirtschaftlichen Dünger als Gülle vermischt und aufbringt, nachzuweisen, ob er ein Gewässer verschmutzt dadurch oder Grundwasser, sondern das hat die Behörde zu machen. Die Beweislast, daß überhaupt bei der Landwirtschaft Schmutzwässer anfallen, hat die Behörde zu führen und nicht ein einfacher Landwirt, denn heute machen ÖVP-Bürgermeister für ÖVP-Bauern, das ist das Grotteske, Anschlußverpflichtungsbescheide und zwingen Landwirte mit 30 Hektar, an den Kanal anzuschließen, 30.000 bis 40.000 Schilling hinzulegen, jährlich 5000 bis 6000 Schilling Benützungsgeld zu zahlen, und auf der anderen Seite verlangt man aber, daß jene Landwirte den Klärschlamm der Großkläranlagen, wo alles zusammengemischt wird, dann verpflichtet werden, zu entsorgen. So geht es nicht, denn es gibt heute eindeutige Gutachten, daß die Inhalte von reinen Sammelgruben, vor allem vermischt mit Gülle der Landwirtschaft, nicht nur problemlos, bedenkenlos, sondern die Gülle aufwerten, veredeln durch die Verdünnung. Das heißt, daß die Gülle sozusagen verdünnt wird und nicht ätzend wirkt. Das ist der Inhalt dieses Antrages. Ich habe mich ein bißchen ausgeweitet, weil für mich sind Dinge passiert, die sind kolossal.

36. Antrag, Einl.-Zahl 725/1, Ablehnung der beabsichtigten Ablagerung von Atommüll in der Steiermark.

Sie kennen all die Leute in Seibersdorf, die einzigartig und einmalig auf die Idee gekommen sind, radioaktive Abfälle zu verbrennen. Sie kennen, was da passiert ist, der Filter hat gebrannt, in Wien waren auf einmal zeitweise wesentlich höhere radioaktive Werte in den Meßstationen. Radioaktivität läßt sich nicht verbrennen. Radioaktivität, nur eines, möglichst nicht

in den Umlauf bringen, in den ökologischen Kreislauf, beim Plutonium von 24.000 Jahren. Man kann auch heute sagen, Radioaktivität wird gebraucht in der Medizin und, und, und. Das sind alles Argumente. Aber für diese Abfälle hätte der Raum Seibersdorf weitaus genügt. Was haben die gemacht? Die sind in das Atomgeschäft eingestiegen, haben aus der BRD und aus Italien radioaktive Abfälle aufgekauft, natürlich für Forschungsversuche und so weiter, und haben Lagerplätze, die restlos überfüllt sind, und versuchen jetzt, in irgendwelchen Gebirgsformationen, sogar in wasserführenden Gebirgsformationen, ihren Atom Müll unterzubringen. Daher sind diese von Seibersdorf in Betracht gezogenen Standorte, sei es in Übelbach, da müssen Sie einmal mit Liechtenstein reden, Gleinalm, sei es im Gebiet Stainz, überall Quellwasser, abgeschlossen für Lagerung von radioaktiven Abfällen. Oder sei es oben am Bosruck in der Nähe von Selzthal. Die steirischen Standorte kann man aus rein hydrogeologischer Sicht von vornherein ausschließen. Die einzige Möglichkeit sind Salzbergstöcke, wo wirklich kein Wasser ist. Wirklich die sinnvollste Möglichkeit, mit der Radioaktivität von Energieseite her die Finger zu lassen. Es hat sich auch gezeigt, daß die Lichter in der Steiermark und Österreich nicht ausgegangen sind, weil Zwentendorf nicht in Betrieb gegangen ist.

37. Antrag, Einl.-Zahl 726/1, betreffend die Nichterrichtung der Halbinschlußstelle Gersdorf.

Es stimmt, es ist einfach naheliegend, wenn dort eine Halbinschlußstelle errichtet wird, daß zwei Dinge passieren werden. Es wird der ganze Mülltransit, der europäische Mülltransit, einer ÖIAG auf der kürzesten Strecke hinunterrollen. Der Bereich von Spielfeld, Gersdorf, Mureck ist dicht besiedelt, ich will nicht das Wort Straßendörfer verwenden, wie es im Burgenland üblich ist, aber es sind 80 Prozent eigentlich Ortsgebiet. Kollege Mag. Rader war selbst unten, hat selbst die Probleme der Bevölkerung gesehen und setzt sich auch dagegen ein; die Frau Abgeordnete Kammländer setzt sich auch dagegen ein. Und die zweite Version ist die, daß in Mureck gewisse Geschäftemacher wieder eine Großhandelskette haben wollen, oder vielleicht gelingt es einem Zumtobel, sich gegen alle durchzusetzen, und es wird sozusagen dort ein Einpendlerbereich vom südlichen Nachbarn einmal großzügig abfangen, und dann hat halt der Leibnitzer Wirtschaftsbandpräsident oder Obmann, wie ich dich titulieren darf, als alten Kämpfer gegen die Salmregulierung, werden die Leute nicht mehr heraufkommen. Ich glaube, es müßte im Interesse sein, daß man diese Wirtschaftsinteressen nicht zentralisiert, sondern so läßt wie sie sind. Es geht, glaube ich, allen Leuten so, es ist nicht notwendig, daß sich wieder einer festnagelt, Sie können es nicht unter Kontrolle bringen, ob er das Geld aus Vorarlberg hat oder einen Onkel in Amerika. Lassen wir die auch im oberen Bereich mitleben, und schauen wir, daß das unten nicht passiert.

Die sogenannte Sterzautobahn müßte sicher mit Lärmschutzmaßnahmen ausgebaut werden, weil wie kommen die Leute dann dort dazu, obwohl es wesentlich lichter und dichter ist, den Verkehr und das ganze zu schlucken. Da müßten großzügige Lärmschutzmaßnahmen gesetzt werden, und außerdem müßte sowieso von der Müllregionalisierung diesem ganzen Mülltran-

sit, diesem Schöffelschen internationalen europäischen Mülltransit bald ein Riegel vorgeschoben werden.

Hoffentlich erwischt man ihn bald, daß er Abfälle lagert, die nicht dem Bescheid entsprechend sind. Was der Zwitter da unten macht, ist alles Larifari. Und wenn man heute nicht einmal den Filterstaub auf Dioxin untersucht, wie der Hofrat Zwitter, wir haben kein Gerät, wie sollen wir untersuchen, aber nicht in der Lage ist, das weiterzugeben an ein Institut in Deutschland. Wir haben zwar Fachleute, Chemiker und alles, aber da sind wir sehr schwach besaitet, dann ist das für mich keine Kontrolle.

In dem Sinne spreche ich mich genauso wie viele andere gegen diese Halbinschlußstelle Gersdorf aus. Das ist der Sinn dieses Antrages, daß hier doch Stimmung gemacht wird und Sie als Kollegen informiert werden, daß das einfach nicht notwendig ist.

38. Antrag, Einl.-Zahl 727/1, betreffend die direkte Verwertung von häuslichen Abwässern in Landwirtschaften und damit eine Nährstoffentlastung von Gewässern und Entschärfung des derzeitigen Klärschlammproblems bei Zentralkläranlagen.

Das hat den schlichten Hintergrund, daß wir einfach in der Klärschlamm Entsorgung, ich spreche jetzt von Klärschlämmen, von häuslichen Abwässern, nicht vermischt wie bei Großkläranlagen. Da kommt ein Gewerbebetrieb, ein Industriebetrieb, dann leiten die Binder ein von ihrer Verzinkerei, von der Galvanik in die Kläranlage Gleisdorf zum Beispiel. Ich spreche jetzt wirklich von einer funktionierenden, sinnvollen Planung und nur von häuslichen kommunalen Abwässern. Die sind derart bedenkenlos, vor allem, wenn man die phosphathaltigen Waschmittel verwendet, daß man das ohne weiteres – landwirtschaftlich betrachtet – meiner Meinung nach sowieso nur im ökologischen Kreislauf in der Landwirtschaft wieder verwerten soll. Ich spreche jetzt gar nicht von Klärschlamm Entsorgung oder daß der eine Deponie dort hat, daß man den Klärschlamm so hoch aufbringt, sondern daß man diesen Klärschlamm verdünnt, der Klärschlamm konzentriert aufgebracht, verbrennt alles. Das ist so, wenn Sie eine Medizin, das ganze Packerl hinunterschlucken und nicht die Dosis, wie sagt Paracelsus: „Auch in der Dosis liegt die Medizin.“ Das heißt, man muß den Schritt setzen, Fehlplanungen von zentralen Großkläranlagen zu dezentralisieren. Nicht umsonst hat die ganze Gemeinde Kumberg einen Beschluß gefaßt, von diesem Abwasserverband Gleisdorferbecken loszukommen. Und da möchte ich wieder erwähnen, bei uns sitzt ein Abgeordneter und Obmann des Bauernbundes, der Herr Abgeordnete Buchberger, der sich vor fünf Jahren schon dagegen gewehrt hat, mit Erfolg dagegen gewehrt hat, weil er Rückgrat gezeigt hat und gesagt hat, wir wollen in unserer Gemeinde das Abwasser selber entsorgen, selber verwerten und vor allem landwirtschaftlich verwerten. Und dafür höchste Anerkennung, daß der Buchberger wenigstens auf der anderen Seite dieses kleine Ruprecht und so weiter bis Weiz eine Dezentralisierung erreicht hat. Auch Kumberg will sich abkoppeln. Es ist einfach ein Kostenfaktor. Und die Gefahr ist nämlich, daß diese ganzen Kläranlagen mit ihren Güllewägen den Kanal auf die Straße wollen. Dann haben wir noch eine Umweltbelastung, von den Großkläranlagen gehen 70 Prozent der

Nährstoffe, der Wassergifte, für die Landwirtschaft ein Nährstoff, humusaufbauend, für das Gewässer ein schweres Gift, weil es eutrophiert und die letzten Fischbestände umbringt, vor allem in der Raab, wenn ich das so anziehe. Diese technischen Kläranlagen können nur zu 30 Prozent reinigen. Ich habe das schon so oft hier gesagt, und trotzdem kapieren es gewisse Fachidioten und deren Planer bis heute nicht. Es geht nur eine dezentrale Entsorgung mit einer technischen und einer biologischen Stufe bis zum Einsatz von Röhricht, bis zum Einsatz von Feuchtbiotopen. Das ist unsere Zielsetzung. Und es ist ein Wahnsinn, heute einen Landwirt zu zwingen, seine lächerlichen Hauswässer, wenn er eine Güllegrube hat, wird das landwirtschaftlich verwertet, in den Kanal zu schütten und im Jahr 5000, 6000, 7000 Schilling zu bezahlen, unabhängig von allen anderen Kosten. Das ist ein Wahnsinn und ist auch unfair der Landwirtschaft gegenüber.

Leider hat dieses Gesetz die Umkehrlast, die Beweislast gebracht, der Bau muß nachweisen, daß er nichts verschmutzt und nicht umgekehrt, eigentlich die Wasserrechtsbehörde kann sagen, der kann das landwirtschaftlich verwerten. Kostet Gutachten, kostet Geld, bringen Sie einmal ein Gutachten her. Und Leute, die die Gutachten machen, das kostet nicht nur Geld, sondern die werden schon wieder bekämpft im Hintergrund, wie zum Beispiel Leute, die auf dem Gebiet der Landwirtschaft etwas zu sagen haben. Und so gibt es bereits ein Gutachten, das sagt klar aus: Hauswässer bei landwirtschaftlichen Betrieben können schadlos entsorgt werden, bis zu 20 Einwohnergleichwerte pro Hektar. Das heißt umgerechnet, hat einer, 30 Hektar, kann er für das ganze Jahr rein theoretisch für 600 Einwohnergleichwerte das Hauswasser entsorgen. So schaut es aus. Und wenn wir weiterhin diesen Großplanungen, Großtechnologien huldigen, werden wir keinen Bauern mehr finden und keinen Landwirt, der sagt, ich nehme auch den Klärschlamm von einer Großkläranlage. Ich würde es auch nicht nehmen. Das ist der Sinn dieses Antrages, der meiner Meinung nach ökologisch in Richtung Gewässerschutz, Richtung Landwirtschaft, in Richtung auch einer fairen Behandlung der Landwirte, die heute schon stöhnen, die heute, wenn der EG-Anschluß ist, für viele das Aus bedeutet, daß man die nicht noch langfristig an den Kanal bindet und daß er einen Hektarertrag, der muß einen Hektar bewirtschaften, daß er sein reines Fäkalwasser und das bißchen Waschwasser im Kanal bezahlen kann, einen Hektar, und das ist – glaube ich – nicht sinnvoll.

39. Antrag, Einl.-Zahl 728/1, betreffend die Einhaltung der Förderungszusage des Landes Steiermark für die Abwasserentsorgung der Gemeinde Weinitzen, deren Kläranlage und Entsorgungsgebiet überwiegend im ausgewiesenen Wasserschongebiet für das Wasserwerk Graz-Andritz liegt.

Ich lasse hier einfach nicht locker. Ich bin mit der Aussage, das Land hat seine Bedingungen erfüllt, absolut nicht einverstanden. Ich werde, wenn wieder irgendein Zur-Kennntnis-Nehmen kommt, wiederkommen. Ich werde so lange kommen, so lange ich im Landtag bin, weil ich finde es einfach unverschämt, daß eine schriftliche Förderungszusage für eine Kläranlage von 29 Prozent, wo der Kanal bereits begonnen

wurde, vom Herrn Landeshauptmann als Förderungsstelle des Landes Steiermark auf 10 Prozent reduziert wird, nur weil der Bürgermeister auf einmal politisch der ÖVP gegenüber nicht mehr loyal war. Der hat halt seine freie Liste gemacht. Bitte, wo sind wir denn? Sind wir in Rußland, daß wir nicht einmal mehr eine freie Liste machen können? Und damit bestrafen, man bestraft ja nicht den, man bestraft die Bevölkerung, die heute eine 100 Prozent erhöhte Kanalbenützungsg Gebühr hat.

So läuft das! Dann sind wir im Wasserschongebiet. Der war schon damals nicht loyal, das hat sich schon abgezeichnet. Aber daß die Bevölkerung das ausbadet. Ich als Gemeinderat habe mitgestimmt bei 29 Prozent Förderung für diese Kläranlage. Und wenn ich heute sage, ich fange mit einem Kanal an, und weil mit der Kläranlage etwas später angefangen worden ist, daß die ganze Förderung in den Eimer geht, und jetzt kommt ein neuer Schlüssel, weil der Herr Landeshauptmann mit seinen Großkanälen das Geld hinausgeschmissen hat und nicht mehr Geld da hat, Karli Maitz, ich rede einmal mit dir in Ruhe über das ganze Thema – weil sie durch falsche Planung ihr Geld vergeudet haben, vernichtet haben. Die Kumberger sagen, dieser Scheißkanal, wenn wir nur nicht den hätten, wir wollen uns selbständig machen. Das war eine Fehlplanung. Das Geld ist ihnen ausgegangen. Das stimmt! Aber warum soll Weinitzen im Wasserschongebiet büßen! Und jetzt haben wir sogar eine Förderung für 15 Prozent, und bis heute haben wir das nicht bekommen. Dort sitzt Landesrat Dipl.-Ing. Schaller, für Weinitzen kann ich höchstens wieder die Ehre des Landes oder die Zusage des Landes herstellen, weil über Ehrbegriff will ich eh nicht reden in der Politik. Wir werden in Weinitzen den Musterprozeß machen. Wir werden sagen, was ist ein Gemeinderatsbeschuß wert, wenn dann nachträglich das Land seine Förderung nicht hält. Und da werden wir den Landeshauptmann einmal zur Verantwortung ziehen und auch alle anderen, die da mitspielen. Das ist der Sinn dieses Antrages kurz ausgedrückt. Ein bißchen emotional, das sehe ich ein, weil die Leute dort einfach über Nacht eine 100prozentige Förderungssteigerung bekommen haben. Es geht der Gemeinde eine Million ab, und diese Million müssen die aufbringen, die Zwischendarlehen und so weiter.

48. Antrag, Einl.-Zahl 765/1, betreffend eine zeitgemäße Dichtheitskontrolle für Rohrleitungen und Schächte, speziell bei Abwasserkanalsystemen und Wasserversorgungen.

Wir sind daraufgekommen, daß bei neu geplanten – (Landesrat Klasnic: „Und das alles zu Weinitzen!“) Nein, das ist jetzt bei Ihrem Freund Löcker, da unten, Wasserverband. (Landesrat Klasnic: „Ich habe keinen Freund!“) Sie kennen den Freund, andere politische Freunde kann ich Ihnen aufzählen, die auch mit Asbestzement heute noch arbeiten. Das sind die Obmänner der Wasserverbände, die heute noch Rohrleitungen für Trinkwasserversorgung mit Asbestzement nehmen, unabhängig von der Gesundheitsproblematik. Die Frau Landesrat lacht, ich werde sehen, wie sie bei unserer Veranstaltung in Andritz ihre Position als Verantwortliche des Gewerberechts verteidigt, weil dort ist der Bezirksvorsteher Tuschek von der

SPÖ, der sagt: „Schaun S' einmal, daß Sie die Frau Landesrat einmal zu einer Diskussion bekommen und daß sie dann einmal wirklich im Sinne des Gewerbeberechtigtes dort operiert.“ (Landesrat Klasnic: „Wenn ich weiß, daß mein Freund Korber dort ist, komme ich gerne!“) Ich werde es mit dem Kollegen Tuschek von der SPÖ als Bezirksvorsteher organisieren. Wir arbeiten zusammen, wenn es um die Bevölkerung geht, weil letztes Mal war nur der Bezirksvorsteher der ÖVP nicht da, da haben wir gesagt, da müssen wir schauen, daß wir von der höheren Etage jemand bekommen. (Landesrat Klasnic: „Bezirkshauptmann!“) So schaut das auf der Ebene der realen Politik aus. Frau Landesrätin, ich kann schon nach den Sternen schauen, aber in der Politik muß ich auf die Gassen auch schauen. Und dort, was in Andritz auf der Gasse passiert, muß ich auch sehen. Sie kommen, ich hoffe, daß Sie auf Grund Ihres Sternfluges die Ebene der Realpolitik beherrschen, und Sie werden das schon hinbekommen. Ich habe keine Angst, daß das schlecht ausgeht. Sie müssen einmal klar sagen, daß wir erst entscheiden, wenn die anderen entschieden haben, nach dem neuen Gewerbegesetz.

Kurz, was diese Dichtigkeit von Kanälen betrifft. Es ist ganz wichtig, diese Kanalsysteme zu kontrollieren. Wir haben Untersuchungen bei neugeplanten Kanälen von der Fachabteilung IIIc beaufsichtigt, die haben geradezustehen, daß sie dicht sind, 30 Prozent sind undicht. Wertvolles Trinkwasser geht in den Boden verloren. Wir leiten vom Hochschwab herunter und haben undichte Kanäle. Bei neu geplanten. Bei alten Anlagen muß ich sagen, das, was in Graz ist, die Gußrohre sind in Ordnung, da haben sich die Grazer, Dr. Ott und wie sie alle heißen, wirklich bemüht und haben gesagt, das kostet zwar mehr, aber das ist in Ordnung. Daher kann ich nicht sagen, heute Asbestzement. Es kostet zwar mehr, es ist schlechter, und trotzdem machen die immer wieder die Aufträge, weil sie die sogenannte Kunststoffbranche, Poloplast, ausschalten gegen die Landesvergabevorschriften des Landes Steiermark. Das gehört in den Kontroll-Ausschuß, das gehört zur Staatsanwaltschaft, daß bei einem Bauvorhaben von 2 Millionen Asbestzement, nur weil sie gute Verbindungen hat, um eine Million teurer den Auftrag bekommt. Der Herr Obmann Löcker, hoffentlich ist er nicht inkludiert, er hat einen Geschäftsführer, er wird sich ausreden, aber so geht es nicht, auch ein Obmann hat Verantwortung zu tragen. Er gehört Ihrer Partei an, und Sie können ihm das gerne sagen. Ich helfe ihm gerne, die sollen endlich mit Asbestzement in der Steiermark aufhören.

Bei Kanälen ist genau das gleiche. 20 Prozent der neuen Kanäle sind undicht, von den alten gar nicht zu reden, die sind bis zu 40 Prozent, 50 Prozent, weil es Untersuchungen gibt – (Abg. Harms: „Das stimmt nicht!“) Du bist ein Bürgermeister, du schreibst heute in der „Raabtaler Zeitung“, du bist freigesprochen worden. Du bist an der Raab nicht freigesprochen worden in Feldbach, sondern du bist überführt worden, nur die Gründe haben für den Richter Haas nicht gereicht, dich zu verurteilen. Sag es lieber, wie es ist. Sag das der Bevölkerung, daß es nicht gereicht hat, daß du verurteilt wirst, du hast den Rüssel dabei gehabt, Bürgermeister. Ich will (Abg. Harms: „Es ist traurig, daß du Märchen erzählst!“) nicht sagen, Bürgermeister

Fischtod, du hast dich gut geschlagen bei dem Prozeß. Du hast einen gnädigen Richter gefunden, der heute noch etwas werden will, und der ist ÖVP-nahe. So läuft das auch bei den Richtern. Hören wir auf damit. Die Politik ist bis dahinein inkludiert. Stimmt's Gennaro? Bleib bei der Wahrheit. Sag, du hast mitgespielt, du bist von den Beamten irregeführt worden. Du hast sozusagen nur Teilverantwortung, und weil es nicht gereicht hat, bist nicht verurteilt worden. Das wäre ehrlich, aber freigesprochen bist du sicher nicht geworden. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Zur Sache!“) Zur Sache Schätzchen.

49. Antrag, Einl.-Zahl 766/1, betreffend die Erlassung eines Steiermärkischen Gewässerschutzgesetzes beziehungsweise ähnlicher Maßnahmen zur Unterstützung der steirischen Bauern zur Erhaltung der Landschaft und des Lebensraumes.

Dieser Antrag zielt eigentlich darauf ab, daß man, der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller hat grüne Flagge gezeigt, neues Abwasserwirtschaftsgesetz. Herr Landesrat, alle Achtung, ich arbeite gerne mit, und zwar, wenn Sie mir die Chance geben, von Beginn an, nicht ein fertiges Konzept. Sie wissen, ich bin ein Mensch, der sagt, über den Punkt müssen wir reden, wenn wir nicht einig werden, hat das alles keinen Sinn mehr. Also über wesentliche Dinge, Abwasserwirtschaft ist ganz wichtig. Das ist genau die gleiche Problematik wie beim Abfall, Müll, nicht zusammenlaufen lassen, nicht alles zusammenkommen lassen, dann ist es nicht entsorgbar. Und wenn wir, wie wir gesagt haben, Richtlinien, dezentrale Entsorgung, Einsatz der Landwirtschaft, wo es geht, daß man nicht den Bauern den Hals abdrehen, wie es jetzt gemacht wird, leider, mit der Hilfe von ein paar Beamten, die da drüben sitzen, sondern daß wirklich mit Augenmaß betrachtet wird, dann werden wir auch den besten Gewässerschutz erreichen. Denn jeder Liter Abwasser, der landwirtschaftlich verwertet wird, ist ein 70prozentiger Schutz unserer Gewässer. Das muß uns das wohl wert sein. Danke vielmals. (20.39 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Der Herr Abgeordnete Mag. Rader verzichtet bei den Tagesordnungspunkten 40, 41, 42 und 43 auf eine Wortmeldung und hat mich ermächtigt, seine Anträge wie folgt zuzuweisen:

40. Antrag, Einl.-Zahl 743/1, betreffend Hilfe für kleine und mittlere Nahversorgungsunternehmen: der Landesregierung.

41. Antrag, Einl.-Zahl 744/1, betreffend die Einsetzung einer Kommission zur Überprüfung der Rechtsvorschriften auf ihre Notwendigkeit und einfache Anwendbarkeit sowie Vorlage eines Entwurfes für ein Rechtsbereinigungsgesetz und Heranziehung von Beamten mit entsprechender Praxis für legistische Arbeiten: der Landesregierung.

42. Antrag, Einl.-Zahl 745/1, betreffend den raschen Bau der Anbindung der sogenannten „Sterzautobahn“ an die Autobahnabfahrt Vogau der A 9 Pyhrnautobahn und Hintanstellung des Projektes Halbanschlußstelle Gersdorf: der Landesregierung.

43. Antrag, Einl.-Zahl 747/1, betreffend die rasche Erlassung der Verordnung, mit der die Höhe des Einheitssatzes gemäß Paragraph 6 a der Steiermärkischen Bauordnung festgesetzt wird: der Landesregierung.

Beendigung der Frühjahrstagung:

Im Einvernehmen mit den Obmännern der im Haus vertretenen Parteien schlage ich gemäß Paragraph 13 Absatz 3 des Landesverfassungsgesetzes 1960 vor, die Frühjahrstagung 1989 zu schließen und gemäß Paragraph 13 Absatz 4 des Landesverfassungsgesetzes 1960 sämtliche Landtags-Ausschüsse zu beauftragen, die Beratungen während der tagungsfreien Zeit über

die offenen Geschäftsstücke aufzunehmen und fortzusetzen. Ich ersuche die Abgeordneten, die diesen beiden Vorschlägen zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Somit sind diese beiden Vorschläge einstimmig angenommen.

Ich danke allen Abgeordneten und Regierungsgliedern für die während der Frühjahrstagung geleistete Arbeit.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Weg einberufen.

Die Sitzung und die Frühjahrstagung 1989 sind damit geschlossen. (Ende der Sitzung: 20.42 Uhr.)